

**HEFT 1**

# DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

**Dr. Fritz Bauer, Willi Eichler, Dr. Erich Potthoff  
und Prof. Dr. Otto Stammer**

---

**1. JAHRGANG  
JULI / AUGUST 1954**

**Verlag Neue Gesellschaft  
Bielefeld / Pressehaus**

## INHALT

### Vorwort

<b>Prof. Dr. Gerhard Weisser, Köln</b>	
<i>"Krise" der Bewegung oder Krise ihrer Lehre?</i>	5
<b>Walter Dirks, Frankfurt</b>	
<i>Mut zur Analyse und Utopie</i>	15
<b>Ernst Wigforss, Lund (Schweden)</b>	
<i>Gleiche Startchancen für alle</i>	22
<b>Dr. Kurt Hiller, London</b>	
<i>Das Soll des Sozialismus im Rest des Jahrtausends</i>	27
<b>Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg</b>	
<i>Demokratie als Institution und Aufgabe</i>	34
<b>Prof. Dr. Gisbert Rittig, Göttingen</b>	
<i>Sozialismus und Liberalismus</i>	42
<b>Dr. Gerhard Szczesny, München</b>	
<i>Die halbierte Demokratie</i>	54
<b>Berichte</b>	62
<b>Die Marxismus-Diskussion</b>	64
<b>Presseachau</b>	69
<b>Kritik</b>	72
<b>Mitteilungen der Schriftleitung</b>	80

Die Beiträge in dieser Zeitschrift bringen die persönliche Auffassung der Verfasser zum Ausdruck. Herausgeber und Schriftleitung stimmen deshalb nicht in jedem Fall mit ihrem Inhalt überein.

---

Schriftleitung: Ulrich Lohmar, Köln-Niehl, Graditzer Straße 3. Tel. 7 87 17.

Redaktions-Beirat: Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Dr. F. Borinski, Bremen; O. Brenner, Vorsitzender der JG Metall, Frankfurt; Dr. H. Deist, MdB, Köln; Prof. Dr. G. Eckert, Braunschweig; F. Eriß, MdB, Tübingen; Prof. Dr. Grete Henry-Hermann, Bremen; W. Jakob, MdB, Wiesbaden; Prof. Dr. H. J. Iwand, Bonn; Prof. Dr. G. Rittig, Göttingen; Prof. C. Schmid, MdB, Frankfurt; H. Wehner, MdB, Hamburg; Prof. Dr. G. Weisser, Köln. — VERLAG NEUE GESELLSCHAFT, Bielefeld, Pressehaus, Fernur 6 31 11; Fernschreiber 03 38 45. Abonnementpreis 2,— DM je Heft ab Verlag, Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. — Anzeigenpreisliste Nr. 1. — Postsch.-Konto Hannover 62 68. Bankverb.: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld. Umschlag-Zeichnung: Eugen Nerdinger, Augsburg.

## VORWORT

*Die „Neue Gesellschaft“ steht links, da, wo das Herz schlägt, und sie ist eine wissenschaftliche Zeitschrift.*

*Wir kommen nicht mit unanfechtbaren Daten und fertigen Lösungen. Wir haben den Willen, wahr zu sein. Mitarbeiter und Leser sollen sagen können, was sie meinen, und hoffentlich meinen sie auch, was sie sagen. Wir wünschen eine offene und aufrichtige Diskussion.*

*Unser gleichzeitiges Bekenntnis zum schlagenden Herzen mag manchem paradox erscheinen. Es gibt aber keine Wissenschaftlichkeit ohne Voraussetzungen, und wo sie angestrebt wird, liegt ihr eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Menschen zugrunde. Auch diese Gleichgültigkeit ist Weltanschauung, sie ist nicht die unsre. Seitdem der violette Blitz der Wasserstoffbombe unsere ganze Welt in ein fahles Dämmerlicht gerückt hat, kann niemand mehr blind dafür sein, daß auch aller Wissenschaftlichkeit Verantwortung um die Menschen vorgeordnet sein muß.*

*Die Herausgeber dieser Zeitschrift sind Sozialdemokraten, die Zeitschrift ist aber nicht das Sprachrohr der Sozialdemokratischen Partei.*

*Unsere Zeitschrift beschäftigt sich mit der Gesellschaft. Dies ist ein weites Feld. Es umfaßt das soziale Leben, seine sich wandelnden Gestaltungen über den Erdball hinweg, die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, die Sehnsüchte und Enttäuschungen der Menschen, die ihr Handeln und Unterlassen prägen. Wir wollen nichts vergessen, nicht den Staat und die Gemeinde, nicht die Ebbe und Flut zufälliger Massen, nicht die Familie und nicht die Stätten menschlicher Arbeit, auch nicht die Einsamen unserer Zeit, die auf ihren Wellenlängen ihren Kontakt mit der Umwelt suchen. Die Weltkarte des sozialen Lebens enthält, wie wir glauben, manchen unbekannten Erdteil und viele unerforschte Gebiete.*

*Unser Interesse gilt der Gesellschaft von heute und morgen. Alles fließt, nicht zweimal können wir in denselben Fluß steigen, wie uns schon Heraklit gelehrt hat. Das Leben der Menschen in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts ist unvergleichbar dem in vergangenen Zeiten. Wir sind kein wohlgeordnetes Museum verflossener Epochen und ihrer sozialen Organismen; wir wünschen auch keine Exegese vergilbter Schriften, sondern Forschungsreisen in das Neuland unserer Gegenwart und Zukunft.*

Durch den Titel „Die Neue Gesellschaft“ wird aber auch die Erinnerung an die Männer und Frauen wachgerufen und wachgehalten, die im Geiste biblischer Ethik und griechischer Philosophie — seitdem Thomas Morus seine „Utopia“ und Campanella seinen „Sonnenstaat“ schrieb — wie Karl Marx für eine neue Gesellschaft kämpften: für die bessere und schönere Welt eines realen Humanismus der Zukunft. Vieles hat sich gewandelt. Der Arbeiter hat mittlerweile seine Fesseln gesprengt. Neue Aufgaben stellen sich. Die Schwerpunkte des Geschehens sind verschoben. Andere Völker haben die Schauplätze betreten und spielen heute die Hauptrollen der Geschichte. Die sozialen Organisationen sind größer und größer geworden, wie die Staaten, die Verbände und die Plätze der Arbeit. Der wirtschaftliche Reichtum der Welt hat zugenommen. Aber der einzelne — noch immer und in wachsendem Maße bloßes Objekt des Geschehens — ertrinkt in den kollektiven Massen. Sein alter Wunsch nach Freiheit und Geborgenheit ist lediglich unerfüllt. Freiheit und Geborgenheit sind überall, heute und morgen in Gefahr. „Ich habe Angst“, sagte neulich ein großer Physiker, wir haben Angst, war das Echo in Ost und West. Der Fragen sind viele, wir wollen sie stellen; die Antworten sind schwierig, wir wollen ihre Mühe nicht scheuen. Zur Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit sind wir alle aufgerufen. Der Berge versiegende Glaube des verflossenen Säkularums an ein stetig fortschreitendes Universum ist durch die bitteren Erfahrungen unserer Generation erschüttert. Die Realitäten fordern Beachtung, illusionslose Nüchternheit und praktischen Ausgleich. Die Zeit großer Worte und kühner Blaupausen ist vorbei. Trotzdem übernehmen wir aus den Händen der großen Staffelläufer unserer Geschichte die brennende Fackel eines sozialen und demokratischen Idealismus; er gebietet uns, auf Erden für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit aller zu wirken, die größte und beste Sache der Welt.

Die Herausgeber

## „KRISE“ DER BEWEGUNG ODER KRISE IHRER LEHRE?

Wir vertreten als Sozialisten nicht eine Lehre, sondern eine Bewegung. Gewiß ist es nützlich, den geistigen Gehalt einer Bewegung in einer Lehre fastzuhalten; es ist um so nützlicher, je weiter fortgeschritten die in Betracht kommenden Wissenschaften sind. Es wäre aber gänzlich unhistorisch gedacht, wollte man den Rang einer Bewegung und ihre geschichtliche Bedeutung daran messen, inwieweit sie wissenschaftlich fundiert wird. Die Lehre von Karl Marx hat, so genial sie war und soviel von ihr endgültiger wissenschaftlicher Gewinn ist, nicht so sehr als Gebäude wissenschaftlicher Gedanken als vielmehr durch die Verheilung gewirkt, in die sie mündete.

### I

Die Bewegung, der wir angehören, ist als solche nicht organisiert. Es gibt echte Sozialisten außerhalb der SPD, und nicht jeder Sozialdemokrat ist Sozialist. Auch erschöpft sich die Bewegung nicht im politischen Kampf. Ihre aktiven Kräfte sind in allen Lebensbereichen um einen neuen Stil des sozialen Lebens bemüht<sup>1)</sup>; sie erstreben, wie es im Liede heißt, eine „Neue Zeit“. Das ist mehr, ja das ist etwas ganz anderes als das Eintreten für eine bloße neue „Ordnung“. Es geht nicht nur um eine bessere Versorgung mit dem Lebensnotwendigen; es geht auch nicht nur um die Überwindung von Unrecht. Es geht um mehr: um eine neue Kultur.

Die Bewegung ist kämpferisch, und sie scheut nicht Verfolgungen. Eine lange Reihe von Opfern solcher Verfolgungen aus jüngster Zeit zeugt von der Opferbereitschaft ihrer kämpferischen Anhänger. Aber sie ist nicht das dumpfe Aufbegehren vereinender Menschen in hilfloser Verzweiflung. Solche Aufstände sind, obwohl Widerstand gegen Unrecht, zu allen Zeiten der Weltgeschichte tragisch zusammengebrochen. Die sozialistische Bewegung unseres Jahrhunderts ist kräftiger. Sie empört sich nicht nur, sie baut auch auf. Sie wird von Menschen getragen, die sich auch freuen können. Sie schafft, wo immer es ihr die Umstände erlauben, inmitten einer suchenden Gegenwart *w e r d e n d e s o z i a l i s t i s c h e W i r k l i c h k e i t*. Sie tut das nicht nur im Raum des Politischen, sondern auch im Bereich der Erziehung, im Reich der Kunst, im gesellschaftlichen Zusammenleben, auch — tastend noch — im Leben zu Hause und in der kleinen Gruppe.

War uns dies auch in Deutschland zur Zeit der Weimarer Republik — in jener Zeit echten kulturellen Aufbruchs — deutlicher als heute bewußt, so stirbt doch die Bewegung nicht ab. Im Gegenteil, nach der Schockwirkung der Katastrophen regt sich in ihr neues Leben. Jugend stößt zu ihr. Wir spüren neue Impulse. Das neue Leben regt sich nicht nur in vielbeachteten Diskussionen „an der Spitze“, es regt sich besonders auch in kleinen Gruppen. Viele sehen das nicht.

Macht auch die Bewegung, unsicher geworden in überwältigend neuartigen Verhältnissen und zum Neuaufbau ihrer Einrichtungen genötigt, eine Krise durch, so

1) Vgl. Ziffer 7 der Veröffentlichung des Arbeitskreises sozialdemokratischer Wissenschaftler (S. 60).

ist sie doch alles andere als unlebendig. Sie lebt, auch wenn sie nach dem Tode vieler ihrer Erneuerer — Schumacher, Böckler, Reuter, Henßler u. a. — ärmer an weithin sichtbaren Zeugen ihrer Lebenskraft geworden ist. Sie lebt, auch wenn es Stellen in ihr gibt, an denen Stickluft herrscht. Sie lebt auch dort, wo es Trägern ihres Wollens nicht bewußt ist, daß sie sozialistische Wirklichkeit zu gestalten suchen; vielleicht auch dort, wo Gralshüter der Bewegung Feinde ihres Wollens vermuten. Denn, um es zu wiederholen, die Bewegung ist als solche nicht organisiert. In eine „Neue Zeit“ treten wir nicht ein, indem wir Einlaßkarten vorzeigen. Manch einer meint ihr aus dem Wege zu gehen oder gar ihr entgegenzuwirken — und ist von ihr schon halb gewonnen. Oder aber, er möchte ihr wohl angehören, findet aber nicht den Mut, sich zu ihr zu bekennen; zumal da das in Deutschland bereits wieder mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist. Gegner, denen es immer schwerer fällt, sich den sozialistischen Forderungen zu entziehen, müssen sich ein Zerrbild der Bewegung machen, um sich ihrer erwehren zu können. Oder sie errichten, geistig armselig, ein Tabu, eine Sperre durch gesellschaftliche Konvention, um widerstehen zu können. Sie nehmen dem gesellschaftlichen Urteil seine Unbefangenheit: es schicke sich nicht, Sozialist zu sein. Daß es dazu in Deutschland wieder kommt, zeugt offenbar von der Lebendigkeit der sozialistischen Bewegung. Nur was lebt, kann als gefährlich empfunden werden.

## II

Wie aber steht es mit der Lehre der Bewegung? Es ist nicht richtig, daß sie erst mit Karl Marx und Friedrich Engels den Charakter einer Wissenschaft erlangt hat. Auch haben diese beiden großen Männer der Bewegung nur für einen Teil ihrer Probleme ein wissenschaftliches Fundament geboten. Karl Marx hat uns kein vollständiges System der Gesellschaftslehre hinterlassen. Das hat schon Wilhelm Liebknecht festgestellt, und hat auch Kurt Schumacher hervorgehoben.

Heute tragen freiheitliche Sozialisten in vielen Ländern der westlichen Welt die Verantwortungen einer Regierungspartei oder der stärksten Oppositionspartei. Heute bedürfen wir daher vor allem wissenschaftlich begründeter Vorstellungen von den konkreten Erfordernissen, die sich ergeben, wenn wir die Anliegen und Forderungen unserer Bewegung praktisch verwirklichen wollen. Wir müssen also etwas von der Kunst der Gesellschaftsgestaltung verstehen. Wir müssen erkennen, welche Ordnungen und Einrichtungen der Gesellschaft jeweils zweckmäßig sind; und wir müssen wissen, worauf es sozialpädagogisch ankommt, wenn wir die Gesinnungen, die menschlichen Haltungen, erneuern wollen. Wir bedürfen der Fähigkeit, in Gesellschaftsordnungen und Stiltypen des sozialen Lebens zu denken; im besonderen der Fähigkeit, uns konkret vorstellen zu können, wie das soziale Leben unter unseren heutigen geschichtlichen Verhältnissen verlaufen sollte. Wir haben nicht nur zu fragen: „Was wird einmal kommen?“, sondern müssen uns auch die Frage vorlegen: „Was sollten wir tun?“ — heute und hier! Auch Marx hat diese Frage gestellt, aber nicht systematisch und zu einsichtig unter dem Gesichtspunkt des Machtgewinns. Was wir heute brauchen, ist demgegenüber eine umfassende, **systematisch aufgebaute praktische Gesellschaftslehre**.

Darum bemühten sich — mit den Erkenntnissen ihrer Zeit — auch die zu Unrecht geschmähten Utopisten. Ihr einziger Fehler bestand darin, daß sie nicht genug geschichtlich zu denken vermochten und wenig von den Wegen zur Macht verstanden. Ihr Modell-Denken und ihre anschaulichen Leitbilder haben aber vom Altertum bis hin zu Balod und Neurath die Fragestellungen der Sozialwissenschaften immer von neuem angeregt. Wir sollten wieder an sie anknüpfen, wenngleich mit anderen Leitbildern.

Den Zwang, konstruktiv — gewissermaßen „gesellschaftstechnisch“ — zu denken, spüren die wissenschaftlich geschulten heutigen Sozialisten immer deutlicher. Jeder sozialistische Politiker — ja, jeder Sozialist in der Agitation — sieht sich tagtäglich in der Situation, sagen zu müssen, was er denn nun praktisch machen wolle, damit das soziale Leben sozialistisch werde und funktioniere — und zwar so, daß nicht ungewollte Nebenwirkungen das Gegenteil vom Erstrebten hervorrufen. Über alles das steht bei Marx sehr wenig. Was am Schluß des Kommunistischen Manifestes an konkreten Forderungen zu finden ist, ist mit elementaren Erkenntnissen heutiger Sozialwissenschaft unvereinbar und ist — zum Teil ungewollt — in Widerstreit mit Bedingungen, die in einer Gesellschaft der Freien gegeben sein müssen. Man denke nur an die gefährliche Wendung von dem „gleichen Arbeitszwang für alle“. Kautsky hat in seine Erläuterungen zum Erfurter Programm einen Abschnitt „Der Aufbau des Zukunftsstaates“ aufgenommen. Was wir da lesen, zeigt deutlich, daß es den Interpreten der Marxschen Gesellschaftslehre nur auf das Vorhersagen, aber nicht auf den soziotechnischen „Werkzeugkasten“ ankam. Er schreibt: „Was wir wollen, ist die Umwandlung des Staates in eine sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft. Darüber herrscht innerhalb der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit. Wie diese Genossenschaft sich entwickeln und welche Tendenzen sie erzeugen wird, darüber nachzudenken ist keineswegs überflüssig; aber was bei diesem Nachdenken herauskommt, ist Privatsache jedes einzelnen, ist nicht Parteisache und braucht es nicht zu sein, weil die Parteitätigkeit dadurch unmittelbar nicht beeinflußt wird.“ Diese Einseitigkeit der sozialwissenschaftlichen Fragestellung hat es bewirkt, daß die heutige Generation der wissenschaftlich tätigen Sozialisten sich ganz überwiegend von neueren sozialwissenschaftlichen Forschungen befriedigen lassen, bei denen das an Marx orientierte Schriftum keine geistige Pionierrolle hatte. Es war nicht anders möglich: Wer als junger Wissenschaftler unbefangen die Erfordernisse seiner Gegenwart sieht und Belehrung in neuen drängenden Fragen benötigt, der sucht sie da, wo die Wissenschaft ihm die fruchtbaren Anregungen zu bieten vermag, und nicht dort, wo eine ursprünglich auf ganz andere Fragen gerichtete Forschungsrichtung sich mühselig Antworten auch auf diese neuen Probleme der Forschung abringt. Deshalb sollten wir darin einig werden, daß die Frage „Für oder gegen Marx?“ heute eine falsche Frage ist. Wir sollen niemals vergessen, welche genialen Erkenntnisse der Sozialismus und die ganze Gesellschaftsforschung der Welt Karl Marx verdanken. Wir sollten auch stets in Verehrung dem Manne verbunden bleiben, dessen Wirken von höchsten sittlichen und kulturellen Zielen bestimmt war und das sozialistische Wollen ungeheuer aktiviert hat. Aber so wenig wie sich heute die wissenschaftliche Welt im Gedenken an große Denker des Altertums etwa in Aristoteliker und Antiaristoteliker spaltet, so wenig sollte die Reihen der Wissenschaftler unserer Bewegung heute die Frage „Für oder gegen Marx?“ in einander befehdende Gruppen zerreißen. Unsere Aufgaben dem Leben gegenüber — Aufgaben gegenüber materiellen und immateriellen Nöten der Zeit, in die wir Heutigen hineingeboren sind — erlauben es uns nicht, an Formen der Systematisierung unserer sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse festzuhalten und uns auf Fragestellungen zu beschränken, die für unsere Forschungsaufgaben nicht mehr ausreichen. Wir haben nicht eine Lehre zu hüten, sondern eine Bewegung weiterzuführen. Nicht, ob Marx sich geirrt hat, interessiert uns, sondern inwieweit seine Lehren noch fruchtbar genug für uns sind. Auf weite Bereiche seines Gedankengebäudes trifft das zu, aber nicht auf alle und nur in beschränktem Maße auf das System im ganzen<sup>3)</sup>.

3) Viele Marxkennner sagen heute, zahlreiche Einzelheiten der Marxlehre seien überholt, an der Lehre im ganzen aber könne und müsse festgehalten werden. H.-D. Ottlieb neigt demgegenüber der umgekehrten Meinung zu, daß zwar wichtige Einzelheiten, nicht aber die Lehre im ganzen aufrechterhalten werden können. Dem stimme ich insoffern zu, als die von Marx der Forschung gestellten Fragen und seine Hypothesen zur Aufhellung bestimmter Züge der Gegenwart nicht mehr anreichen.

Das Anliegen des großen Forschers und Kämpfers war es, empirische Gesetze des Ablaufs der Sozialgeschichte zu finden. Die Grundhypothese — der Gedanke, den das System erweisen sollte — war dabei das Gesetz, daß die Geschichte sich „dialektisch“ als eine Folge von Klassenkämpfen vollziehe. Diese Hypothese hat sich als ungeheuer fruchtbar erwiesen. Die heutige Sozialforschung weiß zwar, daß sie die sozialen Tatsachen nicht nach allen Richtungen aufzuhellen vermag und gegenüber bestimmten Tatsachen des sozialen Lebens geradezu in die Irre führt. Wir werden das gleich noch erörtern. Aber auch heute noch ist jene Marxsche Hypothese als Kompass des Forschens so hervorragend förderlich, daß sie inzwischen längst auch von der nichtsozialistischen Gesellschaftsforschung aufgegriffen ist. Politiker, denen die Fruchtbarkeit jener Hypothese nicht aufgeht, haben wenig Aussicht auf Erfolge im Machtkampf um ihre Ideen. Das zeigt sich im heutigen Deutschland an den geringen Erfolgen der Neoliberalen bei dem Bemühen um ihre eigentlichen Anliegen<sup>3)</sup>.

Nur eben: es handelt sich um eine Hypothese und eine Lehre, die einem sozialwissenschaftlichen Teilproblem gewidmet sind: der Frage nämlich, welchen (Erfahrungs-) Gesetzen der Lauf der Sozialgeschichte folgt. Jene Lehre dient dem Politiker zur Grundorientierung über den geschichtlichen Standort seines Wirkens, aber nicht bei der Einrichtung seines „Werkzeugkastens“. Es ist kein Zufall, daß in den Sitzungen der sozialistischen Parlamentsfraktionen nur noch ganz selten einmal an Marx und die Marxinterpreten angeknüpft wird, wohl aber des öfteren — zum Teil unbewußt — an die ordnungspolitischen und sozialpädagogischen Vorstellungen der geshmähten Utopisten. Gewiß gibt es in unseren Reihen viele, die Marx leichtfertig „über Bord werfen“ oder von ihm nichts verstehen. Aber das ist hier nicht das Wesentliche. Wer in der Politik „heute und hier“ Verantwortungen übernimmt, muß wissen, wie man es macht. Es ist gewiß für ihn auch wichtig zu wissen, daß ihm die Geschichte Chancen bietet; aber das macht er sich am Sonntag klar. Es ist also nicht so, wie Kautsky es sich dachte, sondern genau umgekehrt: gerade das „Wie“ ist „Parteisache“! Die Sozialistinnen und Sozialisten, die in den Fraktionen arbeiten, wollen von uns Sozialwissenschaftlern nicht nur eine Analyse unseres sozialgeschichtlichen Standortes entgegennehmen, sondern auch eine Antwort darauf hören, ob die Kartelle schlechthin oder nur ihr Mißbrauch verhindert werden solle, wie man sich zur Eigenheimfrage und wie zur Konfessionsschule stellen solle usw. Sie wünschen solche Auskünfte auch, bevor sie zu Wahlversammlungen ins Land hinausfahren; denn sie wissen, daß sie danach und nicht nur nach Geschichtsanalysen gefragt werden — auch von den ebenso unbekannten wie unentbehrlichen „Frontkämpfern“ unserer eigenen Bewegung!

Auf solche Fragen in gründlicher Weise antworten kann nicht der Sozialgeschichtsforscher. Das kann nur derjenige, der die für diese Fragen zuständigen Fächer der Sozialwissenschaften beherrscht. Diese Fächer können nicht aus der Marxschen Lehre, sondern nur neben ihr entwickelt werden; denn auf diesen Gebieten schweigt die Marxlehre. Sie enthält auch nicht Ansatzpunkte für diese Lehren. Solche „soziotechnische“ und sozialpädagogische Lehren vom „Wie“ der Gestaltung einer „Neuen Zeit“ bedürfen einer eigenen Weise des wissenschaftlichen Fragens und der Systematik.

Überall dort, wo Sozialisten politische und pädagogische Verantwortungen für das Geschehen in der Gegenwart übernehmen, ist es also unvermeidlich, daß sozialwissenschaftliche Forschungen betrieben werden, bei denen uns Marx nicht oder nur wenig hilft. Dennoch wäre es grundfalsch, wenn wir auf die Marxfrage nach dem Trend der Geschichte verzichteten. Wir sollten es nicht so halten wie Marx und seine Interpreten, als sie das ordnungspolitische Denken, das die älteren wissenschaftlichen Sozialisten kennzeichnete, in Bausch und Bogen ver-

<sup>3)</sup> Vgl. Weisser, „Für oder gegen Marktwirtschaft . . .“, 2. Auflage, Göttingen, Verlag Schwartz & Co., 1954, S. 13.

dammten. Sie taten es zu Unrecht, wenngleich der Mangel der Utopisten an geschichtlicher Einsicht feststeht. So wenig wie heute durfte damals Wertvolles „über Bord geworfen werden“. Wir unsererseits wollen uns nicht, geistig von neuen sozialwissenschaftlichen Denkweisen überwältigt, der gleichen Einseitigkeit schuldig machen und nun das geschichtsanalytische Denken preisgeben.

Wir müssen vielmehr nach wie vor wissen, daß der gleiche geschichtliche Vorgang (nicht die „Produktionsverhältnisse“ allein, sondern die Entwicklung der Gesellschaft im ganzen) sowohl die gesellschaftlichen Kräfte ungeheuer gesteigert hat wie auch verhindert, daß alle Mitglieder der Gesellschaft den angemessenen Anteil an den materiellen und immateriellen Leistungen erhalten, welche die Gesellschaft hervorbringt. Wir müssen nach wie vor wissen, daß diese Ordnung der Gesellschaft — eben dadurch und auf andere Weise — die produktiven Kräfte der Gesellschaft in Richtungen drängt, in denen sie nicht das Beste für Wohlfahrt und Kultur leisten können. Wir müssen wissen, daß diese Entwicklung die Menschen international in eine solche Lage bringt und diese Lage daher nur durch eine neue Weltordnung entscheidend geändert werden kann. Wir müssen wissen, daß tiefgreifende Umwälzungen des sozialen Lebens nicht schon dadurch bewirkt werden können, daß wir unseren Willen entsprechend anspannen. Zum nachhaltigen Erfolg können diese Willensanspannungen nur führen, wenn die ganze jeweilige geschichtliche Situation ihnen Chancen gibt. Wir müssen nach wie vor wissen, daß sich auch dann der Erfolg nur einstellen kann, sofern jene Chancen vom Bewußtsein der Gesellschaftsgruppen, die diese Chancen haben, erfaßt werden. Und wir müssen wissen, daß Gesellschaftsgruppen, die durch eine Ordnung begünstigt werden, immer Ideologien ausbilden, welche die Ordnung rechtfertigen sollen (eine Erfahrungserkenntnis, die das Bekenntnis des Sozialisten zu sittlichen, kulturellen und religiösen Geboten nicht etwa logisch behindern kann und keinesfalls behindern sollte!). — Alle diese geschichtsanalytischen Einsichten der Marxlehre sind uns nach wie vor unentbehrlich und überdies zum großen Teil heute Gemeingut der Wissenschaft.

Statt uns gegenseitig anzugreifen, sollten wir zu einer fruchtbaren Arbeitsgemeinschaft zusammentreten. Sie müßte die Philosophen, die Geschichtsanalysten, die „Soziotechniker“ und die Sozialpädagogen in den Reihen der wissenschaftlich tätigen Sozialisten vereinigen. Keiner von uns kann in allen jenen Bereichen zu Hause sein. Jeder von uns sollte aber dort, wo er nicht Produzent sein kann, ein loyaler und dankbarer Konsument sein; denn keine dieser Orientierungen ist für uns entbehrlich, jede wird an ihrem Ort benötigt. Im Streit der „Richtungen“ handelt es sich in Wahrheit sehr oft nicht um die Frage „richtig oder falsch“, sondern um Betrachtungsweisen, die einander ergänzen können und sollten. Das gilt auch für die Geschichtsanalyse mit sozialistischer Fragestellung, bei der uns Marx vorangegangen ist, im Verhältnis zu unserer heutigen ordnungspolitischen und sozialpädagogischen Forschung, bei der Marx uns nicht oder nur wenig hilft. Eine ist so nützlich wie die andere. Nur blinder Eifer oder intellektuelle Enge können das verkennen.

Das kindliche Gefühl, daß die eine Lehre „revolutionär“ und die andere nur „reformistisch“ sei, sollten wir in uns nicht aufkommen lassen. Dazu ist die Aufgabe, die uns das Leben stellt, zu groß. Stimmungsmache vermag Denken nicht zu ersetzen. Der „Revolutionär“ kann, wenn er nur die äußersten, organisatorischen Formen der Gesellschaft sieht, sehr flach und rückständig in seinem Kulturgefühl sein; und der „Reformist“ kann, wenn es ihm um die werdende sozialistische Wirklichkeit in allen Bereichen des sozialen Lebens geht, der eigentliche Revolutionär, das heißt der „Umwälzer“ sein.

Vollends kann der Ton, in dem eine Lehre vertreten wird, nichts über ihren Wert ausmachen. Wenn manchen alten Sozialdemokraten draußen im Lande in den Versammlungsreden und auch in den programmatischen Äußerungen der SPD heute zuwenig gegen die Kapitalisten gewettet wird, so sollten sie bedenken,

dass jede aufgeregte Sprache sich auf die Dauer abnutzt. Außerdem erschwert sie die Demokratie (im Volke und in unseren eigenen Reihen): niemand ist im Rauschzustand ein guter Demokrat. So ist es auch mit dem Haß. Er ist ein schlechter Berater. Eine starke Bewegung kann die geistigen Rauschgifte und die Haßgefühle den anderen überlassen.

Das hat mit dem Gebot sachlicher Schärfe nichts zu tun. An ihr fehlt es in der Tat in vielen wissenschaftlichen Äußerungen heutiger Sozialdemokraten. Sie verlieren die Fähigkeit zu grundsätzlicher Kritik an der Gesellschaftsordnung; beispielsweise daran, dass die heute geschichtlich gegebene Verteilung des Volkeinkommens und besonders des Volksvermögens radikal ungerecht ist — ja, überhaupt von keinem wie immer gearteten verständigen Verteilungsprinzip aus als sinngemäß gelten kann. Sie ist schlechthin sinnlos, und niemand wagt sie ausdrücklich zu verteidigen. Wer — als Liberalist oder als Sozialist — sich für Marktwirtschaft einsetzt und die Sinnlosigkeit der heutigen Verteilung der Lebenslagen nicht beachtet, der sieht die Realitäten nicht und ist recht eigentlich Phantast. Oder er hat bewußt ein Interesse an der Beibehaltung dieser sinnlosen Verteilung.

### III

Die Lehre empfängt ihre Fragestellung von der Bewegung. Die Bewegung stellt ihre Fragen an die Forschung aus der Lage „heute und hier“ heraus. Wir sahen, dass es in der Lehre demgemäß heute auf eine Zusammenarbeit der Geschichtsanalytiker, der Soziotechniker und der Sozialpädagogen ankommt; eine Zusammenarbeit, bei der jede Forschungsrichtung die andere als unentbehrlich erkennt. Auch der Philosoph ist nötig. Was ergibt sich nun, wenn wir den gegenwärtigen Stand der Forschungen in jedem einzelnen dieser Bereiche betrachten und dabei ins Auge fassen, was die Bewegung heute von diesen Forschungen an Erkenntnissen erwarten muß?

Marx hat die sozialgeschichtliche Forschung in der sozialistischen Weltliteratur zwar nicht begonnen, aber ihr Niveau hoch über alles bis dahin Erreichte erhoben. Wir sahen, dass ihm dazu an zentraler Stelle die Hypothese von der Sozialgeschichte als dialektisch verlaufender Folge von Klassenkämpfen verholfen hat. Wir sind überzeugt, dass diese Hypothese auch heute in sehr großem Umfang fruchtbar ist. Ich glaube indessen nicht, dass alle Fragen der Geschichtsanalyse, die uns heute gestellt sind, mit dieser Hypothese am besten aufgehellt werden können.

Zunächst sollte es uns auf eine überzeugende Selbstdeutung unserer Bewegung ankommen. Wenn es uns ernstlich darum zu tun ist, dass im Zusammenwirken von Politikern und Sozialpädagogen eine neue Zeit heraufgeführt wird, so ist es offenbar das erste Erfordernis des Nachdenkens über diese Aufgabe, dass wir uns über unser eigenes Wollen klar werden. Hier handelt es sich nicht um einzelne bestimmte Bedingungen der Lebensgestaltung, wie Erzielung eines angemessenen Einkommens, ausreichende Sicherheit, ausreichende Muße, Selbstverantwortung bzw. Miterantwortung bei der Arbeit, Demokratie bei der Willensbildung im Staate, internationale Ordnungen, Zugang zu den Bildungswerten usw. Wer eine neue Zeit will, dem schwebt nicht ein Katalog von Programmpunkten vor, sondern das Bild einer neuen Gesellschaftskultur im ganzen. Sie soll im Fluss der Geschichte als etwas Einmaliges, eine geistige Individualität, verwirklicht werden. Was sie ausmacht, lässt sich daher nur sehr bedingt und teilweise aus Programmen und Forderungen, welche die Bewegung aufstellt, erkennen. In der Regel deckt der in dieser Weise erklärte Sinn einer Bewegung sich nur sehr wenig mit dem tatsächlich gemeinten Sinn. Die Soziologie hat als „verstehende Soziologie“ in neuerer Zeit die Erkenntnisweisen entwickelt, die es ermöglichen, aus dem tatsächlichen Verhalten der Träger einer Bewegung den

Sinn dieser Bewegung deutlicher erkennbar zu machen, als es die überholten oder intellektuell nicht ausreichenden oder gar bewußt unklaren Proklamationen der Bewegung ermöglichen. Unsere Bewegung als geistige Realität, und zwar als geschichtlich werdende sozialistische Wirklichkeit zu erfassen, ist mit diesen Methoden moderner Soziologie unvergleichlich besser möglich als je zuvor. Offensichtlich ist es zugleich sehr wesentlich, daß wir diese Leistung vollbringen<sup>4)</sup>. Ganz besonders für uns deutsche Sozialisten ist das wichtig; denn nach den großen Katastrophen in unserem Volksleben und nach jahrelanger Unterdrückung unserer Bewegung beobachten wir an ihr eine gewisse Stilunsicherheit und auch noch immer eine gewisse Schwäche bei der Ausprägung neuer Formen des Zusammenlebens und der kulturellen Beherrschung der Natur. Überdies ist die soziologische Selbstinterpretierung der Bewegung erforderlich, damit wir als „Soziotechniker“ und Sozialpädagogen den Sinn unserer Bewegung in folgerichtiger Weise durch unsere Maßnahmen erfüllen und nicht unbewußt Einflüssen erliegen, die unserer Bewegung wesensfremd sind. Neuerdings haben uns andere in einer äußerst subjektiven Weise (z. B. Bednarik) die Aufgabe der Interpretation unserer Bewegung aus der Hand genommen. Klassenlagen reichen als Ansatzpunkte dieser Selbstinterpretation nicht aus.

Ferner dürfte es heute darauf ankommen, daß wir bei unserer geschichtsanalytischen Forschung schärfer zwischen denjenigen Wirkungen auf das Gesellschaftsleben, die sich aus der Industrialisierung als solcher ergeben, und denjenigen Wirkungen, die sich erst aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung dieser industrialisierten Wirtschaft ergeben, unterscheiden. Die Klassenkampfthese ist nur für die Klärung der zweiten Frage fruchtbar. Für die erste haben wir nicht in erster Linie die Klassengliederung der Gesellschaft ins Auge zu fassen. Hier handelt es sich um ein Problem, das jedem heutigen Menschen gestellt ist. Selbst die wirtschaftlich „Selbständigen“ stehen vor einer geschichtlich neuen Situation, die nicht nur die Kultur der wirtschaftlich Schwachen, sondern auch ihre Kultur bedroht. Als Ergebnis der Industrialisierung ist über uns ein Netz von Abhängigkeiten gebreitet, das so engmaschig ist wie nie zuvor. Allein schon die ungeheure Verdichtung des Verkehrs, vor allem aber die unausweichliche Notwendigkeit, immer mehr zwischenmenschliche Beziehungen bewußter Organisation zu unterwerfen, macht die Persönlichkeitswerte der Selbstverantwortung und selbstständiger Bestimmung des Lebensinhalts zu den am schwersten gefährdeten Werten unserer Zeit. Gewichtiger als in jeder früheren Zeit steht vor uns das Freiheitsproblem.

Die Sozialwissenschaft hat erkannt, daß diese organisatorischen Geflechte, in die der Mensch heute immer tiefer verstrickt wird, unter eigenen empirischen Sozialgesetzen stehen. Je straffer und intensiver die Organisation ist und je mehr sie auf einen ständig funktionierenden Apparat angewiesen ist, um so mehr gewinnen die entstehenden sozialen Gebilde ein gefährliches Eigenleben. Es ist ein Gegenstand gesicherter Erfahrung, daß bei bestimmten Intensitätsgraden der Organisation das Eigenleben des Apparates die Freiheit der Organisierten vernichtet. Selbstverständlich muß diese Einsicht unsere Vorstellungen von der Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen in der von uns angestrebten „Neuen Zeit“ aufs stärkste beeinflussen. Es war daher eine zwingende Folgerung aus der Freiheitlichkeit unseres Sozialismus, als wir uns von der Idee der zentral geleiteten Verwaltungswirtschaft abwandten. Dies kündigte sich bei den jüngeren Sozialisten bereits gegen Ende der Zeit der Weimarer Republik an. Dann wurde es die These, mit der der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Vorstand der SPD im Jahre 1946 seine Arbeit begann. Schließlich hat sich der neue Standpunkt der SPD im Aktionsprogramm von Dortmund durchgesetzt. Daß es so kam, war im eigentlichen Sinne des Wortes geschichtlich „fällig“.

4) Ansätze zu einem solchen Versuch enthält eine Schrift von mir „Freiheitlich-sozialistische Stilelemente im Leben der Arbeiterschaft“, Göttingen 1949.

Ein zweites Sozialgesetz hat sich der Forschung enthüllt, das gleichfalls die Grammatik aller freiheitliebenden Sozialisten aufs stärkste berührt. Jedes Herrschafssystem, das sich in einer Gesellschaft durchzusetzen vermag, verfügt heute über so wirksame Mittel der Massenbeherrschung mit gewaltsamen und psychischen Mitteln, daß das System, einmal errichtet, von innen her kaum noch überwunden werden kann. Die alte Marxsche Lehre von der Diktatur des Proletariats mußte in dieser neuen weltgeschichtlichen Situation einer Revision unterzogen werden. Wir wissen, daß auch eine auf Zeit gedachte Diktatur mit dem Ziel der Durchsetzung eines freiheitlichen Sozialismus eine überaus starke Tendenz des Umschlagens in eine endgültige Willkürherrschaft in sich tragen muß. Der Apparat, der zur Ausübung dieser auf Zeit gedachten Diktatur entsteht, verwandelt seine Dienerrole in eine Herrscherrolle und raubt der Gesellschaft die Chance, freiheitlich zu werden. Unter diesen Umständen war es geschichtlich notwendig, daß die freiheitlichen Sozialisten zwar an der klaren Erkenntnis festhielten, daß bei der gegenwärtigen sozialen Ordnung die politische Demokratie keine wirklich freiheitliche Gesellschaft herstellt, dennoch aber diese Demokratie der Idee einer Diktatur auf Zeit zur Durchsetzung gerechter Startverhältnisse vorzogen. Eine solche Gruppenherrschaft „auf Zeit“ bedeutet den sicheren Verlust der Freiheit; die heutige Demokratie mit ihren Mängeln läßt dagegen die Chance offen, daß entschiedener Kampf und wirksame Sozialpädagogik die erstrebte neue Zeit herbeiführen.

Breite Gruppen der Menschheit, besonders auch der europäischen, leben heute in Angst und Untergangsstimmung. Es fehlt ihnen das Vertrauen darauf, daß die Menschheit bei hinreichender Anstrengung mit den ungeheuren kulturellen Gefahren unserer Epoche fertig werden könne. Dieser Kulturpessimismus bezieht sich nicht nur auf verwerfliche Eigenschaften heutiger Gesellschaftsordnungen; er wendet sich gegen die bewegende Kraft unserer Zeit, gegen die Technik. Die Bewegung der freiheitlichen Sozialisten kennt, außer in kleinen Literatenkreisen der Bewegung, diesen Kulturpessimismus nicht. Als eine Bewegung, die auch heute in erster Linie von der Arbeiterschaft getragen wird, ist sie eine Bewegung von Menschen, die aus sich heraus der Technik positiv gegenüberstehen. Der Arbeiter wird niemals in der Technik das Verderben sehen. Jenseits aller geschichtsanalytischen Fragestellungen, die sich aus der Klassenkampfhypothese ergeben, müssen wir als Sozialisten mit dem Problem der Technik fertig werden. Hierbei ist heute die Auseinandersetzung mit der Technik der Naturbeherrschung nicht mehr das Wichtigste. Wesentlich ist die Stellungnahme zu den dämonischen Tendenzen der Technik der Menschenbeherrschung. Es ergibt sich die Frage, ob eine sozialistische Bewegung des 20. Jahrhunderts, wenn sie freiheitlich ist, noch wie die Sozialisten des 19. Jahrhunderts ihren Blick nur auf die äußeren Formen der Gesellschaft, auf ihre Organisation richten darf, ob nicht das Bemühen um die Gesinnungen für sie zu einem Hauptgegenstand derschöpferischen Phantasie ihrer Angehörigen gemacht werden muß. Hierin würde sie zu den Anliegen älterer sozialistischer Bewegungen zurückkehren. Gegenüber den Gefahren unseres Jahrhunderts allein auf politische Maßnahmen vertrauen, heißt ungeschickt denken.

Der ältere Marxismus verließ: „Der Sozialismus muß kommen.“ So gewann die Lehre den Charakter einer Ersatzreligion mit der Erwartung eines Paradieses im Diesseits. Wir stehen heute einer religiösen Erneuerungsbewegung in den christlichen Konfessionen gegenüber, die eine große innere Kraft hat und nicht im entferntesten als Neuformung des ideologischen „Überbaues“ einer Klasse gedeutet werden kann. (Sie kann das jedoch werden, wenn wir sie abstoßen.) Ihr Kerneinwand gegen den Marxismus richtet sich gegen seinen Charakter als Ersatzreligion. Hier genügt es nicht, klarzustellen, daß niemand von uns mehr den Satz vertritt, der Sozialismus „müsste“ kommen. Wir müssen feststellen, daß die Bewegung deswegenechten Gottesglauben nicht bedrängt, weil sie nicht einen

Diesseits- „Chiliasmus“ vertritt. Wir müssen aussprechen, daß unser Sozialismus stets, auch wenn er siegt, Aufgabe bleibt und wir den gesellschaftlichen Einrichtungen keinesfalls die Fähigkeit zutrauen, das Teuflische im Menschen zu bannen. Jede gesellschaftliche Ordnung in jeder geschichtlich denkbaren Situation der Gegenwart und Zukunft erscheint auch uns als stets bedroht. Die Angehörigen der Bewegung werden durch nichts gehindert, sich in Demut für die Bindung an Gott als höchste Aufgabe ihres Lebens zu entscheiden. Die meisten sozialistischen Bewegungen der Weltgeschichte waren religiös fundiert.

So viel zu neuen Fragen der Geschichtsanalyse. Was die Soziotechnik anlangt, so haben wir schon ausgeführt, daß es sich hier überhaupt um einen Neuauftbau handeln muß. Die Leistungen der Utopisten (z. T. auch der Kameralistik) auf dem Gebiete der Analyse von Wirtschaftsverfassungen und Sozialordnungen und bei der anschaulichen Herausstellung von Leitbildern für die Gestaltung ganzer Gesellschaftskulturen sind durch die sozialwissenschaftlichen Methoden des 19. Jahrhunderts fast völlig verdrängt worden. Unter dem Einfluß der Naturwissenschaften neigte und neigt die Sozialwissenschaft, und zwar besonders die Wirtschaftswissenschaft, zu einer vorwiegend erklärenden Behandlung des Stoffes und lehnt die Ausarbeitung von Systemen anzustrebender Ordnungen des Gesellschaftslebens ab. Dies aber entspricht nicht dem Anliegen, das politische Bewegungen und die Regierungen von Staaten an die Sozialwissenschaft haben müssen. Sie haben zwar eine gefühlsmäßig in den allgemeinen Konturen feststehende Ordnung des sozialen Lebens als Leitbild vor Augen, brauchen aber bei der Kompliziertheit der Wirkungszusammenhänge im heutigen sozialen Leben konstruktive Entwürfe, die innerhalb der festliegenden Konturen des Leitbildes in systematischer Gedankenführung den Gestaltern des sozialen Lebens klare Vorstellungen von der Struktur und dem Ablauf des sozialen Lebens innerhalb der angestrebten Gesamtgestalt der Gesellschaft vermitteln. Hierbei gelangt der Forscher von dem allgemeinen kulturellen Leitbild aus — im Falle unserer Bewegung also von der durch Selbstinterpretation geklärten Vorstellung der angestrebten neuen Zeit aus — zu einem System von Axiomen, die in begrifflich geklärter Form die Maßstäbe für die Bewertung der sozialen Erscheinungen liefern. Dieses System „praktischer“ Axiome muß in dem Sinne Vollständigkeit besitzen, daß mit seiner Hilfe über alle bedeutsamen Fragen entschieden werden kann, und es muß in sich widerspruchsfrei sein.

Die Axiome, welche die Wertmaßstäbe angeben, sind für die „soziotechnischen“ und sozialpädagogischen Systeme unentbehrlich. Dem gesellschaftsgestaltenden Handeln müssen solche Voraussetzungen zugrunde liegen. Ohne diese „weltanschaulichen“ Wertmaßstäbe können Lehren über den Ablauf des gesellschaftlichen Geschehens nicht zu politischen und pädagogischen Forderungen führen. Auch „Theorien über den Mehrwert“ können das nicht. In der modernen Form, wie sie etwa von Peter und Preiser vertreten wird, sind die Theorien über die Klassenrente nach wie vor fruchtbar. Sie sagen etwas darüber aus, wie sich das Sozialprodukt auf die Gruppen der Gesellschaftsmitglieder verteilt. Aber keineswegs können sie uns für sich allein darüber belehren, ob diese Verteilung angemessen oder verwerflich ist. Darüber können niemals irgendwelche Erfahrungserkenntnisse vom tatsächlichen Verlauf des Gesellschaftslebens, sondern nur unser sittliches Gewissen und unser Kulturgefühl entscheiden. Wir werden zu Sozialisten nicht durch Annahme einer Lehre über das, was ist, sondern durch unsere Überzeugung von dem, was sein soll. Allein durch Geschichtsanalyse können wir unser sozialistisches Wollen nicht begründen! Der Inhalt jener Überzeugungen von dem, was den Wert des Erstrebten ausmacht, muß als Maßstab unserer Kritik am heutigen sozialen Leben und als Voraussetzung unserer Forderungen unseres „praktischen“ Lehren zugrunde liegen. Diesen Inhalt bringen jene „praktischen Axiome“ zum Ausdruck.

Im philosophischen Sinne muß das Axiomensystem „offen“ sein, d. h. es muß sich jederzeit der Erprobung an der Wirklichkeit aussetzen. — Auf Grund dieses

Axiomensystems muß nun an Hand unseres Erfahrungswissens vom Verlauf des Gesellschaftslebens und der Eignung seiner Einrichtungen für bestimmte angestrebte Zwecke ermittelt werden, was wir in unserer jeweiligen geschichtlichen Situation in Politik und Sozialpädagogik im einzelnen tun sollten. Diese Weise des sozialwissenschaftlichen Forschens bedeutet ein Denken in (realisierbaren) „Sozialverfassungen“, was das Wirtschaftsleben anlangt, in realisierbaren Wirtschaftsverfassungen. Alles gesellschaftliche Geschehen in der Neuzeit bedarf ja bestimmter allgemeiner Ordnungen. Es ist wesentlich, daß die Gestalter dieser Ordnungen alle wichtigen Seiten des sozialen Lebens bedenken und dessen bewußt bleiben, daß zwischen den Kräften aller Bereiche des sozialen Lebens Wechselwirkung besteht. Letztlich kommt es auf die Frage an: Was wird aus den Menschen in diesem Getriebe?

Die Aufstellung solcher „normativen“ Systeme der Gesellschaftsgestaltung stößt hier und da auf den Widerstand von geschichtsanalytisch denkenden Sozialforschern. Sie meinen, es könnten nur von Fall zu Fall konkrete Einzelforderungen aufgestellt werden. Dieser Einwand liegt sehr nahe, wenn man bedenkt, welche Verheerungen das zwar konstruktive, aber ungeschichtliche Denken des Zeitalters der Aufklärung angerichtet hat. Indessen ist es heute durchaus möglich, eine Verständigung zwischen beiden Lagern zu erreichen, wenn der Soziotechniker die Geschichtsbedingtheit seiner Ordnungsprogramme betont und der Sozialgeschichtler sich dessen bewußt bleibt, daß notwendig jeder konkreten Einzelforderung Voraussetzungen grundsätzlicher Art zugrunde liegen.

Die praktischen Axiome herauszuarbeiten, die den Programmen zur Gestaltung der Gesellschaft zugrunde liegen, ist auch deswegen wichtig, weil jederzeit, bewußt oder unbewußt, die Neigung zur Bildung von Ideologien im Dienst von Gruppeninteressen besteht. So kommt es in den Sozialwissenschaften unablässig — meist unbewußt — zu Forderungen, die im logischen Sinn erschlichen sind. Eine klare Axiomatik vermag diesem Ubel entgegenzuwirken. Auch die letzten Voraussetzungen werden durchsichtig, da der Zwang besteht, sie offenzulegen und präzise zu fassen.

Die allgemeine Wechselwirkung zwischen allen Bereichen des sozialen Lebens, die uns bei dieser Systematisierung unserer Forderungen bewußt wird, bleibt ungenügend beachtet, wenn wir das Wirtschaftliche überbetonen. Wer sich einmal klargemacht hat, daß die Wirtschaftswissenschaft aus sich selbst heraus überhaupt nicht die Wertmaßstäbe für die Gestaltung des Wirtschaftslebens aufstellen kann, dem wird ein Resultat heutigen Wirtschaftsdenkens besonders deutlich bewußt: Bei allen wirtschaftlichen Dispositionen kommt es nicht nur auf das Ergebnis des Wirtschaftens, sondern zugleich auch auf den Vollzug des Wirtschaftens an. Der neuzeitliche Mensch wird durch den Vollzug des Wirtschaftens an sechs Tagen der Woche unter ganz bestimmte Lebensbedingungen gestellt, die für den Wert seiner Lebenslage entscheidend bedeutsam sind. Es kommt also nicht nur auf das Ergebnis des Wirtschaftens, sondern auch darauf an, daß bei dem Wirtschaften selbst der Sinn des Lebens möglichst wenig gefährdet und in möglichst großem Umfange gefördert wird.

#### IV

Diese Hinweise mögen genügen, um deutlich zu machen, in welchen Richtungen die Lehre der Bewegung heute vor neuen Fragen steht und wie weit diese neuen Fragen zu neuen Denkweisen nötigen. Bei allen unseren Bemühungen um die Lehre sollten wir uns klar sein, daß es nicht darauf ankommt, in der Lehre recht zu behalten, sondern darauf, der Bewegung zu dienen.

## MUT ZUR ANALYSE UND UTOPIE

Ich spreche vom Sozialismus, nicht ohne weiteres von der Sozialdemokratie. Doch darf und muß vorausgesetzt werden, daß die SPD eine sozialistische Partei sein will, und daß sie in der Bundesrepublik die einzige Partei ist, die das will und die es bis zu einem gewissen Grade auch ist. Es gibt aber auch Sozialisten, die der SPD nicht angehören, etwa weil sie kein genügend sicheres Vertrauen zu ihrer Führung haben oder weil sie sich aus schlechten oder guten Gründen der Partei-Disziplin nicht unterwerfen wollen oder weil ihnen die Außenpolitik der SPD nicht einleuchtet oder weil sie ihnen zu nationalistisch zu sein scheint oder weil sie ihre Kulturpolitik unbefriedigend finden oder weil sie daran zweifeln, daß sie eine wahre und wirksame sozialistische Theorie entwickeln und genügend sozialistische Energie aufbringen werde. Es geht hier nicht darum, solche sozialistischen Dissidenten der SPD zu rechtfertigen oder anzuklagen; es geht nur darum, festzustellen, daß es sie gibt, und daß man den Begriff „Sozialismus“ schon aus diesem Grund — es gibt noch andere Gründe dafür — nicht ausschließlich auf die SPD festlegen darf. Der Begriff des Sozialismus ist größer als der des Sozialdemokratismus. Daß für die meisten besonnenen Sozialisten außerhalb der SPD diese Partei gleichwohl als politischer und geschichtlicher Faktor wichtig ist, daß sie ihren Weg mit positiver Sorge und Sympathie verfolgen, ergibt sich schon daraus, daß bisher kein anderer Ansatzpunkt sozialistischer Verwirklichung Bedeutung hat gewinnen können. Es ergibt sich aber auch daraus, daß die SPD in ihrem Kern die Substanz der historischen sozialistischen Bewegung bewahrt.

Die gegenwärtige Krise mag zuweilen übertrieben werden: die SPD ist ja eine starke und imponierende Partei, die nicht durch einen merklichen Verlust ihrer Wähler und Mitglieder im Bundestag ihren Einfluß verloren hat, sondern durch eine Sammlungsbewegung ihrer Gegner. Daß sie diese in ihrer Art heterogenen Gegner dazu genötigt hat, so eng zusammenzurücken, könnte sogar als eine Wirkung ihrer Stärke aufgefaßt werden. (Gäbe es Dr. Adenauer nicht, so wäre diese Deutung wahrscheinlich sogar richtig; in Wahrheit sind es doch wohl mindestens ebensehr die Energie, die Klugheit und die Geschicklichkeit dieses Mannes, welche eine so breite Front gegen die Sozialdemokratie zustande gebracht haben.) Der Wahlausgang vom 6. September, für sich allein genommen, beweist nicht einen kritischen Zustand, wohl aber war er der Anlaß, eine in Wahrheit vorhandene geistige Krise zu erkennen. Sie ist nicht aus der Tagespolitik der SPD zu erklären, sie ist eine Krise des sozialistischen Bewußtseins. Sie besteht in einer tiefen Unsicherheit in den Grundfragen: was Sozialismus ist, was er in der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft der zweiten Jahrhunderthälfte bedeuten kann und wie man ihn verwirklicht. Der Sozialismus schien eine Chance zu haben, nach 1945, als der Faschismus am Boden lag, der Bolschewismus sich als eine Minderheit erwies, das kapitalistische Bürgertum kompromittiert und mutlos war. Daß sich die alten Mächte restaurieren konnten, hängt gewiß wesentlich mit der Besetzungspraxis vor allem der Amerikaner und der von Ihnen uns aufgenötigten Methode der Währungsreform zusammen; es setzt aber doch auch

voraus, daß der Sozialismus zu schwach war, um jene Chance zu nutzen: zu schwach an den Wahlurnen, zu schwach in manchen Parlamenten und im Bundestag. Das bedeutete aber — wenn man nicht einfach den bösen Wählern die Schuld geben will —: zu wenig attraktiv, zu wenig vital, zu wenig ideenreich und produktiv. Die Gründe dafür hat man — mit Recht — in der Vergangenheit gesucht: in der sozialistischen Schwäche der SPD in der Weimarer Republik.

Ich sehe einen wesentlichen Schwäcelpunkt darin, daß sich die SPD nach 1918 — noblerweise — mit dem Status der geschlagenen Nation und damit mit dem Zustand der Nation identifiziert hat, und das war wiederum eine moralische Konsequenz des Sündenfalls vom August 1914. Dies war ihr Sündenfall; die Bewilligung der Kriegskredite. Sie hat im Verein mit den anderen sozialistischen Nationalparteien Europas nicht versucht, was sie aus der überlegenen Einsicht der sozialistischen Bewegung hätte versuchen müssen: den Generalstreik gegen den ersten Weltkrieg, von dem wir heute wahrhaftig wissen können, daß er kaum weniger sinnlos gewesen ist als der zweite, und daß er aller Übel unseres Jahrhunderts fixierter Anfang gewesen ist — das heißt: der Wendepunkt, an dem diese Übel mit der falschen Kur kuriert und also verschlimmert wurden. Daß die Sozialdemokratie — mit ihren Bruderparteien — den Generalstreik nicht wagen „konnte“, soll nicht unbedingt geleugnet werden: dann verschiebt sich die „Schuld“ auf einen geistigen, moralischen und politischen Zustand relativer Schwäche. Dann heißt die Anklage (die Selbstanklage): Der Sozialismus war der entscheidenden Stunde seiner geschichtlichen Aufgabe nicht gewachsen, weil er in den Jahren und Jahrzehnten vorher begonnen hatte, das Erstgeburtsrecht der menschlichen Revolution gegen das Linsenmus begrenzter sozialpolitischer Erfolge einzutauschen; er hat es in der Dialektik des Fortschritts nicht fertiggebracht, dieses Linsenmus zu essen und trotzdem hungrig zu bleiben; er hat sich sättigen lassen.

Das ist nicht ein nutzloses Herumwühlen in alten Geschichten. Der Marxismus und die christliche Existenzauffassung sind sich in der Einsicht einig, daß Fehlentscheidungen („Sünden“) in der Geschichte (der Gesellschaft — des einzelnen Lebens) unbedingt aufgearbeitet werden müssen, in einer Analyse („Gewissens erforschung“) und in einer daraus entwickelten Theorie des Handelns („guter Vorsatz“); sonst wird der Fehler fixiert, und er hat neue Fehler zur Folge. Kurt Schumacher ist nicht weit genug zurückgegangen, als er sich entschloß, nicht noch einmal zuzulassen, daß die Reaktion aus der Situation der nationalen Niederlage Kapital schlage. Der Fehler der SPD von Weimar war nicht, daß sie den Kopf hinhielt für die Sünden Preußens; sie mußte den Kopf hinhalten, weil sie mitschuldig geworden war, obwohl gerade sie nicht mitschuldig hätte werden dürfen. Gewiß darf man — mit Schumacher — erwägen, ob sie nicht den Siegern von Versailles gegenüber mit größerem nationalen Selbstbewußtsein hätte auftreten sollen — aber dieses neue Selbstbewußtsein mußte anders begründet werden: in der „Aufarbeitung“ der Entscheidung von 1914, in der Absage an die eigene Mitwirkung, in dem Bewußtsein, nun, nach dieser „Bekehrung“, erst recht zur Führung der Nation berufen zu sein. Was damals statt dessen fixiert worden ist, ist ein Unfehlbarkeitsbewußtsein — einer der bedenklichsten Züge der Sozialdemokratie. Die SPD ist die Partei, die niemals einen Fehler gemacht hat: sie tat 1914 „ihre Pflicht“, sie hielt 1918 tapfer und nobel den Kopf hin, sie baute die Republik auf, sie wurde von Hitler betrogen und geschlagen und vom Bürgertum verraten, sie ist unschuldig am Faschismus und am zweiten Krieg — und sie ist von Adenauer abermals betrogen und verraten worden. In dieser Sicht der Dinge steckt viel Wahres, aber insgesamt ist sie schief. Ein weniger massives Selbstbewußtsein würde fruchtbare sein — und marxistischer.

Ich will nicht ausführen, in wie tragischer Weise der Schwäcelpunkt „Spaltung der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung“ mit dieser Vorgeschichte

verbunden ist: wie die Gruppe, welche jenen Fehler erkannte, durch ihr Bündnis mit der bolschewistischen Revolution der deutschen Wirklichkeit entfremdet, isoliert und radikalisiert wurde — und wie sie dadurch die Partei des deutschen, originären und besonnenen Sozialismus zu gefährlichen Bündnissen mit dem Militär, zur Fixierung jener Fehlentscheidung, zum Kompromiß mit Liberalismus und Kapitalismus zwang — wodurch jeder ernstliche Versuch verhindert wurde, den Sozialismus zu verwirklichen.

Sollte diese Deutung der Vergangenheit als richtig anerkannt werden, so ergibt sich daraus für Gegenwart und Zukunft, daß jenes schlechte (nämlich allzu gute) Selbstbewußtsein überwunden werden muß. Die Analyse muß nachgeholt werden. Eine breite und tiefe neue Analyse der Geschichte bis zurück zur Jahrhundertwende ist nötig, wenn sich der besonnene freie Sozialismus von jenen Fixierungen an seine falschen Entscheidungen befreien soll. Diese Analyse darf nicht apologetisch gestimmt sein; es darf nicht darum gehen, daß in jeder Phase der Ereignisse der Mehrheitssozialist recht gehabt und der Unabhängige oder der Spartakusmann unrecht gehabt hat. Eine Analyse, die auf die Wahrheit hin ausgerichtet ist, muß in freiester Weise von der Chance der „Klugheit hinterher“ Gebrauch machen, welche die menschlichste Form der Klugheit ist. Es geht nicht darum, individualpsychologisch zu verstehen und zu begründen, warum dieser und jener die Dinge nicht anders sehen konnte und also zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen ist, sondern es geht um die objektive Erkenntnis, welche das einschließt, was jener in der Tat nicht sehen konnte, wir aber, hinterher und nach den Folgen, sehr wohl sehen können.

Man kann und muß diese Forderung verallgemeinern. Der Kontakt mit den früheren sozialistischen Analysen, deren Folge und Auseinandersetzung die Geschichte des sozialistischen Bewußtseins ausmacht, ist abgebrochen. (Sie wird nur im Bolschewismus in entarteter scholastischer und ideologischer Form fortgesetzt.) Der deutsche Sozialismus ist pragmatisch und idealistisch geworden; er muß wieder analytisch und utopisch werden; er muß in der realen Analyse der Wirtschaft, der Gesellschaft und ihres Bewußtseins ein wahres Bewußtsein des Standes der Dinge gewinnen und daraus sowohl die „reale Utopie“ neuformulieren, das sozialistische Fernziel, als auch die politische Taktik: das Nahziel.

Beide Ziele, das Fernziel und das Nahziel, sind für ein pragmatisch-politisches Bewußtsein heute durch mehrere in sich richtige Erkenntnisse ver stellt.

Die Sozialdemokratie hat aus Einsicht und Verantwortung in der Nähe der Tagespolitik, der sie sowohl als Regierungspartei als auch in der Opposition dient, die Vorstellung „Sozialismus“ außerordentlich vorsichtig formuliert. Ein sozialistischer Totalitarismus wird abgelehnt; das Privateigentum nicht nur an Konsumgütern, sondern auch an den meisten Produktionsgütern wird anerkannt; die Verstaatlichung wird nur für einige allerdings zentrale Produktionsbereiche gefordert; andere Formen der Vergesellschaftung spielen keine große Rolle, werden teilweise sogar mit Mißtrauen betrachtet; die Steuerungs- und Lenkungsmethoden staatlicher Wirtschaftspolitik, die man in einem Sozialismus anwenden würde, unterscheiden sich als Methoden wenig von denen, die man in der „Sozialen Marktwirtschaft“ oder in anderen nichtsozialistischen Nationalwirtschaften anwendet; vielfach will die Partei weder „marxistisch“ noch eine „Arbeiterpartei“ mehr sein; auch erkennt sie selbstverständlich die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie an. Dies alles in der Auseinandersetzung mit Gegeninteressenten und politischen Gegnern, die auf ihre Weise nicht weniger maßvoll geworden sind, zum Teil nur scheinbar, zum Teil aber auch wirklich, die die soziale Bindung des wirtschaftenden Individuums anerkennen und die, wenn sie schon vom Markt sprechen, von einer Markt-, „Ordnung“ sprechen. Es sieht so aus, als ob die spezifische Differenz, welche einen Sozialisten von einem Sozialen trennt, von einem sozialen Christen oder einem sozialen Liberalen,

recht klein geworden wäre. (Ich spreche vor allem von der „Theorie“, von den Vorstellungen, weniger von der Praxis.) Vor allem sieht es so aus, als ob diese Differenz nicht eindrucksvoll genug formuliert werden könnte. Wenn diese Differenz etwa darin besteht, daß alle die Lehrergehälter erhöhen möchten, daß die FDP dabei an etwa 5 %, die CDU an 8 %, die SPD aber an 12 % denkt, wenn sie darin besteht, daß die Liberalen das Freiheitsrecht vertreten, sich in Kartellen binden zu dürfen, und die Sozialisten das Staatsrecht, die Kartellfreunde zur Freiheit zu zwingen, wenn sie darin besteht, daß die SPD einen größeren Sektor des Bankwesens verstaatlichen möchte als die CDU, wenn sie darin besteht, daß die CDU das Versicherungswesen koordinieren, die SPD es zentralisieren möchte, und so weiter und so weiter, dann trennt jene spezifische Differenz gewiß gewichtig genug und mit Fug und Recht die Parteien, kaum aber eine sozialistische Partei von den nichtsozialistischen. Das ist eine Gefahr für das sozialistische Selbstbewußtsein.

Darin stecken zwei Schwierigkeiten. Die eine besteht darin, daß die Partei, ob in der Regierung oder in der Opposition, in beiden Fällen, wenn auch in verschiedener Weise und in verschiedenem Grade, zunächst einmal an die gegebene Welt gebunden ist und nur in dem Maße verändernd in sie eingreifen kann, als die gegebene Konstellation der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte, der politischen und der seelischen Kräfte (der „öffentlichen Meinung“) es gestatten. Diese realistische Bindung an den gegebenen Bestand erschwert es, zugleich etwas ganz anderes zu tun, was aber in der Tat zugleich getan werden muß: jene Voraussetzungen selbst zu ändern, die Kräfte zu ändern, neue Kräfte zu bilden. Es ist schwierig, gleichzeitig dem Tag und der Zukunft zu dienen. Es ist schwer, beides zugleich im Kopf zu haben, im Herzen zu haben, eine Konzeption festzuhalten, in der beides enthalten ist. Die andere Schwierigkeit hängt eng damit zusammen: das als sachlich richtig Erkannte (sei es in der Tagespolitik, sei es als Ziel auf weite Sicht) ist nicht ohne weiteres das propagandistisch Wirksame — und nicht jedem ist es gegeben, die gewünschte Wirkung zu erreichen, wenn er sagt: „Ich verspreche euch Blut und Tränen.“ Auf dem Feld der eigentlichen Propaganda ist die Schwierigkeit überhaupt nicht aufzulösen, wenn auch eine weitschauende, kluge und geschickte Propaganda vieles tun kann, um die Propaganda mit dem sachlich verantwortbaren Ziel möglichst in Deckung zu bringen. Es kommt viel darauf an, eine solche weitschauende (geradezu wissenschaftlich begründete), kluge und zugleich verantwortbare Propaganda zu entwickeln, aber die eigentliche Lösung jener Schwierigkeiten ist in tieferen Bereichen zu suchen, in der sozialistischen Theorie und im sozialistischen Bewußtsein. Die Sozialisten müssen bewußt ein zweischichtiges (nicht zwiespältiges) politisches Denken entwickeln, ein am Fernziel orientiertes geschichtliches und „strategisches“ Denken und ein tagespolitisches und „taktisches“; sie dürfen die ständige Anstrengung nicht scheuen, diese Spannung aufrechtzuerhalten. Es ist ja sehr viel bequemer, in Kurzschlüsse entweder die Utopie gegen den Tag auszuspielen, gegen die Verantwortung des Tages und das Kärrnergeschäft und die Lust an der kleinen Macht, oder aber über diesen Mühen, Lüsten und Verantwortungen den Auftrag der Geschichte zu vergessen. Wird aber beides festgehalten, das eine immer am anderen gemessen, beides im Gang der Ereignisse ständig korrigiert, so entsteht eine neue Schwierigkeit, wenn es gilt, das dann Erkannte in Propaganda umzusetzen. Vielleicht kann ich zum Beispiel heute aus einer tagespolitischen Chance eine Gruppe für mich mobilisieren, von der ich doch genau weiß, daß ich ihr in der Zukunft nicht viel Gutes bieten kann. Oder ich lege für die Zukunft Wert auf eine Gruppe, der ich doch im Augenblick nichts bieten kann oder gar einen Verzicht zumuten muß. Es wäre einfach, wenn man auch in zwei Schichten Propaganda machen könnte: Werbung für die großen Ziele und Werbung für die nächste Wahl, Werbung von Romantikern und Phantasievollen

und Werbung von Realisten und Interessenten. So einfach (oder vielmehr so zweifach) geht es nicht.

Hier wird wahrscheinlich jede Partei bald vor einer Grenze stehen, und gerade hier wird einsichtig, warum es gefährlich ist, wenn eine Partei sich mit der sozialistischen Bewegung gleichsetzt. Der Sozialismus muß größer aufgefaßt werden, und die Partei kann nur eines seiner Organe sein. Das muß die Partei wissen. Sie darf dem Sozialismus nicht im Wege stehen, indem sie ihn zu okkupieren sucht. Eine sozialistische Sphäre als Theorie, als Bewußtsein, als öffentliche Meinung, als geistiges „Klima“ muß die Partei übergreifen, so wie das bürgerliche Klima die bürgerlichen Parteien übergreift. Die Partei kann jener allgemeineren Daseinsweise des Sozialismus in der Gesellschaft dienen und sie fördern, aber sie kann sie weder ersetzen noch bestellen noch erzwingen. Einem Programm-Ausschuß der Partei wäre denn auch zu viel zugemutet, wenn man von ihm die neue sozialistische Theorie erwarten wollte. Zwar muß er diese Problematik kennen und beide Fehler vermeiden, die hier möglich sind: Das Parteiprogramm sollte weder in allzu enger Bindung an die Tageskonstellation ein pragmatischer Katalog von Nahzielen werden noch in Mißachtung dieser Konstellation als Deklamation der Fernziele formuliert werden. Der Programm-Ausschuß muß die Schwierigkeit auf seine Weise zu lösen suchen, aber die große sozialistische Analyse und Theorie, von der man eine befretende Wirkung erwarten dürfte, kann man nicht von ihm erwarten. Nichts hindert uns, sie von einem bedeutenden politisch-theoretischen Kopf zu erwarten, den man aber nicht bestellen und nicht organisieren kann; man kann ihm höchstens den Dienst leisten, ihn in seinen embryonalen und frühen Zuständen, wenn er noch nicht erkennbar ist, sondern in anderer, vielleicht in unbequemer Gestalt auftritt, nicht zu unterdrücken und nicht zu verführen. Aber auf einen zweiten Karl Marx ist höchstens zu hoffen, nicht aber zu rechnen. Sicherer wäre es, diese Leistung von einer Gruppe von unabhängigen Köpfen zu erwarten, die man zu einer mehrjährigen sehr gründlichen Zusammenarbeit ermutigt: auch hier kann die Partei nichts erzwingen, aber sie kann doch mithelfen. Was dabei herauskommen dürfte, wäre keineswegs unmittelbar ein Parteiprogramm, sondern gerade dann, wenn es gerät, viel mehr: eine Basis, auf der Sozialisten stehen und gehen können, eine Quelle geistiger Energie, eine Landmarke für die Orientierung, eine neue geklärte Phase des sozialistischen Bewußtseins.

Inzwischen aber werden wir uns in weniger gründlicher Weise unsere Gedanken machen müssen.

Eine Tatbestandsaufnahme der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft ist fällig. Es ist ein Gemeinplatz geworden, daß sich Arbeiterklasse und Proletarität längst nicht mehr decken, daß die Proletarität im klassischen Sinn größtenteils anderswo sitzt, und daß die Arbeiter — zum Glück — größtenteils nicht mehr proletarisch existieren und fühlen. Diese relativierenden Erkenntnisse, auch über andere Veränderungen in der Klassenschichtung und im Klassenbegriff, werden meist gegen den Sozialismus ausgespielt. Er hat die Wahrheit nicht zu fürchten — aber nur, wenn er sich ihr stellt. Wenn man ihm sagt: Es gibt keine Klassengesellschaft mehr, so wird er genau zusehen (genauer als der andere) und antworten müssen, inwiefern es tatsächlich keine Klassen mehr gibt und inwiefern aber eben doch; der soziologische Tatbestand und die soziologische Begrifflichkeit müssen neu aufeinander bezogen werden. Es wird sich dann zeigen, wie sich ein Sozialismus als gesellschaftliche Kritik, als Wertesystem und als politisches Ziel neu begründen läßt.

Vermutlich wird dieser Sozialismus dann seine historische Bindung an die Arbeiterschaft auf neue Weise begründen und bekräftigen können. Es wird ihm nur um das Wohl des Ganzen gehen dürfen, aber er wird — vermutlich — sich auf neue Weise plausibel machen können, warum die Verwirklichung des

Allgemeinwohls in diesem Jahrhundert des Vehikels Arbeiterschaft bedarf. Gleichwohl wird er manche andere produktive Schicht positiv ansprechen können (und wieder andere nicht vor den Kopf zu stoßen brauchen), aber er wird auch seine Feindschaften neu zu verstehen haben, die eindeutigen Gegeninteressenten des sozialistischen Versuchs. (Dabei wird mit der Unterscheidung der Unternehmer-Funktion und der Kapital-Funktion Ernst zu machen sein, ebenso mit der des wirtschaftlichen und des politisierten Kapitals.)

Sozialismus ist Vergesellschaftung der Produktionsmittel: die Wirtschaft in der Hand der arbeitenden freien solidarischen Menschen. Das übliche sozialdemokratische Bewußtsein versteht darunter immer noch zu einseitig Verstaatlichung. (Die anarchistische Komponente der Arbeiterbewegung war uns immer fremd, die genossenschaftliche wurde nie sehr lebendig.) Die Mitbestimmung ist ein erster, problematischer, zögernd beschrittener Weg zu anderen Formen von Vergesellschaftung. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur vorgestellt werden als ein Gefüge sehr verschiedenartiger Vergesellschaftungen. Das Problem „Bindung und Freiheit“ kennt nicht ein Modell, sondern sehr viele verschiedene. Bald kann das Kapital staatlich, bald genossenschaftlich, bald privat sein; die Steuerungs- und Lenkungsmaßnahmen in allen Sektoren können direkt oder mehr oder weniger indirekt sein; sie können in der Hand des Staates und von Selbstverwaltungskörperschaften liegen. „Sozialistisch“ wird ein solches Gefüge (das heute formal schon in allen kapitalistischen Nationen vorliegt) in gewisser Hinsicht auf quantitativem Wege: indem die Faktoren der Vergesellschaftung immer mehr überwiegen. Der Umschlag in die Qualität „Sozialismus“ wird schwer zu bestimmen sein. Er mag zusammenfallen (muß es aber nicht unbedingt) mit einer politischen Befestigung, die mehr ist als ein normaler Regierungswechsel. Eine solche politische Stabilisierung setzt einen gewissen Reifezustand sowohl in objektiver Hinsicht (der wirtschaftlichen und sozialen Zustände und Institutionen) als auch in subjektiver Hinsicht voraus, ferner aber auch eine reife und starke politische Kraft. In dem Maße, als man daran glaubt, der Sozialismus lasse sich eines Tages „einführen“ wie ein neues Versicherungssystem, eine Vorstellung, die besonders Staatssozialisten naheliegt — eines Tages wird man mit 51 % Mehrheit (oder 67 %) „die Sozialisierung“ beschließen —, braucht man sich über jene Reife wenig und über diese starke politische Kraft gar nicht den Kopf zu zerbrechen. Wenn man gesellschaftssozialistisch denkt, muß man zunächst die Gesellschaft so weit haben, daß sie für den Sozialismus reif ist — und muß man in der Mitte der Gesellschaft eine bewußte, klare, zur Verwirklichung und zum Kampf bereite sozialistische Bewegung haben. „Zum Kampf bereit“ heißt nicht „antiparlamentarisch“ oder blanquistisch — kämpfen, mit vielen Mitteln und zäh kämpfen muß man auch in der Demokratie, und nur das Komplott der mächtigen Interessen funktioniert wie von selbst. Der Sozialismus als die reale Forderung der Humanität muß gegen den Widerstand der massiveren Interessen mühsam durchgekämpft werden, im Geist, in der Gesellschaft und im Staat.

Man muß also den Begriff des Sozialismus politisch fassen: die Macht gehört zu seinem Begriff. Es wird keine sozialistische Wirtschaft und keine sozialistische Gesellschaft geben, wenn nicht zur rechten Stunde auch eine starke, stabile politische Kraft da ist, die der Träger der sozialistischen Souveränität sein kann. Die Macht, die zur Verwirklichung des Sozialismus vonnöten ist, darf keine konjunkturelle, „zufällige“ oder erschlichene Macht sein; es war der SPD zum Unheil, daß ihr zweimal Macht aus Kriegsliquidationen zuzufallen schien; es bedarf der verdienten, in Teilsiegen und Niederlagen erprobten und bewährten Macht.

Man wird kaum die Geduld aufbringen, diese Macht zu gewinnen, wenn man nicht davon durchdrungen ist, daß in der sozialistischen Idee und Bewegung eine tendenzielle Möglichkeit der Geschichte am Werk ist: die Humanisierung der

modernen arbeitsteiligen industriellen Zivilisation. Ohne dieses Element von Glaube, Hoffnung, Bekenntnis, Wahl und Entscheidung geht es nicht. Leidenschaftlicher, stärker und überzeugender als in den letzten Jahrzehnten wird sich der Sozialismus als eine Bewegung von Menschen erweisen müssen, denen es um den Menschen geht, um die Vermenschlichung des Menschen und der Gesellschaft. Mit anderen Worten: Unter anderem entscheidet es sich schlicht im Moralischen. Im Heroismus mancher, in der Tapferkeit vieler, im guten Willen der meisten. Wenn nicht manche Sozialisten heldenhaft, viele sehr tapfer und sehr viele guten Willens sind, läßt sich der immanente Sinn der modernen gesellschaftlichen Entwicklung der tragen und harten Wirklichkeit nicht entziehen. Die Formel von der Identität der allgemeinen Interessen mit den besonderen der Arbeiterschaft, die gar zu sehr mit dem Egoismus als der Triebkraft des Allgemeinwohls rechnet (ein gigantischer Kollektiv-Liberalismus . . .), überzeugt nicht mehr. So wenig man die Gesellschaft oder eine ihrer Gruppen auf die Dauer dazu bewegen kann, gegen ihr offenkundiges Interesse zu handeln — so sehr bedarf es der moralischen Anstrengung, um in einem verständigen Sinn (statt blind) auch nur für seine eigenen Interessen handeln zu können, erst recht aber, um seine eigenen Interessen in der Richtung aufs Allgemeinwohl in Bewegung zu setzen.

Es bedarf außer der Moralität des Mutes zur Utopie, eines nüchtern gewordenen Mutes zur realen Utopie; zu dem Entwurf einer besseren Welt, die möglich wird unter der Voraussetzung, daß wir sie wollen.

Es bedarf aber, davon war schon die Rede, auch der Analyse, der „Wissenschaft“, der strengsten Bindung an die erkennbare Wirklichkeit und die Bereitschaft, sich immer wieder von ihr selbst korrigieren zu lassen; der Bereitschaft auch, jede neue Erkenntnischance zu benutzen, auch zu neuen Methoden und neuen Hypothesen bereit zu sein; der Bereitschaft zur Diskussion, zum wissenschaftlichen Gespräch.

Ein guter Teil solcher Forderungen läuft auf eine originale neue Anwendung marxistischer Methoden und Denkansätze hinaus. So sehr es an der Zeit ist, eine sozialistische Partei nicht nur von vulgärmarxistischen Schlacken zu befreien, sondern sie auch Menschen zu öffnen, die von ganz anderen Anfängen und Ursprüngen aus den Sozialismus bejahren, so sehr ist es an der Zeit, die marxistischen Methoden (die freilich mehr als nur „Methoden“ sind) in neuer Anwendung auf die heutige Gesellschaft zu erneuern. Sie sind noch lange nicht ausgeschöpft, und wenn man sie preisgibt, setzt man sich der Gefahr aus, endgültig einem sozial-idealstischen Pragmatismus zu verfallen.

Einer Erneuerung der sozialistischen Theorie und Bewegung stehen im übrigen, wie mir scheint, zwei gewichtige Hindernisse im Wege.

Das eine könnte man den „Provinzialismus“ des deutschen Sozialismus nennen. Er ist an die deutsche Wirklichkeit fixiert. Ein Sozialismus kann heute aber nur als europäischer Sozialismus und als Weltsozialismus wieder den großen Atem des Lebens und der Geschichte bekommen. Ein Sozialismus, der nicht in seine Analyse, seine Sorge, seine Liebe, sein politisches Ziel und seinen politischen Weg die Neger Afrikas, die Indios und Proletarier Südamerikas, die arabische Welt, Ostasien einschließt, bleibt nicht nur klein und engbrüstig, sondern setzt sich ständig ins Unrecht. Die deutschen Sozialdemokraten aber interessieren sich noch nicht einmal für das Proletariat von Marseille, Dublin und Apulien. Es ist ihnen, im Grunde, Hekuba. Karl Marx hätte sich brennend dafür interessiert.

Das andere Hindernis ist, immer noch, das schiefe Verhältnis zum Christentum. Die „Schuld“ liegt wahrscheinlich mindestens so sehr auf der anderen Seite, aber in solchen verfahrenen Situationen hilft es wenig, dem anderen die Schuld zuzuschreiben. Besser ist es, trotz der Harthörigkeit der anderen zäh und geduldig auf der eigenen Seite an der Wahrheit zu arbeiten.

## GLEICHE STARTCHANCEN FÜR ALLE

Es ist kaum zweifelhaft, daß „Demokratie“ durch die Vorstellung bestimmt wird, daß alle Menschen in gewissen grundlegenden Beziehungen „gleichwertig“ sind. Die Gleichheit, für die unsere Gemeinschaften Beispiele liefern, kann nicht anders begründet werden. Von der Idee eines gleichen Wertes aller hat man dann die „Menschenrechte“ abgeleitet, die man zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Gemeinschaften als Voraussetzung für das Leben eines vollwertigen Staatsbürgers angesehen hat. Die Sozialdemokraten haben ein Interesse an der Feststellung, daß verschiedene Erscheinungsformen der Gleichheit eine einheitliche Begründung erfahren. Wer Gleichheit vor dem Gesetz oder gleiches Wahlrecht für selbstverständliche Konsequenzen eines gleichen Menschenwerts hält, wird schwer andere Gleichheitsforderungen prinzipiell zurückweisen können, die der Sozialist unter Hinweis auf diesen gemeinsamen Menschenwert erhebt. Wenn Gleichheit vor dem Gesetz aus ihm gefolgt wird, muß dies einschließen, daß auch alle die gleichen Möglichkeiten besitzen, die gleichen Rechte wahrzunehmen; der eine oder andere darf nicht durch Armut, Unwissen und dergleichen behindert sein. Offenbar taucht hier sofort der alte Streit auf: formelle oder materielle Gleichheit? Man darf wohl aussprechen, daß sich in einer ganzen Reihe von Fällen die Idee einer materiellen Gleichheit durchgesetzt hat, und daß die Angleichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Bürger in unseren demokratischen Gemeinschaften ein faktisches, wenn auch mitunter nur stillschweigendes Anerkenntnis des Gleichheitsgrundsatzes seitens nahezu aller Richtungen enthält.

Wer offen ein demokratisches Gleichwertigkeitsprinzip anerkennt, kann später nicht seine Auswirkung auf bestimmte Lebensbereiche willkürlich begrenzen. Wenn ein Sozialdemokrat einen solchen Satz formuliert, heißt das nicht, daß er es für eine einfache Entscheidung hält, wie die Gleichheit innerhalb verschiedener Bereiche gesellschaftlichen Lebens praktiziert werden soll, oder daß stets Einigkeit zwischen den aufrichtigen Anhängern dieses Prinzips erzielt werden kann. Dies gilt nicht nur für seine Anwendung im wirtschaftlichen Sektor. Man muß darauf vorbereitet sein, daß derjenige, der die Gleichheit nicht liebt und deswegen gern absurd Konsequenzen ziehen will, daran erinnert, daß verschiedene Menschen aus gleichen Einkommen eine sehr verschiedene Befriedigung ziehen. Dies ist unbestritten und unterstreicht das Faktum, daß die Diskussion praktisch darum geht, was durch die Organisation gesellschaftlichen Lebens, überhaupt durch äußere Mittel erreicht werden kann. Wenn zwei Menschen oder zwei Familien mit den gleichen Einkommen ganz Verschiedenes von ihrem Gelde haben, kann dies auf verschiedenen natürlichen Anlagen beruhen, was im anderen Zusammenhang bedeutet, daß sich nicht alle in gleicher Weise an der Musik oder der Natur erfreuen, oder daß nicht alle gleich schön oder stark oder imstande sind, Poesie zu schreiben oder wissenschaftliche Entdeckungen zu machen. Die gleichen natürlichen Ungleichheiten führen dazu, daß die Individuen auf allen Gebieten Verschiedenes leisten, daß sie bei Überordnungs- und Unterordnungsverhältnissen auf verschiedenen Rangstufen landen und daß sie seitens ihrer Mitmenschen wegen ihrer Leistungen

oder wegen ihres Charakters verschieden beurteilt werden. Gleichheitsbestrebungen bedeuten nicht, die Auswirkungen dieser natürlichen Ungleichheiten zu unterbinden. Im Gegenteil liegt in dem Gleichheitsprinzip vor allem die Forderung, daß die Anlagen des einzelnen zu ihrem Recht kommen sollen, und daß er seine Eigenart zur Freude und zum Nutzen auch für seine Mitmenschen entfalten kann. Da dies auch als das Ziel derer angesehen werden kann, die die Freiheit über alles setzen, besteht hier kein anderer Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit als der alte und wohlbekannte, daß die Möglichkeiten des einen, sich persönlich zu entfalten und an den Werten, die geschaffen werden, teilzunehmen, mit den Möglichkeiten des anderen verkettet werden müssen. Eine solche Verkeitung kann selbstverständlich nicht ohne Schwierigkeiten und Spannungen erfolgen.

Legt man die Begriffe freie Initiative und freier Wettbewerb weit aus, so daß sie alle Formen individuellen Strebens umfassen, sich auf Grund natürlicher Begabung im gesellschaftlichen Leben geltend zu machen, also nicht nur als „Unternehmer“, sondern auch als „Arbeitnehmer“, wird man sagen können, daß die Maßnahmen der Gesellschaft zur Förderung der Gleichheit darin bestehen müssen, die Hindernisse für einen Wettbewerb unter gleichen Bedingungen aus dem Wege zu räumen. Es ist oft gesagt worden, daß die Forderung gleicher Startbedingungen aller die liberale Alternative zur sozialistischen Forderung einer faktischen Gleichheit des Lebensstandards ist. Offenbar geht es um die Ungleichheit des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Milieus, die für die größere oder geringere Startgleichheit entscheidend ist.

Es genügt nicht, die wirtschaftlichen Ungleichheiten der Familien hervorzuheben. Wenn es darum geht, den Kindern eine Ausbildung zu verschaffen, die sie in die Lage versetzt, frei ihren Lebensweg zu wählen, können die Unkenntnis der Eltern mit den tatsächlichen Verhältnissen oder ihre Vorurteile die Wahl einer wirtschaftlich möglichen Ausbildung erschweren. Andererseits können elterliche Tradition oder Ambitionen wirtschaftliche Schwierigkeiten überwinden. Was die Gesellschaft im übrigen für die kommende Generation tun kann, soll hier unerörtert bleiben. Offenbar ist das wichtigste, die Ungleichheiten der wirtschaftlichen Bedingungen auszuräumen. In der Praxis wäre dies erreicht, wenn die heranwachsende Jugend die Möglichkeit hätte, ihre Ausbildung nach Lust und Neigung zu wählen.

Es ist schwer, sich eine solche umwälzende Änderung der Freiheit der Berufswahl vorzustellen, ohne daß auch die Stellung der „Eltern“ verändert wird. Aber mit der wachsenden Verbesserung des Standards des größten Teils der Bevölkerung, nicht nur, was die materiellen Lebensbedingungen angeht, sondern auch der Teilnahme an den geistigen Werten, sollte eine radikale Gleichheit der Ausbildungsmöglichkeiten das Ziel praktischer Politik werden können. Die Auswirkungen einer solchen Gleichheit auf die Einkommenshöhe innerhalb verschiedener Bereiche stehen nur insoweit fest, als jede Beseitigung eines künstlichen Mangels vermutlich den Preis auf dem freien Markt ausgleicht. Aber der Faktor, der „natürliche“ Knappeit heißt, kann im voraus nicht mit Sicherheit beurteilt werden, und wie die Zukunft in einer mehr gleichberechtigten Gesellschaft aussieht, kann nur die Erfahrung lehren.

Wieweit eine natürliche Knappeit an den Anlagen vorliegt, die für eine längere, besonders theoretische Ausbildung erforderlich sind, kann schwerlich erörtert werden, ohne daß zuerst die Frage beantwortet wird, wie umfassend der Bedarf an solcher Ausbildung ist. Man vergißt oft, daß bisweilen der Schritt vom Mangel zum Überfluß sehr kurz ist. Die Knappeit, die hohe Preise auslöst, wird nicht selten in reiches Angebot und scharfe Konkurrenz umschlagen, wenn das Angebot der nachgefragten Ware oder Leistung ganz bescheiden erhöht wird. Auch diejenigen, die am ehesten geneigt sind, aus der günstigen wirtschaftlichen Stellung der Eltern oder ihrer intellektuellen Begabung auf die Anlagen der Kinder

Schlüsse zu ziehen, dürften es als unwahrscheinlich ansehen, daß die gegenwärtige Zahl junger Menschen mit langer Ausbildung, die aus diesen begünstigten Familien kommen, im Vergleich mit der Anzahl der Kinder aus der übrigen Bevölkerung auch nur annäherungsweise die Verteilung der natürlichen Begabungen in den verschiedenen Gesellschaftsklassen widerspiegelt.

Es besteht daher genügender Anlaß, anzunehmen, daß gleiche Ausbildungsmöglichkeiten die ausgleichende Wirkung haben, welche die Vorkämpfer für eine demokratisierte Erziehung vorauszusetzen pflegen. Der wesentliche Schluß, der für die praktische Politik der Sozialdemokratie gezogen werden soll, ist, daß die Arbeit mit wachsender Intensität auf das gerichtet wird, was der kulturelle Ausgleich genannt wird. In gewisser Hinsicht kann man bereits jetzt feststellen, daß das Bewußtsein von Klassengegensätzen nicht in erster Linie an Ungleichheiten des materiellen Standards anknüpft, sondern an der verschiedenen Lebensführung, die bei gleichen Einkommensgruppen beobachtet wird.

Die Probleme, die hier aufgeworfen werden, haben insoweit eine tiefe prinzipielle Bedeutung, als sie uns vor die Frage stellen, in welcher Richtung wir es für wünschenswert oder notwendig ansehen, eine gemeinschaftliche Werteskala für alle Mitbürger aufzustellen, d. h., auf ihre Auffassungen von dem, was als ein gutes Leben angesehen werden soll, einzuwirken. Allgemeine Schulpflicht konnte bereits als eine Voraussetzung für das moderne Wirtschaftsleben begründet werden. Ein gewisser Standard der Gesundheitspflege erschien notwendig, um gegen Epidemien und Ansteckung überhaupt zu schützen, und der Zwang für den einzelnen, sich untersuchen zu lassen, und für alle Steuerzahler, einen Teil ihres Einkommens für solche Gemeinschaftsaufgaben abzutreten, hat trotz gewisser Opposition etabliert werden können. Aber es kann jederzeit ein Punkt kommen, wo die Kritik an einer Ausweitung des gemeinschaftlichen Standards sich auf die Forderung stützt, daß der einzelne die Freiheit haben muß, seinem eigenen Geschmack zu folgen und nicht der Vorstellung einer Majorität von den Lebenswerten. Da die heranwachsende Jugend in Frage steht, ist die Furcht vor Konflikten der angedeuteten Art vielleicht unnötig. Die Frage soll zukünftiger Diskussion überlassen bleiben.

Dagegen kann es wünschenswert erscheinen, die nicht seltene Frage zu beantworten, ob „die breiten Massen“ oder „die Arbeiterbewegung“ wirklich ein Interesse daran haben, daß Ausbildungsmöglichkeiten in der geschilderten Art „demokratisiert“ und daß „die gleichen Startbedingungen“ Wirklichkeit werden. Die Formulierungen dazu sind verschieden, aber der Inhalt geht klar aus der Bemerkung hervor, daß die breiten Massen intellektuell verarmen würden.

Der entscheidende Fehler besteht darin, daß diese Schreckvisionen die Fortdauer der Klassengesellschaft voraussetzen, d. h. der gleichen Kombination ökonomischer Vorteile, übergeordneter Stellungen und kultureller Privilegien, obwohl die Faktoren verschwunden sind, die dieser Klassengesellschaft vermutlich zugrunde liegen. Wenn die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten den Monopolcharakter von Berufen beseitigt haben, hat voraussichtlich ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den verschiedenen Berufen stattgefunden. Individuelle Tüchtigkeit wird Ungleichheiten innerhalb desselben Berufszweiges mit sich bringen, aber die einzelnen Berufe werden nicht sehr verschiedene „Nettvorteile“ bieten.

Eine weitere Verlängerung der Diskussion erscheint nicht erforderlich, weil viele Fakten seit langem klar für einen wirtschaftlichen Ausgleich durch Demokratisierung der Ausbildung sprechen, aber nur die Erfahrungen, die bei Fortsetzung des Weges gesammelt werden, klaren Bescheid geben können. Dagegen ist Anlaß, mindestens an die Möglichkeit zu denken, daß ein sogenannter „kultureller Klassenunterschied“ auch in einer Gesellschaft ohne ökonomische Klassen bestehen kann, wenn nämlich die freien und gleichen Ausbildungsmöglichkeiten nicht von einem gleich starken Interesse begleitet werden, alle Bürger an den

Kulturwerten im weiteren Sine teilnehmen zu lassen. Der Ausgleich der Gegen-sätze könnte eventuell durch eine Differenzierung der Ausbildung für verschiedene Berufe gehindert werden, die offenbar eine Notwendigkeit ist.

Eine wirkliche Kluft entsteht kaum durch die reine Berufsausbildung. Eine jede Aneignung einer gewissen speziellen Technik ist mit einem „gewissen kulturellen Standard“ vereinbar. Die Warenkenntnisse im Klein- oder Großhandel, die Geschicklichkeit eines Maschinenarbeiters, die Fähigkeit, Verwaltungsvorschriften zu folgen oder Gesetze auszulegen, die mathematischen Operationen eines Ingenieurs durchzuführen oder Grammatikregeln in einer fremden Sprache einzuschärfen, das Messer des Chirurgen oder ein Flugzeug zu führen, dürften kaum mit Zwangsläufigkeit die Schaffung von Klassengegensätzen veranlassen. Wenn aber diese Berufsausbildung auf gewissen Gebieten Kenntnisse und Fertigkeiten fordert, die es für ihren Inhaber viel leichter machen, mit Wissenschaft und Literatur in Kontakt zu kommen oder menschliche Motive und Handlungen und gesellschaftliche Probleme besser zu verstehen, kann sich die Frage eines fort-dauernden kulturellen Abstands stellen.

Das Problem ist bereits früher kurz angedeutet worden, als von dem Konflikt die Rede war, der auftaucht, wenn man einen gewissen allgemeinen „Bildungs-standard“ fordert und einige sich auf die bürgerliche Freiheit berufen, nach eigenem Geschmack dem Leben einen Inhalt zu geben, wozu gehören könnte, die Bekanntschaft mit solchen Kulturwerten abzulehnen, die man selbst nicht schätzt, die aber andere Menschen, vielleicht große Gruppen, vielleicht die große Mehrheit zu allgemeinem Eigentum zu machen wünschen. Dieses Freiheitsproblem kann nicht völlig von der Frage gelöst werden, was an gemeinschaftlichen Normen in die Erziehung und die Wertungen der Bürger eingehen muß, damit das Band, was die Gesellschaft zusammenhält, nicht reißt. Trotz des abschreckenden Beispiels totalitärer Regierungen bleibt die Tatsache bestehen, daß in allen Gemeinschaften auch der westlichen Kultur ein Bedürfnis vorliegt, gewisse gemeinschaftliche „Verhaltensmuster“ zu entwickeln.

Beachtung verdient noch die Problematik der gesellschaftlichen Gruppen, die als Eigentümer von Produktionsmitteln bezeichnet werden.

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten, die in der ungleichen Verteilung des Eigentums an Produktionsmitteln ihren Grund haben, waren der natürliche Ausgangspunkt für die sozialistischen Attacken gegen das Privateigentum, für die Sozialisierungsforderungen. Eine Gesellschaft, in der eine Minderzahl durch Besitz erblichen Eigentums sich als privilegierte Klasse von den übrigen Bürgern abhebt, ist unvereinbar mit sozialistischen Vorstellungen von einer angemessenen Gleichheit aller. Andererseits ist genau so offenbar, daß die Sozialdemokratie die Idee einer totalen Sozialisierung als Grundsatzforderung ablehnt, vielmehr die Meinung vertritt, daß die Grenze zwischen öffentlichem und privatem Eigentum nicht ein für allemal nach schematischen Gründen gezogen werden kann, daher Initiative, die sich auf Privateigentum stützt, mit ihrem sozialistischen Streben für vereinbar hält, sich folglich auch nicht gegen die Vererbung von Privateigentum wendet, soweit dies mit der grundlegenden Forderung einer klassenlosen Gesellschaft vereinbar ist.

Wenn die Tendenz zu einem Ausgleich der Einkommen ihre bisherige Stärke behält oder erhöht, werden auch die Möglichkeiten, Kapital zu bilden, gleichartiger. Die progressive Besteuerung und die Erbschaftssteuer wirken in derselben Richtung und lassen die Kluft zwischen der wirklich reichen Minderzahl und der Hauptmasse der Bürger schmäler werden.

Es ist überflüssig, hier auf die alte Streitfrage einzugehen, ob Steuergelder, die dem Kapital entnommen werden, auch in der öffentlichen Hand vernünftigerweise Kapital bleiben sollen. Die Unterscheidung hat nicht die oft angenommene reale

Bedeutung. Es gibt jedoch eine Kapitalbildung, deren Bedeutung sich wohl mit Investitionen materieller Produktionsmittel messen kann und deshalb ohne Einwendungen mit Staatsmitteln aus Kapitalsteuern sollte finanziert werden können. Die Ausbildung neuer Generationen in der geschilderten Weise mit dem Wunsch, künstliche Monopole zu beseitigen, enthält eine Kapitalinvestition, die zwar keine größere Dauer als das Arbeitsleben eines Menschen hat, die aber mindestens eine gleich gute Dividende wie eine Investition neuer Maschinen und dergleichen geben dürfte.

Wenn die Forderung „gleichen Starts“ ernstgenommen werden soll, kann sie mit dem Fortbestand großer ererbter Vermögen nicht vereinbart werden. Die Ungleichheit zwischen zwei jungen Menschen mit derselben Ausbildung, von denen der eine sich nach einer Anstellung umsieht und sie vielleicht in einem Betriebe findet, den der andere bald ererbt, durchlöchert den Gleichheitsgrundsatz. Andererseits soll wiederholt werden, daß keine gesellschaftliche Maßnahme alle gleich schön oder stark oder begabt machen kann, und daß dies nicht nur für die heranwachsende Jugend, sondern auch für ihre Eltern gilt. Die günstigen Voraussetzungen, die für die Kinder aus ihrem Heranwachsen in einer vorteilhaften Umgebung folgen, müssen auch gewisse ökonomische Vorteile umfassen, da der Sozialist nicht verhindern will, daß Eltern Eigentum in beschränktem Umfang ihren Kindern vererben.

Diese „Utopie“ von den gleichen Startbedingungen, von den gleichen Möglichkeiten für jeden, seine natürlichen Anlagen zu entwickeln, könnte als erreicht angesehen werden, wenn die jungen Menschen nur die eigenen Fähigkeiten richtig erforschen müßten, der Junge, wenn er darüber nachdenkt, ob er Kontorist oder Gymnasialprofessor werden will, Monteur oder Diplomingenieur, und das Mädchen, wenn es überlegt, ob es Krankenschwester oder Ärztin werden möchte.

*Das ist es, was gegenwärtig in der Welt nicht stimmt; sie wirkt ihre veralteten Dynamo- und Dampfmaschinen zum alten Eisen, aber sie will ihre veralteten Vorurteile, ihre veraltete Moral, ihre veralteten Religionen und ihre veralteten politischen Verlassungen nicht zum alten Eisen werfen. Was ist die Folge davon? Daß sie in der Mechanik sehr gute Geschäfte macht, aber in der Moral, in der Religion und der Politik arbeitet sie mit einem Verlust, der sie jedes Jahr dem Bankrott näher bringt.*

G. B. Shaw

*Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Die gesellschaftlichen Unterschiede können nur auf den gemeinsamen Nutzen gegründet sein. Der Endzweck aller politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unabdingbaren Menschenrechte.*

Erklärung aus der Französischen Revolution 1789

## DAS SOLL DES SOZIALISMUS IM REST DES JAHRTAUSEENDS

Es gibt einen subalternen Begriff von „Sozialismus“, der hier nicht gemeint ist; einen, der einzig gewisse Änderungen der Besitzverhältnisse meint und, solange sie nicht möglich scheinen, das Verhindern des Abgleitens der Reallohn, einer Verschlechterung der sanitären Arbeitsbedingungen, einer Verlängerung der Arbeitszeit... oder gar das Durchsetzen höheren Reallohns, besserer sanitärer Arbeitsbedingungen, kürzerer Arbeitszeit; (und so). Je ruchloser es wäre, die Wichtigkeit dieser Ziele zu erkennen, sie als „nur materielle“ zu bagatellisieren, desto armseliger und hoffnungsloser (gerade auch in Hinsicht auf die Verwirklichung jener bescheidenen Forderungen) wäre eine politische Bewegung, die sich in ihren Zielsetzungen auf das beschränken würde, wofür Gewerkschaften da sind. Der Typus Mensch, den nur die ökonomisch-materielle Seite des Lebens interessiert, ist nicht aus dem Holz derer geschnitten, die in der gesellschaftlichen Welt Entscheidendes ändern, und sel's auch nur in materieller Beziehung Entscheidendes. Allerparteihalt organisierte Sozialismus wird armselig und hoffnungslos sein, wenn er sich selber nicht auffaßt und propagiert als eine Bewegung zu universaler Erneuerung; zur Realisierung des Koexistenzbildes, das in den jeweils feinsten, fortschrittlichsten, höchstgestuften Hirnen der Zeit als Idee lebt. Wer das Wirtschaftlich-Materielle als verächtlich, auch bloß als nebensächlich behandelt, ist kein Sozialist; wer es, mit Giftblick nach anderen Seinsseiten hin, exklusivistisch als einzigen Gegenstand sozialistischer Sorge anerkennt und anerkannt wissen will, das Urteil über den Rest der gesellschaftlichen Probleme den Genossen freigebend und mithin zur Privatsache machend, in Wahrheit zur konservativen Sache, der schädigt die sozialistische Aktion in genau dem Grade, in dem er ihr zu nützen glaubt.

Dies ist die Voraussetzung, über die sich nicht diskutieren läßt. Wer sie nicht annimmt (richtiger: sie nicht längst in der eignen Seele mehr oder minder bewußt erzeugt hat), ist ein unbelehrbares Spießermännchen oder -weibchen, das man so gütig, so helfend behandeln soll wie jedes andere Tier, aber von Beratungen über das Große fernhalten soll. Denn es hält auf, es hemmt, es schädigt; ihm in Gremien von Menschen, die zum Segen der Menschheit Geschichte machen wollen, „gleiche“ Befugnisse, gleiches Mitbestimmungsrecht, auch nur das Recht des Mitberatens erteilen, desselben Mitredens, das den Denkenderen, Menschlicheren zusteht, hieße einem irren Demokratismus frönen, einem irren, einem kranken. Die vernünftige, gesunde Idee der Gleichheit meint völlig anderes als: daß der Tropf das gleiche Recht haben soll, ethisch Gebotenes zu vereiteln, wie der Kopf, es zu verwirklichen. Und wer Tropf, wer Kopf ist, bestimmen die Köpfe, nicht die Tröpfel! Die Voraussetzung des Erfolges der sozialistischen Aktion in den Jahrzehnten, die kommen, ist also die Einsicht ihrer Trägerschaft in die Universalität des sozialistischen Willens (Universität statt ökonomischer Spezialität)

und ihre Entschlossenheit, bescheuklappte Ungeisterchen, die das nicht begreifen, aufs intoleranteste daran zu hindern, am Wagen der Bewegung Bremse zu spielen.

Unter Personen, die in dieser Voraussetzung geeint sind, dieser, wie mir scheint, undiskutierbaren, ist alles diskutabel und sollte alles mit äußerster wechselseitiger Toleranz erörtert werden — Verfassungsformen, Sozialisierung, die Rolle der Nation, Pazifismus, Außenpolitik, Schule, Kirche, Strafrecht, das Koalitionsproblem, alles. Auch: mit was für einer Lampe die sozialistische Bewegung ihre eigene Geschichte zu beleuchten hat. (Ich für mein Teil würde da zum Beispiel keine Birne aus rosa Glas vorschlagen.)

Die Gegensätze Revolutionär-Reformistisch oder Revisionistisch-Radikal sind veraltet. Nicht nur „Zentristen“, sondern schon vor Jahren auch Leute aus Lenins Lager haben darauf hingewiesen, daß revolutionärer Wille, wenn er in Epochen ohne revolutionäre Situation aufs entschiedenste Reformen durchzusetzen sucht, Reformen im Sinne des elgen Ziels, doch im Rahmen des alten Gesellschaftssystems, sich damit nicht nur nicht schadet, sondern vernunftvoll und pflichtgemäß handelt, weil er gerade durch solche Kämpfe die Bewegung vorwärts, ihrem Ziele zutreibt. Ob dabei, infolge stetig aufweichenden Widerstands der Gegenseite, die Evolution zur Gerechtigkeit an Schnelligkeit gewinnt oder, infolge sich verhärtenden Trotzes der Besitzbestie, die vorerst fehlende revolutionäre Situation herbeschworen wird, darf dem Zielbewußten gleich sein. Revolution ist kein Selbstzweck, kein Selbstwert; Evolution (wie sie etwa in England wirklich zu werden begonnen hat) nichts Verächtliches; im Gegenteil: findet sie tatsächlich statt, dann bleibt sie als der opferärmere, menschlichere Weg dem blutigeren, grausameren vorzuziehen — zu schweigen davon, daß nach unsern Erfahrungen von 1789 und 1917 just die gelungene Revolution (ich rede nicht von der mißlungenen deutschen, 1918!) eine Tendenz zeigt, in ihr Gegenteil umzuschlagen, ohne es sozusagen zu merken. Was für ein Engel der Güte, der Freiheit und Brüderlichkeit war die verkommene Aristokratie Ludwigs XVI., vergleicht man sie mit der Robespierre-Clique und ihrem zynischen Blutrurstwüten; wie liberal, wie volksfreundlich war die schärfste Sorte Zarismus, verglichen mit der Sklaven- und Henkerwirtschaft unter Stalin! Ich glaube, man ist kein Konterrevolutionär, wenn man skeptisch genug ist, es höchst altmodisch zu finden, mit der formalen Idee „Revolution“ einen Dogmatiker-Kultus zu treiben. Revolutionär ist jede echte Idee; der Weg zu ihrer Verwirklichung muß nicht durch Meere von Blut führen. (So wie andererseits der Weg zur Gewaltlosigkeit das Gestriß der Gewalt nicht immer vermeiden kann und unter Umständen Kriege geführt werden müssen, damit der Anbruch des dauernden Völkerfriedens nicht noch weiter hinausrückt.) Und was die Radikalen und die Revisionisten anlangt: Man kann, besonders in Hinsicht auf das universale Ziel eines sich tiefer verstehenden Sozialismus, ein äußerst „radikaler“ Engstirnler, Spezialist, Einseiter, Philister sein, während ein Gemäßigter (wobei ich nicht pro domo rede, denn ich bin keiner) ein höchst erleuchteter, sehr universaler, daher zur Führung berufener Kämpfer sein kann. Und ein Revisionist, das heißt jemand, der den traditionellen Dogmenkatalog der Bewegung kritisch zu überprüfen für notwendig hält, kann zwar ein Defeatist der Bewegung, ein Verräter der guten Sache, ein Karrieremacher und Sichanschmierer an die konservativen Mächte sein; einer, für den „Sozialismus“ nur noch eine unverbindliche Sonntagsphrase bedeutet, leer, das bißchen Inhalt: ein giftiger Anti-Individualismus; ein getarnter Christlich-Sozialer, ein moderierter Völkischer, ein feinerer Nazi (wer konnte diese schillernde Sorte nicht!); doch es gibt seit Jahrzehnten auch einen Revisionismus, der aus leidenschaftlichem Ja zum revolutionären Ziel am Säulenbau der überlieferten Denkmethoden, Unterdogmen, Verhaltensnormen, Kampfformen revolutionär rüttelt. Ein im Sinne des Parteitags der SPD von 1903 Radikaler kann im Sinne der Dinge, auf die es heute ankommt, ein Konservativer mit sooooo langem Bart sein (auch, falls er ein Jüng-

ling ist), während ein Revisionist linker Flügelmann der Bewegung sein kann (ein revolutionärer Revisionist, versteht sich).

Welches sind nun „die Dinge, auf die es heute ankommt“? Worin besteht das Soll des Sozialismus für den Rest des Jahrtausends? Man vergebe es mir, wenn ich, bei aller Liebe zum Gedanken der Internationale, die Sache vor allem unter dem Aspekt der deutschen sozialistischen Bewegung sehe. Übrigens widerspricht dieser in keinem Punkte dem der Idee des Sozialismus entspringenden internationalen Aspekt. (Der internationale Aspekt des Sozialismus ist nicht zu verwechseln mit zufälligen Mehrheitsverhältnissen innerhalb der sozialistischen Internationale!)

1) Es kommt, das ist klar, auf die Beseitigung des Pauperismus an, auf eine gründliche Änderung der Besitzverhältnisse, so daß jene zum Himmel stinkende Ungerechtigkeit aufhört, wider die vor über einem Jahrhundert (schon vor Marx) der Sozialismus als Bewegung sich gründete. Die Emanzipation des Proletariats ist eine Lösung, die nicht verschwinden kann, ehe sie gegenstandslos geworden ist. Sie wird nicht dadurch gegenstandslos, daß „Arbeiterschaft“ und „Proletariat“ nicht mehr völlig koinzidieren oder kongruieren, vielmehr einander überschneidende Begriffe geworden sind, insofern ein gewisser Teil der Arbeiterschaft in wichtigen Ländern (so in Deutschland) aufgehört hat, Proletariat zu sein, während (gerade in Deutschland) breite Schichten, die nicht zur Arbeiterschaft gehören, nämlich beruflich, „klassen“mäßig, „soziologisch“, dennoch proletarisch bis unterproletarisch leben. Wie albern, so zu tun, als glaubte man, daß durch diese Tatbestandsänderung „Marx widerlegt“ sei! Lebte er — niemand würde produktiver von ihr Kenntnis nehmen als Marx! Die zur Zeit fashionable Kritik am Marxismus reicht nicht gut. Ich rede auch hier nicht pro domo; selbst mein gemeinster Feind kann mir, ohne faustdick zu lügen, nicht nachsagen, die Doktrin der Marx und Engels sei mir ein Tabu. Ich habe ein Dritteljahrhundert lang in meinen Schriften eindeutig bekannt, welche Seite am Marxismus mir anfechtbar erscheint (mir wie allen an Kant Geschulten), am konzentriertesten vor ein paar Jahren in meiner „Marxkritik in der Nußschale“ — wo der Interessierte es nachlesen mag; ich wiederhole es hier nicht. Es geht dabei um die philosophische (wenn man will: antiphilosophische) Methode des historischen Materialismus. Die Mode-„Kritiker“ an Marx haben keinen Schimmer von diesen Dingen. Sie vergreifen sich dafür an dem, was genial an Marx ist, was unsterblich an seiner Lehre bleibt, solange der Kapitalismus leben wird; an seiner aus messianischer Glut geborenen eiskalten Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, Ausbeutungsart, Herrschmanier (bis in den Bildungssektor der Gesellschaft, bis in die Intellektuellen und die bürgerliche Intellektualie hinein); an seiner lange vor Röntgen röntgenalen Durchleuchtung dieses Gigantenkörpers. Je grimmiger Marx das Ethische als Kategorie ablehnt, desto erfüllter von Ethos ist, objektiv, sein Werk. Prognostiker war er in dritter Linie. Stimmen einige seiner Voraussagen nicht — wie nebensächlich! Nach wie vor stimmt das Wesentliche des Bilds von der Funktion dieser Gesellschaft, das er, ein Genie der kritischen (der „politischen“) Ökonomie, entworfen hat. Und nach wie vor gilt: daß die Unterjochten und Opfer dieses Systems nicht befreibar sind einzigt durch die Anstrengungen einzelner Idealisten, sondern nur, falls sie in Erkenntnis ihrer Lage sich zusammenschließen zu einer gewaltigen Tatgemeinschaft; innernational und international.

An diese Erkenntnisse ist anzuknüpfen; sie genügen nicht, doch sie sind unentbehrlich; gerade sie berümpft aber das marxkritische Gigerl, das sich heute nach vorn spielt. Ich habe es im Verdacht, daß es zwar Geld, Geltung und Macht für sich beansprucht und routinierte Politikasterie in kluger Trautheit mit den sozial-konservativen Parteien, eine Art „politischen“ Sportbetriebs will, doch keinen Sozialismus, keinen im ökonomischen Spezial- und schon längst keinen im Universalssinn. Diese Sorte Antimarxisten sind eine Elterbeule am Sozialismus; man öffne die Beule lieber morgen als übermorgen, sonst droht Blutvergiftung! Der

störrischste Nichtversteher unserer kantianischen Einwände gegen Marx ist mir lieber, zehnfach lieber als jene Opportunisten und Kapitulanten — mögen sie „religiös“ phrasieren oder „freidenkerisch“. Es hat in Karl Marx‘ persönlicher Entwicklung einen Bruch gegeben, 1845; an der herrlichen aktivistischen Flamme, die in seinen Schriften von 1843 bis 1845 brennt, sollte die sozialistische Jugend von heute ihr Feuer entzünden. Ich glaube mithin, daß zu den Aufgaben des Sozialismus allerdings auch eine erneuerte Stellungnahme zu seinen Patriarchen gehört, eine Kritik an den heiligen Büchern; fragt sich nur, was für eine und aus welcher Gesinnung.

2) Was nützt eine Änderung der Besitzverhältnisse, selbst die Abschaffung der Armut, wenn einen Tag nach der Entpauperisierung der Gesellschaft der Planet Erde durch Erdianer in den Äther gesprengt wird... nämlich durch die Idiotokratie auf Erden? Die Entpauperisierung der Gesellschaft und die Vernichtung der Idiotokratie sind parallele Aktionen. Zwischen Abschaffung der Armut und Abschaffung des Krieges bestehen unterschiedliche Kausalzusammenhänge: auf die in den vierzehn Jahren vor Hitler der linke Flügel der Friedensbewegung wieder und wieder hingewiesen hat, wenn auch vergebens. Heute sollten diese Zusammenhänge selbst Blinden deutlich werden! Die sozialistische Bewegung wird wertlos sein, wenn sie sich nicht zur Vollstreckerin des Testaments macht, das die alte Friedensbewegung hinterließ, als sie starb. Daß sie tot ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Eine „Liga für Menschenrechte“, die für die Dauer-Teilung Deutschlands per EVG und für die Remilitarisierung des Westteils eintritt, kann zwar ernstgenommen werden, nämlich als Filiale der Firma Foster Dulles, Adenauer & Co., aber zur Friedensbewegung zählen kann sie niemand mehr; tut sie's selber, dann entläßt der Fuß, auf dem sie mit der Wahrheit steht, kein angenehmes Parfüm. Die Friedenspropaganda des Kreml auf der anderen Seite — man kann sie für ehrlich halten; aber die Ehrlichkeit bestünde dann darin, daß die Propagandisten zur Zeit wirklich keinen Krieg wollen; nicht etwa darin, daß ihr Prinzip und ihre Sorge wäre: die Einrichtung Krieg aus der Geschichte der Menschheit zu rotten. Darauf aber kommt es an. Und nichts wäre so sehr Sozialismus wie diese Bemühung! Der Sozialismus der Zukunft wird pazifistisch sein... oder er wird eine hoffnungslose Lächerlichkeit sein, ein Spott aller Denkenden. Hierbei bleibt wahr, daß der Begriff des Pazifismus keineswegs feststeht und daß er nicht wie ein Hund durch die Straßen läuft mit einem Zettel am linken Hinterbein, auf dem die allgemeingültige Definition steht. Um so erforderlicher: daß sich die sozialistische Bewegung endlich, endlich, endlich auf gründlichste mit dieser Frage beschäftige und nach tüchtiger Durchwringung des Problems durch ihre Befugten eine Deutung verkünde, die hieb- und stichfest ist. Schon heute könnte eine sozialistische Stelle von Autorität zwei vulgären Irrtümern ein Ende bereiten: dem Irrtum von der Gleichsetzung des Endziel-pazifismus mit jenem „absoluten“, der unter allen Umständen, selbst bei gerechter Notwehr, die Gewalt verwirft; und dem anderen Irrtum, daß Pazifismus Friedfertigkeit des Gemüts in allen Lebenslagen bedeute und den Kampf verbiete, auch den um geistige Ziele mit geistigen Mitteln.

3) Unvollstreckt wie der letzte Wille der Friedensbewegung ist der letzte Wille des verstorbenen Liberalismus. Ob der einst aufersteht? Vorerst sieht es nicht so aus. Soweit der Liberalismus Verlangen nach Fortsetzung der ökonomischen Freibeuterei ist und ausdrückliches Nein zur Solidarverantwortung, Privilegzerstörung, Vergesellschaftung, Planung, Gesamtwohlfahrt, zugleich ein unausdrückliches, geheimes, um so realeres Ja zu dem Unfug, daß der im Geldmachen Gerissene, der glückliche Erbe oder der in der Bombenlotterie eines Weltkriegs Erfolgreiche ebensoviel im Staat zu sagen hat wie die minder Gerissenen, die weniger Glücklichen und die Ausgebombten oder Vertriebenen, ebensoviel oder vielmehr weit mehr als jene, besonders wenn im Sinne der Geisforderung sie allerhand, er hingegen nichts „zu sagen hat“ —: soweit dies Liberalismus ist,

stellt er zum Sozialismus den Kontrapunkt dar und verdient nur Verachtung. Aber der Liberalismus ist ja ein Janus mit zwei Gesichtern; verdient das hintere den Speichel, so verdient das vordere die Streichelung; denn das vordere ist das Gesicht der Freiheit. Nicht der Freiheit zum Ausbeuten der Mitmenschen, sondern der „Freiheit, die ich meine“, der außerökonomischen Freiheit, der philosophischen Freiheit, der Meinungs- und Diskussionsfreiheit, der Freiheit der individuellen Lebensgestaltung, vom Geistigen bis ins Physische, einer einzige durch die Freiheit aller Mit-Individuen beschränkten Freiheit. Nicht, daß der geschichtliche Liberalismus diese Freiheit in ihrem vollen Umfange gar verwirklicht hätte! Aber sie war seine sozusagen objektive Idee; seine und nicht etwa spezifisch die des klassischen, exklusiv klassenkämpferischen, ökonomistischen Sozialismus. Der moderne, der freiheitliche und universale Sozialismus sollte sie adoptieren; mancher einzelne Sozialist tat das längst. Jawohl, in diesem (und nur in diesem) Sinne sollte der Sozialismus sich zum Testamentsvollstrecker des verstorbenen Liberalismus machen!

Als besonders wichtige Aufgabe winkt hier die radikale Reform des Sexualstrafrechts, welches in einigen Ländern der weißen Rasse, so in Deutschland, von ältesten Zeiten her noch immer gewisse Bestimmungen enthält, die nicht nur grausam, sondern nach der gewaltigen Bereicherung und Vertiefung unserer Kenntnisse vom Menschen seit etwa 1900 einfach lächerlich sind.

Der Sozialismus wird siegen, wenn er sich nicht ausschließlich der wirtschaftlich Unterdrückten annimmt, sondern sämtlicher ungerecht Unterdrückten. Ich sehe keinen Anlaß, den Begriff „Klassenkampf“ preiszugeben, aber allen, ihn zu erweitern. Hat die Sozialgeschichte längst die Substanz des ökonomischen Begriffs ‚Klasse‘ sanft gewandelt, so gewinne der Sozialismus nur, wenn er ihn auch hinüber ins Außerökonomische dehnt; so daß er gleichfalls charakterologisch-biologische Gruppen deckt, egal, ob minoritäre (auch das Proletariat ist minoritär!), die in ihrer gesellschaftsunschädlichen (manchmal sogar -nützlichen) Seinsauswirkung barbarisch gehemmt werden, weil ein spielfürgerlicher und bösartiger Konservatismus sich von liebgewordenen Vorstellungen nicht trennen will, deren Absurdität nicht durch den Umstand zur Vernunft wird, daß vor Jahrtausenden die wissenschaftliche Primitivität selbst großer Humanitärer sie für Vernunft gehalten hat.

Hierher gehört auch der Wahnsinn, in einem kraß überglockerten Lande die Geburtenkontrolle von Staats wegen zu erschweren. Die sozialistische Bewegung hat diesen Wahnsinn als Wahnsinn zu erkennen und keine feigen Konzessionen an eine unsagbar rückständige Moraltheologie oder Pastoralmedizin zu machen... etwa des Stimmenfangs halber.

So, wie unter Liberalen Einsicht in diese Dinge nicht selten ist, ist unter Bekennern des engen, nur ökonomischen Sozialismus alten Schlags die bösartig konservative Spielfürgerei nicht selten. Verschwindet sie nicht oder zumindest ihr Einfluß nicht, dann wird der Sozialismus nicht die Macht werden, der aus den Massen ihr fortschrittlicher, geistdurchfunkter Teil vertraut. Ohne solch Vertrauen bleibt aber der Sieg unmöglich.

4) Soll also der Sozialismus der Zukunft die soziale Gerechtigkeit, den dauernden Völkerfrieden und die sozial erdenklich größte Freiheit des Individuums erkämpfen (der deutsche zudem die friedlich-freiheitliche Wiedervereinigung der Nation — Bejahung der Nation ist nicht nur kein Widerspruch zur internationalen Idee und zu der des Erdstaats, sondern die erste Voraussetzung ihrer Verwirklichung), dann fragt sich, mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen die Bewegung sich ihrem Ziele am raschesten nähert. Noch so verliebt in die heilige Ungeduld, müssen wir den Gewaltweg Lenins ablehnen. „Diktatur nur für eine kurze Übergangsperiode“ — das war ehrlich gemeint, aber psychologisch gefärrt. Das Ideal, das einst unser reisiger alter Ledebour formte: „Diktatur ja, Terror

nein" ist edel, aber nunmal wirklich utopisch. Eine Diktatur verharrt; sie pflegt nicht abzutreten, ehe sie, mit neuer Gewalt, gestürzt wird; und sie kann ohne Terror nicht leben. Was sie an Gutem terroristisch realisieren mag, wiegt auf der Glückswaage des Individuums (und der Staat ist um der Individuen willen da, nicht umgekehrt!) durchaus leichter als die Grausamkeiten eines Terrors, der den Terror des Systems, gegen das man revolutionierte, in den Schatten stellt. Dies gerade ist die Erkenntnis des freiheitlichen Sozialismus, und sie zwingt ihn auf den „westlichen“ Weg. Das bedeutet aber nicht, daß er nun alle Pillen zu schlucken habe, die ein sozialreaktionärer und kulturkonservativer Apotheker als „demokratisch“ feilbietet. Es bedeutet vielmehr: Studium des unendlich schwierigen Problems der Verfassung. Fortwurstelei mit den verfaulten Resten eines Majoritätenfetischismus, der vor fünf bis sechs Generationen revolutionär war, führt zu nichts... das heißt zur Konstanz des Siegs der Gegner. Hat Karl Marx die Klasse entdeckt (und wie segensreich war diese Entdeckung!), so hat das Geschlecht der Enkel den Typus entdeckt. Es gibt außer dem Klassenkampf, und zwar nicht „neben“ ihm, sondern quer durch ihn hindurch, den Typenkampf. Der schöpferische und daher auch der umschöpferische, der die Gesellschaft und den Staat heilvoll wandelnde Typus ist scharf minoritär — er ist es zu allen Zeiten, bei allen Völkern. Worauf es verfassungspolitisch ankommt, ist: diesen Typ in den Stand der Macht zu setzen. Wie? Es gibt keine sozialistische Aufgabe, deren Studium und Lösung dringlicher wäre als die Aufgabe, die diesem Wie innewohnt. Das billige Gelächter der altdemokratischen Dogmatiker enträt aller Beweiskraft. Hier jedoch in die Einzelheiten des Problems zu steigen, ist just dem unmöglich, der ihm sein Leben gewidmet hat und daher seine Deliktheit und Vertracktheit kennt. Nur so viel läßt sich andeuten: daß möglicherweise die revolutionäre, die stetig verwirklichende Staatsform der Zukunft die elliptische ist, mit zwei Brennpunkten: der gleichheitlich-allgemein gewählten Volkskammer und einer Kammer der Geistigen, die erstmalig „durch gegenseitige Auswitterung und Anerkennung“ (Formel Nietzsches) Zustände gekommen sein würde (oder auch mittels Ernennung durch ein überragendes Staatshaupt vom Range Nehrus) und dann durch Kooptationen fortlebt. Der Sozialismus der Zukunft wird sich nur selbst fördern, wenn er das Studium dieser Frage fördert. Zugleich ist er der Berufene, ethoslose Elite-Affen zur Ordnung zu rufen und der Verwechslung der von logokratischen Sozialisten empfohlenen Verfassung mit jener „ständischen“ vorzubeugen, deren Skizze die unberufensten Kritiker der majoritären Demokratie aus der Westentasche zu ziehen pflegen, sobald ihnen unsereiner die Gretchenfrage stellt.

Hinsichtlich der Volkskammer aber (deren Ideekern und Herz die Gleichheit bildet) sollte der Sozialismus, welcher da, besonders in Deutschland, letzthin reichlich gefackelt hat, endlich zu sauberer Entschiedenheit kommen! So wünschenswert langjährige, beständige Regierungen sind: es geht nicht um „dauerhafte“ Regierungen, die wir bräuchten, einerlei, was sie wert wären, und möchte eine selbst weniger taugen als die Ausscheidungen räudiger Hunde; nein! nicht Stabilität — Qualität einer Regierung ist die Eigenschaft, auf die wir uns spitzen; und wird sie durch ein gerechtes Wahlrecht auch nicht garantiert, so macht doch ein ungerechtes sie noch unwahrscheinlicher. Gerecht ist ein Wahlrecht dann, wenn es die Volksvertretung zum haarscharf verkleinerten Abbild des Volkes macht (Proporz! ohne fälschende Klauseln! ohne Vergewaltigung mißliebiger Minderheiten!) oder auch dann, wenn es im reinen Personenwettbewerb die Persönlichkeit ermittelt, hinter der die absolute Mehrheit der Wähler steht; notfalls durch Stichwahl (Methode Bismarck). Ob faire Listenwahl zwecks Herstellung des Volksfotos, ob Personenwahl zur Ermittlung der absoluten Mehrheit in jedem Wahlkreis —: darüber erregter Streit wäre grundlos. Indiskutabel ist einzig das Wahlrecht der relativen Mehrheit. Alle Reaktion leckt sich danach die zehn Finger ab und schmatzt, daß einem übel wird. Sie glaubt zu wissen,

dieses Wahlrecht würde in Deutschland das tausendjährige Reich des konservativ-klerikalen Philisters heraufführen. So sicher ist das aber gar nicht! Es könnte auch — man denke an 1933 — den Sieg eines neuen Nazismus bedeuten, einen zweiten, viel leichteren Aufschwung des Barbarenpöbels via „Demokratie“. Sozialisten, die im Gegenteil meinen, dieses System würde ihrer eigenen Sache nützen, ihrer eigenen Partei die Mehrheit, gar die dauernde, bringen, urteilen höchst unvorsichtig, ja vermassen. Man mache aus dem Wahlrecht kein Glücksspiel! Auch ist unsere Nation politisch viel zu differenziert, als daß ein ihr aufgezwungenes Zwei-Parteien-System nicht von wichtigen Schichten in ihr als niedrächtige Entreditung empfunden würde. In unzähligen Fällen würde das Wahlrecht der relativen Mehrheit einer faktischen Minderheit des Wahlkreises den Parlamentssitz zuschanzen. Jawohl, das Wahlrecht der relativen Mehrheit wäre in Deutschland eine Kreuzung aus Erzdumm und Infam. Der Sozialismus sollte dazu mit gleicher Eindeutigkeit und Schärfe nein sagen wie zur Ausbeutung, zum Kriege, zur Teilung der Nation, zum menschenfeindlichen Muckertum, zu allen Formen der Unterdrückung. Es ist ein Mittel der Unterdrückung. Es verdient nicht Toleranz, es verdient einen Tritt.

Wie sehr der Sozialismus zu seiner Verwirklichung gewisser Änderungen in den Methoden der öffentlichen Erziehung bedarf, vor allem des Geschichts- und Ge-sinnungsunterrichts an den Lehranstalten, zumal den höheren, versteht sich am Rande. Wie hoch mag wohl der Prozentsatz der Schulklassen sein, in denen über Wilhelm und seine Nachfolger, besonders über Paul und Adolf, die Wahrheit gelehrt wird? Und wo ein Lehrertyp geistigen Geblüts den jungen Menschen Liebe zu den wirklichen Helden der Geschichte, statt zu den blutigen, einflößt?

\*

Wir mögen alle diese außerökonomischen Zielsetzungen und Wegesnormen als „kulturelle“ zusammenfassen. Erfüllt der Sozialismus sich mit ihrem Geist, so hört er darum nicht auf, Heimat und Hort der Arbeiterbewegung und der Arbeiterinteressen zu sein, und es wäre schlimm, wenn er dies zu sein aufhörte. Die Befreiung des Proletariats, die Entsklavung, die Vernichtung der Massenarmut, der Aufstieg der Arbeiterschaft, so „ökonomisch“ ihr Thema ist, bleibt eine der vornehmsten Kulturaufgaben. Aber allerdings nicht die einzige. Ein Sozialismus, der sich auf sie beschränken würde, stürbe ab. Ein auf umfassendere Art kämpfender, ein universaler Sozialismus wird siegen. Seine Partei soll zu keiner die Gegensatzgruppen sumpfig-schlammig-schleimig verschmierenden „Volkspartei“ werden. (Wir hatten eine „christliche“, eine „deutsche“, eine „deutsch-nationale“!) Aber sie soll freilich, über die unveraltete Funktion einer Arbeiterpartei hinaus, im Sinne eines sich universalkulturell auffassenden Sozialismus Fortschrittspartei werden. Ihr Ziel: an die Stelle der technisch erstaunlichen, ethisch minderwertigen Kultur unserer Zeit eine prinzipiell andere, wesentlich werthaltigere zu setzen. Das gelingt nicht ohne Kampf. Der Sozialismus als Bewegung wird ein grandios organisierter universaler Kulturmampf sein oder er wird nicht sein!

*Zum Denken sind wenige Menschen geneigt,  
obwohl alle zum Recht haben.*

*Schopenhäuser*

## DEMOKRATIE ALS INSTITUTION UND AUFGABE

In der modernen Welt gibt es keine auf längere Sicht wirksame Rechtfertigung politischer Herrschaft mehr als die Idee der demokratischen Legitimität. Deshalb versuchen die Inhaber jener wirtschaftlichen Machtpositionen, die — nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern, welche monopolkapitalistische Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit demokratischer Staatsform verbinden<sup>1)</sup> — um die Erhaltung ihrer Privilegien ringen, sozialistische Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft und Demokratie als Widerspruch hinzustellen. Solange es ihnen gelingt, breite Teile der Mittelschichten, vor allem die Intelligenz, und Teile der Arbeiterklasse von dieser These zu überzeugen, können sie hoffen, ihre heutigen Positionen mit relativ friedlichen Mitteln zu bewahren. Wird — vor allem in Perioden ökonomischer Krisen oder kriegerischer Auseinandersetzungen — dieser Glaube bei breiten Teilen jener Sozialgruppen erschüttert, die sie normalerweise bewegen können, für die ihnen hören und durch sie finanzierten<sup>2)</sup> Parteien zu stimmen, dann bleibt ihnen noch immer der Ausweg, das Abenteuer der totalitären Diktatur zu versuchen. Mißlingt es, so läßt sich diese Methode auf der alten ideologischen Basis durchaus repetieren, falls nur verschleiert werden kann, daß die ökonomischen Machträger den Übergang von der demokratischen zur totalitären Staatsform durch ihre Entscheidung herbeigeführt haben, und falls es möglich ist, im Bewußtsein jener Massen, die sich so gern für Eliten halten, die totalitäre Barbarei und deren Katastrophe als Konsequenz des „egalitären Demokratismus“ hinzustellen<sup>3)</sup>. Ihnen wird dann abermals das Ideal einer „liberalen Demokratie“ entgegengestellt, deren „Rechtsstaatlichkeit“ am Ende nicht nur den Sozialismus, sondern auch das Prinzip der Mehrheitsherrschaft ausschließt<sup>4)</sup>. Damit sind alle Voraussetzungen geschaffen, mittels unklarer Begriffsmystik im Falle der nächsten ernsthaften Krise nochmals die politische Form der Demokratie zu überwinden. Das Spiel kann von vorn beginnen.

Die geschichtliche Wirklichkeit spricht eine andere Sprache als derartige Ideologien. Gewiß waren in manchen Stadien der historischen Entwicklung Europas und Deutschlands liberales Denken der besitzenden Schichten und demokratische Bestrebungen im Kampf gegen den bürokratischen Staat des ausgehenden Absolutismus verbunden. Seit aber die Industrialisierung im modernen industriellen Proletariat eine Klasse entstehen ließ, die nicht nur politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Privilegien jeder Art um ihrer Existenz willen bekämpft

1) Zur Frage der objektiven Unvereinbarkeit undemokratischer Wirtschaftsstruktur und politischer Demokratie; vgl. Hermann Heller, „Staatslehre“, Leiden 1934, S. 133.

2) Zu den Methoden derartiger indirekter politischer Herrschaft vgl. die Ihnen tatsächlichen Angaben nach unbestrittenen Denkschriften des PV der SPD: „Unternehmermillionen kaufen politische Macht“, Bonn 1933.

3) Ein typisches Beispiel derartiger Geschichtsverfälschung liefert Ernst Jüngers utopische Erzählung „Heliopolis“, Tübingen 1940; vgl. z. B. S. 125 ff.

4) Vgl. z. B. Heinrich Hartmann, „Tragweite der Generalklausel des Art. 19 Abs. 4 GG“, Veröffentlichungen der deutschen Staatsrechtslehrer, Berlin 1930, Heft 8, S. 122 ff. Selbstverständlich sehen die wissenschaftlichen Vertreter solcher Gedanken die objektive Funktion ihrer Theorien anders.

fen mußte, haben sich die besitzenden Klassen von allen demokratischen Vorstellungen bewußt und deutlich getrennt. Der liberale Bürger des vorigen Jahrhunderts hätte den Vorwurf, er sei demokratisch, entschieden zurückgewiesen. Schon im Jahrzehnt vor 1848 sind in allen europäischen Ländern liberale und demokratische Bewegungen stets Gegner gewesen<sup>9)</sup>. Die deutschen „Besitz- und Bildungs“schichten waren nach 1848 durch die Drohung der sozialen Revolution derart erschreckt<sup>10)</sup>, daß es ihnen — obwohl doch das gleiche Wahlrecht die logische Konsequenz des Ideals der Freiheit und Gleichheit der Rechts-subjekte darstellt<sup>11)</sup> — so selbstverständlich vorkam, den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller Bürger zu mißachten, daß sie die abhängigen Lohnarbeiter noch nicht einmal als ordentliche Mitglieder ihres Nationalvereins dulden wollten<sup>12)</sup>. Dabei waren sie allerdings gleichzeitig von der entgegengesetzten Befürchtung getrieben: sie bildeten sich ein, der „vierte Stand“ könne sich auf die Dauer als geduldiges Stimmvieh ihrer damaligen Gegner, „der Regierung, der Beamten und der Kirche“ erweisen<sup>13)</sup>. Die Furcht der Liberalen war die Erwartung der Konservativen: in England war es Disraeli, in Deutschland Bismarck, die beide aus dieser Befürchtung der Liberalen ihre Hoffnungen schöpften und deshalb 1867 die ersten wirklich demokratischen Wahlrechtskonzessionen gewährten.

So flüchtete das demokratische Denken schon früh zu der politischen Bewegung jener sozialen Gruppe, die durch die industrielle Entwicklung erzeugt wurde, zur Arbeiterklasse. Ihr Kampf um das gleiche und allgemeine Wahlrecht, von den englischen Chartisten aufgenommen, fand in allen europäischen Ländern sein Nachspiel. Aber er war auch in allen Ländern mit dem Gedanken der Umgestaltung nicht nur des Staats, sondern auch der Gesellschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen verbunden. Den inneren Sinn dieser Verbindung der politischen und sozialen Seite des proletarischen Emanzipationskampfes erkannt und entwickelt zu haben, bleibt das Verdienst von Karl Marx. In seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts hat er schon früh — durchaus noch auf dem Boden zunächst lediglich philosophischer Analyse — nicht nur die Notwendigkeit der Demokratie, sondern auch deren innere Dialektik gesehen. Die repräsentative Verfassung, die lediglich formal demokratisch sei, sei zwar ein gewaltiger Fortschritt, weil sie der „offene, unverhohlene Widerspruch“ bleiben (der besser ist, als der in den früheren Perioden verdeckt), solange sie nur in der Illusion und nicht in der Realität die eigenen sozialen Formen und deren ökonomische Grundlagen bestimmt, solange die ausschließlich private Macht über den Produktionsapparat verhindert, daß das allgemeine Interesse — als volonté générale schon bei Rousseau das zentrale Problem der Demokratie — mit dem besonderen Interesse der Bürger zusammenfällt<sup>14)</sup>. Hier liegt auch das Problem der Bürokratie verwurzelt, die als besondere Macht, die der Entfaltung der Demokratie entgegensteht, nur mit diesem Grundwiderspruch aufgehoben werden können<sup>15)</sup>, und hier das Problem des Mandats des Abgeordneten, der in der Wahl durch den Wähler be-

9) Arthur Rosenberg hat diese Zusammenhänge in „Demokratie und Sozialismus“, Amsterdam 1938, in geradem klassischer Weise dargestellt.

10) Unter welchen Augstvorstellungen vor der sozialen Umwälzung selbst ein Mann vom geistigen Range Leopold v. Ranke zu leiden hatte, zeigt deutlich sein Briefwechsel, den W. F. Fuchs herausgegeben hat („Das Briefwerk Ranke“, Hamburg), vgl. z. B. S. 432.

11) Zu den logischen Widersprüchen zwischen liberalkapitalistischer Sozialstruktur und Demokratie vgl. Viktor Agarz, „Zur Situation der Gewerkschaften im liberal-demokratischen Staat“, in „Gewerkschaftliche Monatsschrift“ 1952, S. 404 ff.

12) Vgl. zu dieser Problematik Wilhelm Mommsen, „Stein, Ranke, Bismarck“, München 1934, S. 200 ff.

13) Vgl. u. a. Bluntschli im Staatslexikon, XI. Bd. 1870, S. 73.

14) Gesamtausgabe I, I, S. 492 ff.

15) a. a. O. S. 457 ff.

auftragt wird, aber aufhört, es zu sein, sobald er gewählt ist<sup>13</sup>), jene Frage, die in der Lehre vom „freien Mandat“ noch heute der Staatsrechtslehre so große Sorgen bereitet und die schillernde Mystik der Repräsentationslehren hervorruft<sup>14</sup>). Deshalb könnte die Demokratie ihr Wesen nur entfalten, wenn sie aufhöre, innerhalb der abstrakten Staatsform zu verbleiben und nur politische Verfassung zu sein; sie müsse sich vielmehr zur Verfassung der gesamten Gesellschaft erweitern<sup>15</sup>).

So ist hier durch Marx — zunächst noch lediglich sozialphilosophisch — die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und der Verfülgsungsverhältnisse an deren Produktionsmittel als notwendige Konsequenz demokratischen Denkens entwickelt worden; nicht nur als deren Konsequenz, sondern der Anlage nach auch als deren Bedingung; denn nur durch ihre Erweiterung von der bloß politischen Demokratie zur sozialen, durch Unterwerfung der bisher — solange die privatkapitalistische Struktur der Wirtschaft unangetastet bleibt — keiner gesellschaftlichen Kontrolle eingeordneten Kommandostellen des ökonomischen Lebens unter die Bedürfnisse und den Willen der Gesellschaft kann die Demokratie realen Inhalt gewinnen und ihre inneren Widersprüche überwinden. Solange sie diesen Prozeß ihrer Entfaltung zur sozialen Verfassung nicht vollendet hat, bleibt sie stets von der Tendenz bedroht, daß die Selbstverwaltung in der Administration durch das spezielle Sachverständnis der Bürokratie erstickt wird, daß die Legislative durch die von den Inhabern der wirtschaftlichen und politischen Machtmonopole gesteuerte innere Widersprüchlichkeit der Situation des Abgeordneten dem Willen der Wähler entfremdet wird, und daß zwischen der Entscheidungsgewalt der Regierung und dem Volke, das sie theoretisch beauftragt, ein Abgrund entsteht<sup>16</sup>).

Karl Marx und Friedrich Engels haben an diesen Grundgedanken, die sie später systematisch mit ihrer Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und der Theorie des Klassenkampfes verwoben haben, ihr Leben lang festgehalten, und mit ihnen die gesamte sozialistische Bewegung. Das Kommunistische Manifest, jenes geniale Geburtsdokument der internationalen Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse, bezeichnet die Erkämpfung der Demokratie als den ersten Schritt auf dem Wege zu der Neugestaltung der Gesellschaft<sup>17</sup>), die sie von Klassengegensätzen befreit und in eine Assoziation verwandelt, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Gewinnt in der Demokratie die Arbeiterklasse, die relativ stärkste Klasse der Gesellschaft, volles Selbstbewußtsein, dann ist sie zur herrschenden Klasse geworden, die alle anderen Schichten für ihre Forderungen gewinnen und beginnen kann, den notwendig langwierigen Prozeß der Umwandlung der Gesellschaft einzuleiten. Die Anhänger dieser Überzeugung, die sich damals Kommunisten nannen, haben dabei nach der Meinung von Marx und Engels nicht die Aufgabe, sich als besondere Partei zu konstituieren, die der Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse und ihrer verbündeten Schichten „besondere Prinzipien vorschreibt, nach denen sie sich zu modeln“ habe. Sie haben nur eine Funktion: die vorantreibende Kraft in der Entwicklung des Selbstbewußtseins der Bewegung zu sein, die ständig deren Gesamtinteresse gegenüber allen ihren nationalen und zeitlichen Entwicklungsstufen formuliert und dadurch den Kern in

13) u. a. O. S. 442.

14) Hier sei nur auf die gute Analyse von Gerhard Leibholz „Der Strukturwandel der modernen Demokratie“, Karlsruhe 1952, S. 22 ff. hingewiesen.

15) u. a. O. S. 406 ff.

16) u. a. O. S. 464 „Die Regierungsgewalt ist am schwersten zu entwickeln. Sie gehört in viel höherem Grad als die gesetzgebende dem ganzen Volk.“

17) Zitiert nach dem Abdruck von Harold Laski, „Einführung in das Kommunistische Manifest“, Hamburg 1949, S. 84.

deren demokratischem Integrationsprozeß bildet<sup>17)</sup>). Schon hier zeigt sich deutlich, daß die Lehre von Marx und Engels keinen Ansatzpunkt bietet, sie zur Theorie der totalen Herrschaft einer monopolistischen Partei umzudeuten, wie das in der Sowjetunion geschieht. In der Sowjetunion wurde durch die Dialektik des geschichtlichen Prozesses am Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges die damals noch unentwickelte Arbeiterklasse zur Ergreifung der politischen Macht genötigt, zunächst noch durchaus in der Hoffnung, als werden-des sozialistisches Gemeinwesen nicht isoliert zu bleiben und die aktive Hilfe sozialistischer Industriestaaten des Westens bei den gewaltigen Aufgaben zu finden, die vor ihr standen: der Entwicklung des zurückgebliebenen Rußland, in dem die Arbeiterklasse noch eine verschwindende Minorität der Bevölkerung war, zu einem modernen Industrieland; der Beseitigung jenes Analphabetismus der Massen, der jede Möglichkeit inhaltlich demokratischer Entwicklung ausschloß. Selbst Lenin war sich vollkommen klar darüber, daß die russische Revolution als sozialistische Bewegung in diesem zurückgebliebenen Reich scheitern müsse, falls sie nicht rasch zum Bestandteil einer demokratisch-sozialistischen Weltrevolution werde<sup>18)</sup>). Die Bolschewiki, die isoliert blieben, haben dann die gleichen geschichtlichen Aufgaben mit administrativem Zwang und Terror erfüllen müssen, die in den anderen Ländern durch die frühkapitalistische Ausbeutung, durch die Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ und durch die Hungerpeitsche des Frühindustrialismus gelöst worden waren. Sie mußten sich dabei aus einer Partei der demokratisch-sozialistischen Revolution zur Monopolpartei des Staatsapparates entfremden<sup>19)</sup>), aus einer demokratisch organisierten Partei der Arbeiterklasse zur hierarchisch organisierten Partei der akademisch gebildeten Intelligenzschicht, der Bürokratie und der Generalität absinken<sup>20)</sup>). Deshalb widerlegt die russische Entwicklung keineswegs die Grundthese von Marx und Engels, daß nur eine Erweiterung der Demokratie dahin, daß „an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftliche planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen“ unter der demokratischen Kontrolle durch die Gesellschaft tritt<sup>21)</sup>), den demokratischen Integrationsprozeß vollenden und vor seiner Sprengung bewahren könne. Die Entartung der sowjetischen Revolution war die Folge einer sehr konkreten geschichtlichen Lage, die in dieser Form nur in kapitalistisch-industriell noch nicht entwickelten sozialen Systemen entstehen, entwickelten gesellschaftlichen Organismen aber nur durch äußere Gewalt aufgedrängt werden kann. Die Ideologie der Parteien, die sich heute „kommunistisch“ nennen, ist der Überbau des sowjetischen Systems und hat mit der demokratisch-sozialistischen Bewegung, ihrer Theorie, ihrer Tradition und ihrem Selbstbewußtsein nichts zu tun. In denjenigen westeuropäischen Ländern, in denen heute noch große Teile der Arbeiterklasse den „Kommunisten“ folgen, ist diese Lage nur dadurch zu erklären, daß im Bewußtsein dieser Arbeitermassen die Geschichte der Oktober-Revolution mit der sowjetischen Wirklichkeit der Gegenwart verwechselt wird und deshalb die „Kommunisten“ als radikale demokratische Sozialisten erscheinen. Darum bietet die Geschichte der russischen Revolution und ihrer Entartung auch keinerlei Argument für die liberale These, Sozialismus und Demokratie seien unvereinbar: eine These, die in einem Lande desto grotesker wirken sollte, das wie Deutsch-

17) Vgl. Manifest, a. a. O. S. 89, dazu H. Leski, a. a. O. S. 46 ff.

18) W. I. Lenin, Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, „Die Jugendinternationale“, 1917, Aprilheft.

19) Es ist das große Verdienst des bedeutendsten Kopfes, den die westeuropäische Arbeiterbewegung nach dem Tode August Bebel hatte, Rosa Luxemburgs, dass Problem zuerst klar gesehen zu haben: „Die russische Revolution“, 3. Aufl., Hamburg 1948; vgl. dazu ferner Paul Frölich: „Rosa Luxemburg“, Hamburg 1949, S. 285 ff.

20) Diese Entwicklung ist erst vollkommen abgeschlossen worden, als nach dem Ende der Diskussion mit der Neuen Opposition die Meinungsfreiheit in der Partei, nach den Morden der „Reinigung“ 1936/37 die Tradition der alten bolschewistischen Partei veralichtet war. Vgl. im übrigen Boris Meissner, „Rußland im Umbruch“, Frankfurt a. M. 1951.

21) Friedrich Engels, „Anti-Dühring“, Neudruck Berlin 1948, S. 346.

land den inneren Widersprüchen der von Monopolen durchsetzten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsverfassung 1933 den Sieg der inhumansten Form des totalitären Staates verdankt, die jemals bestanden hat.

Demokratie ist ihrem Wesen nach gleichberechtigte Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben, tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten<sup>23)</sup>). Die parlamentarische Form der Gesetzgebung, Regierungskontrolle und Regierungsbildung hatte deshalb so lange mit Demokratie nicht das geringste zu tun, wie durch Wahlrechts-schranken und theoretische oder auch nur praktische Verweigerung des passiven Wahlrechts (z. B. durch das Fehlen von Diäten für Parlamentsabgeordnete, so daß nur Angehörige wohlhabender Schichten sich zeitlich und wirtschaftlich politische Tätigkeit erlauben konnten) die Majorität der arbeitenden Bevölkerung von der Mitwirkung im Parlament ausgeschlossen war. Schon deshalb ist es falsch, Parlamentarismus und Demokratie für das gleiche zu halten. Erst durch die Erkämpfung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts wurde in denjenigen Ländern, in denen die reale politische Macht beim Parlament lag, das parlamentarische System zum Instrument der Demokratisierung des Staates<sup>24)</sup>). Auf dieser Stufe hat es den demokratisch-sozialistischen Parteien, die in einer Reihe von europäischen Ländern, vor allem aber in Deutschland, bald die einzigen demokratischen Parteien von machtpolitischer Bedeutung wurden, als Mittel ihres Aufbaues gedient. Aber auch hier ist die wesentliche Grundlage der Demokratie nicht das Parlament selbst, ganz sicher nicht in denjenigen Seiten seiner Struktur, die es noch mit seiner vordemokratischen Vergangenheit verbinden, in der es lediglich die Versammlung der herrschenden und besitzenden Klassen eines Landes gewesen ist, die durch keine prinzipiellen Gegensätze getrennt waren. Nur deshalb konnte es z. B. die Fiktionen des „government by discussion“ und des „freien Mandats“ entwickeln. Vielmehr sind die wesentlichen demokratischen Integrationsmittel des heutigen parlamentarischen Systems seine Massenparteien, in denen wirklich dem Bürger die Chance geboten wird, durch seine unmittelbare politische Teilnahme sich als Mitgestalter des öffentlichen Lebens zu fühlen, falls diese Massenparteien selbst demokratisch organisiert sind<sup>25)</sup>). Die klassische Form der modernen Massenpartei, deren organisatorischer Aufbau demokratisch ist, und die durch ihre Abgeordneten, die sich als Ausdruck ihrer Partei und dadurch ihrer Wähler im Parlament empfinden, das Parlament erst in eine demokratische Vertretung des Volkes verwandelt, ist durch die sozialistische Arbeiterbewegung auf dem europäischen Kontinent und dann auch in England entwickelt worden<sup>26)</sup>). Von diesen Überlegungen ist auch Friedrich Engels ausgegangen, als er 1895 feststellte, das allgemeine Wahlrecht im parlamentarischen System sei nicht „nur“ ein Mittel der besitzenden Klassen, die besitzlosen Massen zu täuschen, sondern „auch“ eine kräftige Waffe der Demokratie und der Emanzipation. Es sei aber damit zu rechnen, daß der „ordnungsparteiliche Umsturz“, das „ungesetzliche Handeln der reaktionären Mächte“ doch wieder zur Anwendung gewaltamer Mittel zwingen könne, um die werdende Demokratie zu verteidigen<sup>27)</sup>). Die ständige Tendenz der traditionellen Führungsschichten in der modernen Gesellschaft, durch Umdeutung verfassungsrechtlicher Normen die Entwicklungsmöglichkeiten zur demokratischen Entfaltung der Massen und durch diese Massen demokratisch beherrschbarer Staatsorgane wieder aufzuheben<sup>28)</sup>)

<sup>23)</sup> Samuel Pufendorf, „De jure naturae et gentium“, 1672, Buch VII, Kap. VI, §.

<sup>24)</sup> Benedikt Kautsky, „Probleme der Demokratie“, in „Internationale Politik“ (Belgrad) 1954, Heft 94, S. 11, hat diesen Tatbestand überschaut und dadurch seine Position gegenüber seinen jugoslawischen Diskussionsgegnern umäßig geschwächt.

<sup>25)</sup> Vgl. dazu Georges Burdeau, „Démocratie classique ou démocratie vivante“, in Revue Française de Science Politique, 1952, S. 574 ff.

<sup>26)</sup> Vgl. dazu Maurice Duverger, „Les partis politiques“, Paris 1951.

<sup>27)</sup> Vorwort vom 8. März 1855 zu Karl Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich“.

<sup>28)</sup> Vgl. dazu W. Apelt, „Geschichte der Weimarer Verfassung“, München 1948.

und die Erfahrungen der italienischen, deutschen, österreichischen und spanischen Entwicklung im dritten und vierten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts haben Engels' Erwartung bestätigt. Die bloße Tatsache der Existenz einer demokratisierten parlamentarischen Verfassung bietet deshalb noch keine Garantie friedlicher Fortentwicklung zu einer demokratischen Gesellschaft, weil niemand gewährleisten kann, daß die privilegierten Schichten die Rechtsordnung respektieren, wenn sie es für aussichtsreich halten, in ihrem Interesse die Rechtsordnung umzudeuten oder zu vernichten<sup>28)</sup>. Zudem sind politische Parteiorganisationen, die ihrer Struktur nach nicht demokratische Massenparteien sind, auch im System des demokratisierten Parlamentarismus als vordemokratische Institutionen erhalten geblieben. Sie sind seit dem sozialen Zerfall der noch bis zum ersten Weltkrieg relativ breiten Schichten von „Besitz und Bildung“, als deren Honoratiorenparteien sie wirkten, in ständiger Gefahr, zu bloßen Patronage-Gruppen macht- und versorgungshungriger Berufspolitiker abzusinken, die gezwungen sind, sich an diejenigen Machträger der Wirtschaft zu verkaufen, die ihren Wahlkampf jeweils bezahlen wollen und können. Sie müssen deshalb dazu neigen, Wahlkämpfe in bloße Reklameschlachten zu verwandeln, die dem Volke jedes Bewußtsein wirklicher Teilnahme am öffentlichen Leben nehmen und schon durch die Art, in der sie den Wahlkampf führen<sup>29)</sup>, die Demokratie diskreditieren. In der Hand derartiger Parteien kann sich das parlamentarische System trotz formell demokratischen Wahlrechts zu einer politischen Form entwerten, die keinen demokratischen Integrationswert besitzt, sobald die demokratisch organisierten Massenparteien die Voraussetzungen ihrer Existenz verlieren: umfassendes Recht der freien Meinungsbildung in der Gesellschaft<sup>30)</sup>, Recht der freien Parteibildung und des freien und ungehinderten Zusammenschlusses zu sozialen Verbänden, gleiches Recht auf geistige Ausbildung<sup>31)</sup>, die den Massen die Voraussetzung zu erfolgreicher Mitarbeit unter den komplizierten Bedingungen der modernen Gesellschaft gewährt. So zeigt sich schon hier, daß auch in einem formell demokratisierten parlamentarischen System sein real demokratischer Charakter allein davon abhängt, ob diejenigen Kräfte, die im Parlament ihre formelle politische Zusammenfassung finden, selbst demokratisch sind und ggf. zu außerparlamentarischer Verteidigung ihres demokratischen Gehalts und der demokratischen Strukturelemente der formellen Verfassung bereit sind. Die demokratische Struktur eines modernen Staates, auch und gerade des Staates des demokratisierten Parlamentarismus, hängt also davon ab, daß er pluralistisch organisiert ist<sup>32)</sup>. Das Parlament ist nur in dem Maße demokratisches Integrationsmittel, in dem es sich bewußt bleibt, lediglich die Koordinierungsstelle und die Entscheidungseinheit der in sich demokratisch organisierten vielfältigen Kräfte der modernen Gesellschaft zu sein<sup>33)</sup>.

Diese Überlegungen machen es verständlich, daß nach der November-Revolution 1918 und unter dem Eindruck der damals mindestens teilweise noch ihrem Inhalt nach demokratisch-sozialistischen russischen Revolution in der deutschen und europäischen sozialistischen Bewegung ernster Streit darüber bestand, ob die

<sup>28)</sup> Vgl. dazu Harold Laski, a. a. O. S. 60 ff.

<sup>29)</sup> Der deutsche Bundestagswahlkampf 1953, der durch die bürgerlichen Parteien mit dem Mitteln reklamhafter grotesker Verfälschung der wirklichen Entscheidungsprobleme und — man denke an die nach fünf Monaten zurückgenommenen Behauptungen des Bundeskanzlers — hemmungsloser offener Täuschung geführt wurde, gibt ein lebendiges Beispiel dieser Ertüfung.

<sup>30)</sup> Es bedarf nicht nur formalrechtlicher Garantie, sondern realer Ergänzung durch den Einfluß der sozialen Gruppen auf die — in der Wirklichkeit durch Inhaber der wirtschaftlichen Gewalt weitgehend monopolisierten — Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Vgl. dazu Hermann Heller, a. a. O. S. 137.

<sup>31)</sup> Es ist in Westdeutschland noch nicht einmal durch das Grundgesetz, geschweige denn in der Realität gesichert. Vgl. dazu Art. 26 u. 27 der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen vom 10. 12. 1948.

<sup>32)</sup> Vgl. dazu Harold Laski, „Einführung in Staatsrecht und Politik“, Berlin 1948.

<sup>33)</sup> Nur in diesem Sinne kann dem Aufsatz Benedikt Kautsky's, a. a. O. S. 13 ff., zugestimmt werden, der den Wert der parlamentarischen Formen absolut setzt.

Formen eines demokratisierten Parlamentarismus oder der Räte den äußeren Rahmen der künftigen demokratischen Entwicklung abgeben sollten. Auch diejenigen Gruppen der deutschen Arbeiterklasse, die damals den Rätegedanken verfochten haben, haben niemals den Gedanken der Demokratie preisgegeben<sup>34).</sup> So fällt auch hier die liberale Legende in sich zusammen, die europäische sozialistische Bewegung biete in sich keine Garantie für demokratisches Denken<sup>35).</sup> Daß heute dies Problem — über dessen Diskussion damals die deutsche sozialistische Bewegung die Chance zur *realen Demokratisierung* von Gesellschaft und Staat versäumt hat — keine ernsthafte Streitfrage mehr bildet, weil die Sozialisten Westeuropas durch die Beispiele Englands und der nordischen Länder gelernt haben, die Möglichkeiten zur realen Demokratisierung formell demokratisch-parlamentarischer Staaten besser zu nutzen und deren Gesetzlichkeit zu verteidigen, ändert nichts daran, daß sie den Sozialisten solcher Länder, in denen funktionierende demokratisch-parlamentarische Systeme noch nicht bestehen und alle Voraussetzungen fehlen, daß sie in Kürze entstehen könnten, keine Rezepte für den Weg aufdrägen können, den dort die demokratischen Revolutionen einzuschlagen haben<sup>36).</sup>

Neben der politischen Form der Massenpartei — die ihren demokratischen Charakter auf lange Sicht nur dadurch gegenüber den Tendenzen zur Bildung oligarchischer Bürokratien, die der heutigen Gesellschaft immanent sind, verteidigen kann, daß sie das Prinzip der freien Parteibildung anerkennt — basiert der demokratische Gehalt des parlamentarischen Staates auf der Organisations- und Aktionsfreiheit seiner demokratisch gebildeten sozialen Massenorganisationen. Die älteste und machtmäßig wichtigste Kraft dieser Art ist die Gewerkschaftsbewegung der Arbeitnehmer, der relativ stärksten sozialen Gruppe in der modernen Gesellschaft, deren demokratischen Integrationswert Alfred Weber, der Altmeister der deutschen Soziologie, so überzeugend dargestellt hat<sup>37).</sup> Die Durchsetzung ihres Einflusses im sozialen und wirtschaftlichen Leben gegenüber ihren Gegenspielern, die dank der unvermeidlichen Tendenz des ökonomischen Lebens zur Machtzentration (die auch dort spielt, wo betriebliche Konzentration nicht stattfindet) ihrer sozialen Funktion nach die heute neben den Bürokratien gewichtigsten Gegner demokratischer Integration sind, ist deshalb zum neuralgischen Punkt des Kampfes um die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer politischen Gestalt geworden. Damit soll keineswegs bestritten werden, daß es auch andere Sozialgruppen gibt, die demokratisch organisierbar sind und deshalb auch zu demokratischer Mitwirkung in Gesellschaft

<sup>34)</sup> Vgl. dazu das von Rosa Luxemburg formulierte Programm des Spartakusbundes, zitiert nach Paul Frölich u. a., „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“, Berlin 1929, S. 259 ff., und seine eindeutige Stellungnahme gegen Terrorismus, für das Recht der freien Meinungsäußerung und für das Mehrheitsprinzip. Vgl. zu diesen Problemen vor allem Arthur Rosenberg „Geschichte der deutschen Republik“, Karlsruhe 1935, S. 23 ff.

<sup>35)</sup> Auch die Dialektik der „Diktatur des Proletariats“ bei Karl Marx und seinen Nachfolgern bietet kein Argument in dieser Richtung. Hier ist keineswegs eine souveräne, sondern eine kommissarische Diktatur gemeint, die nicht durch frei dispositionsbefugte Personen oder Personengruppen, sondern durch Organe der großen Mehrheit der Bevölkerung unter deren ständiger demokratischer Kontrolle ausgeübt werden soll. Vgl. dazu die Gleichsetzung von Demokratie und Erhebung des Proletariats zur harrschenden Klasse im Manifest, o. A. O. S. 94, und die Schilderung der Pariser Kommune — mit ihrem konsequent demokratischen Charakter — als der klassischen Form der Diktatur des Proletariats in den Adressen des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation zum Deutsch-Französischen Krieg. Selbst Lenin hat noch in den Formulierungen von „Staat und Revolution“ 1917 formell an dieser Denkweise festgehalten.

Diktatur ist die Diktatur des Proletariats insoweit, als sie sich um der Ausnahmesituation des akuten Bürgerkrieges willen nicht an die Regeln der vorher geltenden Rechtsordnung halten und „despotische Eingriffe“ in die Machtgrenzen ihrer Bürgerkriegsgegner nicht vermeiden kann, vgl. Kommunistisches Manifest. Im akuten, gewaltsamen innerpolitisches Kampf kann sich bekanntlich niemand an juristische Spielregeln halten, auch nicht der überrückmene Staatsapparat, der im allgemeinen für derartige Fälle Ausbrüche aus seinem allgemeinen Rechtssystem zuläßt. Das Institut der Diktatur ist in diesem Sinne dem römischen Statutrecht entnommen.

<sup>36)</sup> Insofern sind die Einwendungen des Aufsatzes von V. Vlachović, „Internationale Politik“ (Belgrad) 1954, Hefte 94, S. 15 ff., und 96, S. 3 ff., gegen Benedikt Kautsky z. T. vertretbar.

<sup>37)</sup> Vgl. seinen Aufsatz „Staat und gewerkschaftliche Aktion“, in „Gewerkschaftliche Monatsschrift“ 1952, S. 480 ff.

und Staat herangezogen werden müssen. In der Produktion bedarf es z. B. der aktiven Mitarbeit der Bauern und des Handwerks, in der Verteilung der Konsumentenorganisationen. Die zahlreichen Verbände, die an Interessen von Bevölkerungsgruppen anknüpfen, deren Versorgung der Staat oder öffentliche Körperschaften und Anstalten übernehmen, können bei allen Fragen, die derartige soziale Dienste betreffen, nicht übersehen werden. Erst recht müssen im kulturellen Leben vielfältige Kräfte in die Politik des Staates, seiner Körperschaften und durch den Staat beeinflußter öffentlich-rechtlicher Institutionen einbezogen werden, wenn die Kulturpolitik demokratischen Charakter gewinnen soll.

So verlagert sich das Problem des demokratischen Gehalts des modernen parlamentarisch geordneten Staates weitgehend aus der nur formalen Betrachtung seiner Rechtsnormen in die inhaltliche Analyse seines gesellschaftlichen Funktionierens. Die lebendige und demokratisch organisierte Selbstverwaltung seiner Gebietskörperschaften, seiner Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Heranziehung der vielfältigen demokratischen Massenorganisationen, die seine politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Kräfte repräsentieren, und deren Integration in sein Dasein, die Sicherung der demokratischen Beteiligung aller an der planmäßigen Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse, die über das Geschick der Gesellschaft entscheiden, bei ständigem Ringen gegen alle gesellschaftlichen Gruppen, die Ausbeutungs- und Machtprivilegien verteidigen wollen — das sind die Kampffelder, auf denen entschieden wird, ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift. Mit umfassendem Plan, im vollen Bewußtsein des ganzen Problems, können in dieser Auseinandersetzung nur die Sozialisten auftreten. Denn allein sie gehen von einem Denken aus, das die Einheit aller gesellschaftlichen Prozesse mit der Zielsetzung umfaßt, in ihnen die gleichberechtigte Teilnahme aller, die Demokratie, zum Durchbruch zu bringen. Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird<sup>28)</sup>.

---

28) Deshalb ist Benedikt Kautsky, u. a. O. S. 14, im Recht, wenn er betont, daß es sich dabei nicht so sehr um die Schaffung neuer politischer Formen, sondern vor allem darum handelt, die Einschränkungen der bürgerlichen Demokratie, nämlich ihre Beschränkung auf politische Spielregeln und juristische Fiktionen, aufzuheben und daß die Übergangsform des demokratischen „Wohlfahrtsstaates“ dahin tendiert, den Staat aus einem Herrschaftsapparat in die integrierte Gesellschaft in Aktion umzuwandeln. Vgl. B. Kautsky in „Internationale Politik“, 1954, Heft 93, S. 12.

*Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält;  
denn er kann irren; aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaft  
sein, er soll nicht täuschen.*

Kant

## SOZIALISMUS UND LIBERALISMUS

### Annäherung oder Distanz ihrer wirtschaftspolitischen Anschauungen?

Das Verhältnis des Sozialismus zu anderen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen, hier insbesondere zum Liberalismus, scheint in einer Zeit der Neubelebung der Diskussion um die Grundlagen des Sozialismus, gleichgültig, ob man eine solche für notwendig hält oder nicht, einer Überprüfung und Klärung zu bedürfen. Ist dies auch ohne besonderen Anlaß sicher von Zeit zu Zeit nützlich, so derzeit ganz besonders dank der etwas verworrenen psychologischen Situation. Psychologische Situationen, erst recht sozialpsychologische Situationen haben nur sehr wenig zu tun mit sachlicher Richtigkeit. Das schließt nicht aus, daß sie einen sachlich begründeten Anlaß haben, der nicht ernst genug genommen werden kann. Aber die Konsequenzen der psychologischen Reaktionen haben wenig mit Logik zu tun. Hinsichtlich der Logik haben heutige Marktwirtschaftler wenig Anlaß, sich über den psychologischen Hang zur Marktwirtschaft zu freuen, denn er ist nicht (psychologisch) tiefer begründet, als es die umgekehrte allzugroße Bereitwilligkeit war, nach der großen Weltwirtschaftskrise auch wertvolle Freiheiten aufzugeben. Diesmal sind es die Erfahrungen mit Zwangswirtschaftssystemen, damals waren es ebenfalls alles weniger als schöne Erfahrungen mit einer doch noch recht freien Marktwirtschaft (einer freieren, als es die heutige ist). Aber diese Erfahrungen liegen schon etwas weit zurück, spielen daher psychologisch keine Rolle. Bei genügendem Zynismus brauchte man nur zu warten, bis auf Grund neuer Erfahrungen, die nicht erst die einer Krise sein müssen, das psychologische Pendel wieder umschlägt. Da es aber um das Wohl und Wehe von Menschen geht, dürfte es sich empfehlen, die Ansichten über das, was man für richtig hält, auf sichereren Boden zu bauen, als es das psychologisch geschickt ausgenutzte Spiel mit doktrinär zugespitzten Begriffen wie Marktwirtschaft — Zentralverwaltungswirtschaft ist. Dieses Begriffspaar kann schon deswegen logisch nicht überzeugen, weil es ja nicht nur diese zwei polar gegensätzlichen Formen gibt, sondern eine große Zahl von Zwischenformen (auch die heute praktizierte und propagierte Marktwirtschaft ist eine solche Zwischenform), vielmehr aber noch deswegen, weil gefolgt wird, daß Zentralverwaltung = Planung = Willkürherrschaft ist und suggeriert wird, daß es sich bei diesen Gleichsetzungen tatsächlich so ungefähr um gleiches handelt. Auch das hat mit Logik weniger zu tun als mit Psychologie und ist logisch nicht viel schöner als der Schluß, daß ein Hammer, mit dem ich mir einmal auf den Daumen schlug, ein schlechter Hammer sei. Auf das Sachliche dieser Begriffe wird noch zurückzukommen sein. Jetzt interessiert nur das psychologische Moment, ob dabei ungeschickte, vielleicht auch logisch nicht haltbare Formulierungen auf sozialistischer Seite ebenso beigetragen haben wie manche neoliberalen Begriffsakrobatik, soll hier nicht untersucht werden, es soll möglichst wenig fürs erste unfruchtbare Dogmengeschichte getrieben werden.

Für ein wirklich klarendes Gespräch wäre es sicher am ersprößlichsten, wenn jeweils auf beiden Seiten der Kontroverse allein nach dem logisch Richtigen der Argumente beider Seiten gesucht würde, also, gleichgültig, auf welcher Seite man

steht, gefragt würde: Wie muß (nach dem neuesten Stand unserer ökonomischen, soziologischen, philosophischen Kenntnisse) bzw. wie kann Sozialismus oder Liberalismus überhaupt logisch einwandfrei — wenn die Ziele vorgeordnet sind — aufgebaut werden? Das gibt einen reineren Tisch des Gesprächs als philosophische Untersuchungen manchmal recht zeitgebundener Formulierungen, seien es die eines sozialistischen oder eines liberalen Marx.

Es ist in erster Linie diese psychologische Situation und weniger eine sachliche Notwendigkeit, daß manche sozialistischen Theoretiker (und noch mehr sozialistische Politiker) sich heute um eine besondere Betonung bemühen, daß Sozialismus ein Freiheits- und nicht ein Zwangsanliegen ist. Es kann sich weniger um eine sachliche Notwendigkeit handeln, da die moderne sozialistische Theorie dies seit langem und immer schärfer und unmißverständlich sowieso schon herausgearbeitet hat. Sicher ist hier noch viel zu tun und sehr genau aufzupassen, und manchem wohlmeinenden Systemkonstrukteur wird von der Freiheit auf die Finger geklopft werden müssen, aber zum größten Teil handelt es sich bei den restlichen Problemen um Dinge, die von anderen Systemen keineswegs freiheitlicher gelöst werden. Es dürfte nicht ganz ausgeschlossen sein, daß bei der Frage, welches System den Individuen den größten begründbaren, in sich berechtigten Freiheitsraum läßt, die sozialistische Theorie — in intensiver Arbeit durch die absichtlichen und unabsichtlichen Mißverständnisse, Erfahrungen und psychologischen Situationen an dieses Problem gewöhnt — eher den Nachweis größerer Freiheit führen kann als Systeme, die glauben, sie von vornherein zu haben und sie nicht erst schaffen zu müssen. Vergleicht man jedenfalls den neuesten Stand der beiderseitigen theoretischen Bemühungen, so scheint es sicher zu sein, daß die Versuche, etwa, von Eucken angefangen, auf logischer Ebene mit Hilfe von Marktformenpolaritäten und dergleichen zeigen zu wollen, daß ein freiheitliches sozialistisches System nicht möglich sei, gescheitert sind, während es umgekehrt sehr problematisch bleibt und erst der Nachweis erbracht werden müßte, ob ein rein marktwirtschaftliches System jemals, in welchem Sinn auch immer, ein gerechtes sein kann. Hier scheint auf selten der neueren sozialistischen Theorie mehr vorzuliegen als auf der Seite der sonst so aktiven und im übrigen um Neufomulierungen so bemühten neoliberalen Theorie.

Obwohl also wenigstens theoretisch die sachliche Situation so ist, ergab die psychologische Situation eine Pointierung, ja Überpointierung liberalisierender, verkehrswirtschaftlicher, marktwirtschaftlicher Formulierungen, zusammen mit einem Bemühen, Begriffen wie Planung und ähnlichem auszuweichen, das oft nicht sinnvoller war, als wenn ein Architekt sich genieren würde einzustehen, daß er vor Beginn eines Hausbaues einen Plan zeichnete und nicht imstande war, auch ohne Plan eine schöpferische Harmonie der einzeln bauenden Maurer zu stande zu bringen. Das bewirkte eine — besonders wenn es in bruchstückweisen Formulierungen, nicht in einigermaßen geschlossenen Konzeptionen geschah — formal oft so weitgehende Annäherung der Ausdrucksweise, daß zusehends unklar wurde, was eigentlich kontrovers ist. Natürlich besteht durchaus kein prinzipieller Zwang, daß unbedingt etwas kontrovers sein müßte, obwohl es dann überrascht, daß sich die einen immer noch Sozialisten, wenn auch mit dem Adjektiv freiheitlich, und die anderen Neoliberalen mit sozialer Note nennen. Es ist sicher daran zu denken, daß die Wahrheit nur eine sein kann, letzten Endes, und insbesondere, wenn ein Bemühen zu erkennen ist, Sozialismus nicht als Weltanschauung aufzufassen, wenigstens nicht in einem spezialisierten Sinn — über letzte Ziele, nennen wir sie vorläufig Freiheit und Gerechtigkeit, kann sehr wohl Einigkeit herrschen —, so würde es sich doch darum handeln, nach dem System zu suchen, das dafür das geeignetste ist, und das kann naturgemäß nur eines sein. Ja, es ist sogar, noch einen Schritt weiter zu einem allein richtigen System, ein solches denkbar, das sich gegenüber den verschiedenen subjektiven Wertungen neutral verhält, sich nur bemüht, das diesem Faktum der Vitalität der

persönlichen Werthaltungen angepaßteste, angeschmiegteste zu sein, also selbst wertfrei in dem Sinne zu sein, daß es nicht Partei nimmt für eine spezifische Weltanschauung, d. h. sich nicht ausrichtet auf eine der zur Wahl stehenden — und dennoch deswegen allein richtig, weil es richtigerweise von dem unbestreitbaren Faktum der Vielheit der Werthaltungen Kenntnis nimmt. Dabei wäre es gleichzeitig das denkbar liberalste und, weil wirklich die Gesamtinteressen am meisten betriedigende, das sozialistischste. Es würde „die Wirtschaft“ als ein großes Instrumentarium auffassen, das so gut wie möglich, also optimal, ausgerichtet ist, einem menschlichen, vielfältigen Wertkosmos neutral zu dienen.

Doch davon sind wir offenbar zunächst noch weit entfernt, die Gewöhnung an solche Gedankengänge ist noch eine geringe, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die äußerlichen Annäherungen psychologisch motivierter Formulierungen dies nicht, noch nicht meinen und gar nicht meinen können und damit Unterschiede überdeckt werden, die noch sehr der Klärung bedürfen. Die Methode des Überdeckens von Unterschieden ist keine geeignete Methode zur Lösung und Klärung der Unterschiede. Jedenfalls sind die hinter beiden Anschauungen aufgebauten fachlichen Systemkonstruktionen, die liberale „reine Lehre“ und die der neueren sozialistischen Freiheitslehren, nicht ohne weiteres zur Deckung zu bringen. Es gibt eine Reihe unabdingbarer, spezifisch sozialistischer Anliegen, auch in den angenehertesten Formulierungen, und wenn nicht in diesen oft recht leichtsinnigen Aussagen, so doch im Wesen dessen, was Sozialismus ist und sein muß. Es gibt sie auch in den von wirtschaftspolitischen Erkenntnissen genauestens überprüften Fassungen, und zwar bemerkenswerterweise nicht etwa deshalb, weil sie nicht freiheitlich genug wären. Im Gegenteil: um der Wahrung bestimmter Freiheitsanliegen willen.

Diese Betonung der Distanzierung ist notwendig, um vor Verschwommenheiten, vor übereiligen Verwischungen und Synthesen zu warnen. Niemandem wäre damit auch gedient. Nützlicher erscheint eine möglichst saubere Überprüfung der Übereinstimmungen und der Divergenzen. Die Betonung der Unterschiede scheint auf den ersten Blick hin übertrieben, da es ohne Zweifel eine stattliche Zahl von Übereinstimmungen gibt, ob nur scheinbar oder wirklich, wird das weitere ergeben müssen. Daß es eine stattliche Zahl von Übereinstimmungen gibt, erscheint zwar verwunderlich, wenn daran gedacht wird, daß Sozialismus dogmengeschichtlich und allgemeinhistorisch aus der Gegenstellung zum Liberalismus entstand. Doch stehen sich Haß und Liebe bekanntlich näher als indifferente Beziehungen. Eine Verwandtschaft besteht von vornherein, wenn auch Sozialismus noch ganz andere, recht ehrenwerte geistige Verwandte hat, die auch heute eine Rolle spielen. Es soll aber hier nicht geistesgeschichtlichen Ableitungen nachgegangen werden, dies mag andernorts geschehen. Es sollen hier, trotz vollen Bewußtseins dieser historischen Zusammenhänge, sozusagen nur die logischen Kalküle in historiefreier Nacktheit betrachtet werden. In diesem mehr technischen Sinn soll von Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung gesprochen werden.

Ein Gemeinsames liegt nicht so sehr darin, daß beide von Freiheit sprechen: welches System tut das nicht! Wesentlicher ist schon, daß sie beide die Freiheit des Individuums meinen, daß — was für den Liberalismus vielleicht selbstverständlich — auch für den Sozialismus betont werden muß, daß die Grundlage eine individualistische ist. Das klingt wie ein Paradox, und die polare sprachliche Gegenüberstellung Sozialismus — Individualismus erscheint verführerisch; es ist aber doch so: Wenn man zum Kriterium nimmt, um wessen willen der Sozialismus bemüht ist, so ist zu antworten, daß es der durch bestimmte Verhältnisse ausgebeutete Mensch, allgemeiner gesagt, der durch institutionelle Verhältnisse von sich selbst entfremdete Mensch war, wobei es von sekundärer Bedeutung ist, ob das dann typische Gruppen von Menschen waren in bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnissen oder — heute vielleicht — weniger typische, mehr verstreute, oder alle. Das Nicht-Individualistische im Sozialismus

dagegen liegt nicht in der Zielstellung, in der äußeren Motivierung (die eben das Individuum ist, das Schicksal jedes einzelnen Menschen), sondern darin, worin er die Abhängigkeit der Menschen, und hier gewiß ganzer Vielheiten von Menschen, sieht: in den gesellschaftlichen, insbesondere den gesellschaftswirtschaftlichen Verhältnissen, den gesellschaftlichen Institutionen, die alle miteinander ein Gemeinsames haben: daß sie überindividuell, über die Köpfe der Menschen hinweg ihre Zwänge ausüben. Das berührt aber nicht die Feststellung über Ziel, Ausgangspunkt und Motiv, und das bleibt auch richtig, wenn es sicher zum Wesen des Sozialismus gehört, zur Abstellung negativer Einflüsse auf den Menschen den Blick auf überindividuelle Zusammenhänge und überindividuell wirkende Maßnahmen zu richten; hiervon mag sich sein Name ableiten, nicht von der Quelle seiner Besorgtheit. Das wird deutlicher, wenn eingesehen wird, welche Auffassungen wirklich unindividualistisch sind, welchen das Schicksal des Einzelmenschen relativ mehr oder weniger gleichgültig ist.

Wenn als zweites Charakteristikum betont wird, daß es dem Sozialismus um das Wohl und Wehe eines jeden Individuums geht, mit schärfster Betonung auf dem Wort „jeder“, fragt es sich, ob hiermit nicht schon eine erste leise Andeutung eines Unterschieds zum liberalen Individualismus sich ankündigt. Es gibt auch den Individualismus des Renaissancemenschen, und da der Liberalismus recht lange Zeit recht gleichgültig gegenüber privater wirtschaftlicher Macht war, scheinen sich Reste einer solchen Individualismusauffassung möglicherweise hierin zu zeigen. Vielleicht auch darin, daß die „soziale Frage“ auch in neuesten liberalen Fassungen in gewissem Sinne immer den Charakter eines Appendix, einer nachträglichen Korrektur hat und weniger wirklich systemmäßig eingebaut ist. Sie hat immer den Charakter einer leidigen Konzession, die noch in den besten Formulierungen nicht viel weiter geht, als es die Weltanschauung eines Unfallversicherers tut. Sicher ist, daß jede primäre, auch die geringste Einschränkung dieses „jeden“ ein a priori gesetztes Differenzierungs- und Auslesekriterium zu nennen nötig machen würde, das dann wahrscheinlich Wirtschaftskraft, „Stärke“ des Individuums, des einen auf Kosten des anderen heißen würde, wenn es offen genannt würde. Doch hier beginnt die Logik. Ein solches System kann nicht Freiheitssystem genannt werden, denn es ist ebenso, von jeweils anderen Individuen gesehen, ein Zwangs- und Freiheitsberaubungssystem; Bebraubung von Freiheit, auf die ein anderer vielleicht Anspruch hat. Auf wieviel Freiheit, auf einen wie großen Freiheitsspielraum der einzelne Anspruch hat, darüber ist noch nichts ausgemacht, d. h.: solange eine solche Feststellung nicht vorliegt, kann überhaupt nicht gesagt werden, ob ein System ein freies System ist oder nicht, mag es für irgendeine Gruppe von Individuen noch so große Freiheitsräume zur Verfügung stellen. Es ist nicht so, wie gerne gemeint wird, als ob das Gerechtigkeitsanliegen des Sozialismus eine nur spezielle, jenseits des Freiheitsanliegens liegende Sonderidee ist, die gerade dem Sozialismus besonders gut gefällt. Es hat keinen Sinn, vom Freiheitsgrad eines Systems zu sprechen, wenn nicht über die Kriterien der Ansprüche an bestimmte (inhaltliche) Freiheitsräume der Individuen etwas Verbindliches ausgemacht worden ist.

Man kann das gleiche auch so ausdrücken, daß man sagt: An erster Stelle im System hat der Mensch zu stehen, was zwar zunächst nicht viel zu besagen scheint, denn auch das sagen viele und sehr verschiedene. Ein solcher Satz kann leicht recht billig sein, wenn schnell über ihn hinweggegangen wird. Seine ganze ernste Schwere zeigt er aber, wenn es darauf ankommt, ihn ausnahmslos aufrechtzuerhalten. Denn das hat recht weite Wirkungen. Das schließt jedes System aus oder behaftet zumindest jedes System mit einem Makel, das in Anspruch nimmt, um seiner selbst willen, etwa um seines eleganten Funktionierens willen, sich über das Wohl und Wehe einiger oder vieler Menschen ganz oder teilweise hinwegsetzen zu dürfen. Die fundamentale Bedeutung des Ver-

## teilungskriteriums für den Freiheitsgrad eines Systems ist damit offenbar.

Der Ausgangspunkt beider Systeme muß der gleiche sein. Wissenschaftlich vorgehende Sozialökonomien müssen heute, ob sie wollen oder nicht, von einem denkbaren Besystem ausgehen, meist (wenn auch etwas irreführend) Modell genannt, das — wenn auch sehr abstrakt — als Maximallösung auf ökonomischem Gebiet betrachtet werden muß: es ist stets für jede gegebene Lage (Ausstattung mit Produktionsgütern, Produktionsfaktoren) und gegebene Nachfrage (subjektive Bedürfnisse der Menschen) und gegebene (personelle) Einkommensverteilung ein Niedrigstpreissystem aus mathematischer Zwangsläufigkeit denkbar, bei dem beste Verwendung der Produktionsfaktoren und maximale Bedürfnisbefriedigung gewährleistet sind. Die Einkommen bestimmen sich hier nach dem Leistungsbeitrag, wobei auch Zurverfügungstellung von Boden und Kapital als Leistung aufgefaßt wird. In diesem Denkmodell ist alles in Ordnung, sofern man die genannten Gegebenheiten als gegeben hinnimmt, und zwar maximal. Versuchen, sich etwas Besseres auszudenken, hieße soviel wie bestreiten, daß 1 und 1 etwas anderes als zwei sein kann. Das ist nun nichts anderes als der Modellzustand, zu dem die Liberalen durch volle Konkurrenz kommen wollen, nur mit dem gern übersehenen Unterschied, den die neuere Wirtschaftstheorie seit längerem kennt, daß es ein mathematisch sich ergebendes Modell ist, das, wie die Fachsprache sagt, jenseits von Konkurrenz und Monopol einfach auf Grund mathematischer Größenbeziehungen und mathematischer Möglichkeiten sich darstellt. Konkurrenz ist allenfalls ein (problematischer) Weg unter mehreren, sich ihm zu nähern. Sein Charakter wurde hier so herausgestellt, um seine Allgemeinverbindlichkeit, sein Anderssein gegenüber dem realen Konkurrenzsystem aufzuzeigen. Weil es mathematisch und allgemeinverbindlich ist, muß auch der Sozialismus von ihm ausgehen. Also offenbar eine sehr große Gemeinsamkeit? Gewiß, aber nicht eine aus spezieller Verwandtschaft von Liberalismus und Sozialismus, sondern eine, die zwischen alle Systemen besteht, die Anspruch erheben wollen, dem Stand der Wissenschaft zu entsprechen. Für den Sozialismus kann es nur angenehm sein, sich auf den Boden dieses Modells zu stellen, denn so wird sein spezielles Anliegen mit wünschenswertester Exaktheit deutlich (das übersehen manche Sozialisten älterer Schule). Denn das Modell zeigt zwar einen mathematisch verbindlichen Maximalzustand, aber es zeigt ebenso deutlich, daß es für jede beliebige Einkommens- und Vermögensverteilung einen solchen gibt. Es wurde zwar soeben gesagt, daß sich im Modell auch die Einkommen bestimmen, das betraf aber nur die Einheit des Leistungsbeitrages (Preis der Einheit Boden, der Einheit Kapital, der Arbeitsstunde), die funktionelle Verteilung der Einkommen; daraus ergibt sich zwar auch das persönliche Einkommen des einzelnen durch einfache Multiplikation (je nachdem, über wieviel Boden und Kapitalvermögen und Arbeitskraft und -fähigkeiten er verfügt und wieviel er davon in den Produktionsprozeß einsetzt), aber über wieviel er verfügt, vermögensmäßig und ausbildungsmäßig, das ist kein Ergebnis des Modellprozesses, sondern eines einer historischen Entwicklung, die alles weniger als modellmäßig abgelaufen ist. Wenn von liberaler Seite von einer reinen Lehre gesprochen wird, so müßte demnach in erster Linie betont werden, daß die Vermögens- und Besitzverteilung ein Fremdkörper in ihr ist. Da nicht die funktionellen Einkommen, sondern die personalen Einkommen die Nachfrage und damit (modellmäßig) den Produktionsprozeß bestimmen, so maximiert das Modellsystem auf diesen (modellmäßig willkürlichen) Fremdkörper hin.

Wäre das geklärt, könnte man sich im übrigen (und müßte man sich aus wissenschaftlichen Gründen) einig darüber sein, daß dieser maximale „Idealzustand“ anzustreben ist. Man müßte sich einig sein, weil es etwas „Maximaleres“ schon aus mathematischen Gründen nicht geben kann, weil es nicht eine liberale und eine sozialistische Wirtschaftslehre nebeneinander geben kann, und kein Sozia-

list könnte umhin, sich dafür einzusetzen, da es auch für jedes vertretbare sozialistische Interesse das maximale wäre. Und wäre dann noch Konkurrenz der richtige Weg dazu, so müßten auch Sozialisten sich für sie voll und ganz einsetzen. So sehr weit könnte man einig sein, wenn man sich über das Einkommens- und Vermögensverteilungsprinzip geeinigt hätte.

Dies gilt jedenfalls, wenn man von der für Liberale und Sozialisten gleich verbindlich sein sollenden Sorge für die Glieder der Gesellschaft einmal absieht, die nicht in der Lage sind, durch „Leistungsbeiträge“ Einkommen zu erwerben. Die prinzipielle Kontroverse betrifft nicht die Meinungsverschiedenheiten, wie weit man diese Menschengruppen durch Eingriffe in den Gesamtprozeß berücksichtigt, einmal mehr und einmal weniger, so daß etwa, wie manche Liberale wohlwollend und auch manche Sozialisten etwas opportunistisch meinen, das Ganze auf den Unterschied einer Marktwirtschaft von rechts zu einer Marktwirtschaft von links hinausließe, und daß im übrigen alles in Ordnung sei.

Das wäre es übrigens tatsächlich (wenigstens im Modell), wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung, die aus ihm fließt und über die Nachfrage die Produktion bestimmt, sich aus reinen persönlich erarbeiteten Leistungseinkommen und aus den so entstandenen persönlichen Vermögen ergeben würde. Niemand wird behaupten können, daß dies der Fall ist (auch nicht dann, wenn wir eine reine Marktwirtschaft der reinen Lehre hätten). Das liegt nicht am Modell, sondern an den historisch-soziologisch-naturalen Gegebenheiten, auf die es nun einmal in jeder konkreten Wirklichkeit aufgesetzt ist. Wäre die Einkommens- und Vermögensverteilung, so wie sie überkommen ist, eine leistungsmäßige, dann müßte auch und gerade der Sozialist für nichts als liberalen Leistungswettbewerb eintreten, denn er würde allen sozialen Freiheits- und Gerechtigkeitsforderungen Genüge tun (von Abirrungen im Ablauf dieses Prozesses einmal abgesehen). Das Modellergebnis wäre durchaus befriedigend, wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung sich allein aus dem Modell ergeben würde und wenn institutionell gesichert wäre, daß nur reine Leistungseinkommen sich während seines Ablaufes bilden können. Beides ist nicht der Fall. Er „beginnt“ stets auf einer mit Leistung sehr wenig zusammenhängenden, historisch überkommenen Einkommens- und Vermögensstruktur, und während seines Ablaufs entstehen wieder aus doppeltem Grund — a) wegen dieser Startungleichheit, b) wegen des Entstehens von Einkommen, die wenig mit Leistung zu tun haben — insgesamt Einkommens- und Vermögensverteilungen, weit weg von einer Verhältnismäßigkeit zur Leistung.

Das ist es, warum der Sozialismus, auch wenn er von der gleichen Modellvorstellung ausgeht und gleich freiheitlich, also durch den gesellschaftlichen Prozeß, durch die gesellschaftliche Nachfrage sich bildende Ergebnisse und keine willkürlich festgesetzten Preise und Einkommen will, die „nur liberale“ Methode der (vergeblichen) Realisierung nicht mitmachen kann. Es ist die ahistorische Blindheit des Liberalismus, daß sein eigenes Vorstellungsbild durch die historischen Überkommenheiten und die naturalen Gegebenheiten ins Absurde verzerrt wird. Diese überkommenen Strukturen, die nicht beachtet werden, quellen früher oder später unter dem gewiß recht schönen Vorstellungsbild hervor und verderben es wie ein auf schlechten Untergrund gemaltes Bild.

Man hat den Fortschritt der Wirtschaftswissenschaft, zum Teil auf beiden Seiten, zuwenig beachtet. Das Vorstellungsbild der Liberalen, auch noch nach allen Variationen der Neoliberalen, ist immer noch das Konkurrenzmodell der Klassiker. Und die Gegnerschaft des Sozialismus beruhte von jeher darauf, daß dieses Konkurrenzmodell die historisch-soziologisch-naturalen Ausgangsgegebenheiten ahistorisch unbeachtet läßt. Da die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zuerst als Konkurrenzgesetzmäßigkeiten formuliert wurden, blieb — damals — dem Sozialismus nichts übrig, als mit der Ablehnung des Konkurrenzmodells auch

die daraus abgeleiteten Gesetzmäßigkeiten abzulehnen. Da nichts anderes da war, geriet er seinerseits in einen Historismus besonderer Art, der vieles vernachlässigte, was an wirtschaftlichen Zusammenhängen jenseits des klassischen Konkurrenzmodells gilt. Inzwischen hat die Wissenschaft — noch nicht einmal von allen Wissenschaftlern gehörig beachtet — herausgefunden, daß es wirtschaftliche Zusammenhänge jenseits von Konkurrenz und Monopol gibt, und damit die Möglichkeit einer allgemeinverbindlichen Modellkonzeption geschaffen. Sie ist rein formal und zeigt damit, wieviel historisch-soziologisch-naturale Prämissen geordnet sein müssen, damit ihr bloß formaler Maximierungscharakter einen Sinn ergibt. Das ist es, was den Sozialismus, der sich nun auch auf den Boden dieser allgemeinverbindlichen Konzeption stellen kann, nicht davon abhalten kann, institutionelle Einrichtungen zu fördern, die das Historisch-Willkürliche der Ausgangssituation und das ebenso Willkürliche des Ablaufes des Prozesses und damit auch das bloß Formale des Leistungsbegriffes auszuschalten geeignet sind, um so die formale Verbindlichkeit des Modells zu einer auch inhaltlich real verbindlichen zu machen. Das sind Institutionen, die annähernd Startgleichheit zu achten hat. Im übrigen ist es ja längst nicht mehr so wie in sönlicher Arbeitsleistung im Ablauf sichern. Mit welchen technischen Methoden diese Institutionen zweckmäßigerweise arbeiten, steht hier nicht zur Diskussion.

Daß dies unfreiheitliche Forderungen seien, wird sich logisch nicht aufweisen lassen können. Ist man sich einig — oder ist man das doch nicht? —, daß allein persönliche Leistung als entscheidend angesehen werden soll, so weiß jeder Sportlehrer, wie sehr er bei einer „gerechten“ Leistungsprüfung peinlichst auf Startgleichheit zu achten hat. Im übrigen ist es ja längst nicht mehr so wie in manchen Formen des Sozialismus des 19. Jahrhunderts, daß — jenseits ökonomischer Zusammenhänge — der Sozialismus in utopischem Überschwang willkürliche Gestaltungsfreiheit eines sozialistischen Systems verlangt. Es ist, richtig durchgeführt, gar nicht viel und gar nicht willkürlich, was der Sozialismus an institutionellen Sicherungen konsequent wollen muß, aber es ist aus logischen Zusammenhängen heraus unabdingbar, wenn man Freiheit jedes einzelnen und damit Gerechtigkeit will. Diese institutionellen Sicherungen tun niemandem weh, der ein reines Gewissen hat und nur das als ehrliches Eigentum ansieht, was er durch seine persönliche Arbeit erworben hat. Sie befreien alle von den einengenden Bestrebungen derjenigen, die mehr wollen, als was ihrem Leistungsbeitrag aus persönlicher Arbeit, bewertet von der Gesellschaft, repräsentiert durch die nur mit Leistungseinkommen ausgestatteten Konsumenten, entspricht.

Auch die Quantität dieser institutionellen Sicherungen läßt sich genauestens bestimmen. Und ebenso läßt sich genau sagen, daß das Maximum an Freiheit weder durch mehr noch durch weniger institutionelle Änderungen bewirkt werden kann. Sie können deswegen, wenn sie sinnvoll bleiben sollen, nicht beliebige und willkürliche sein, weil sie zielgerecht hinsichtlich Freiheit und Gerechtigkeit sein müssen.

Wir suchten nach Ähnlichkeiten und Divergenzen. Wir nehmen an, daß im Ziel (Freiheit und Gerechtigkeit) wenigstens der Absicht nach kein Unterschied sein soll. Ist man sich hinsichtlich des Verteilungskriteriums (persönliche Arbeitsleistung) möglicherweise einig, so könnte man sagen, daß der Sozialismus durch seine zielrichtigen institutionellen Änderungen nichts anderes will als die Sicherung des gleichen Ergebnisses, das auch die besten Vertreter der anderen Seite wollen. Nur handelt es sich einmal um formale Freiheit und das andere Mal um reale Freiheitsspielräume.

Wie sehr es sich um Gleisches handelt, wenn man das eigentlich Gemeinte heraushebt, wie sehr aber sich Unterschiede auftun, wenn es darum geht, die ja stets nur formalen Einzelbegriffe im Gesamtzusammenhang zu bringen, zeigt

eine Reihe von Begriffen, die in reichlichem Maße von beiden Seiten heute verwandt werden. Viele dieser Begriffe bekommen allerdings erst einen konkreten Inhalt, wenn sie vom Boden der Institutionenänderung aus gesehen werden. Ihre Anwendung auf beiden Seiten liegt aber oft so nahe beieinander, daß es manchen Sozialisten schwerfällt, sie zu akzeptieren und zu respektieren — angesichts der Wirklichkeit (und mancher wird hier zur Ordnung zu rufen sein), ebenso wie es offenbar den meisten Liberalen schwerfällt, zuzugeben, daß diese auch von ihnen geschätzten Begriffe erst ihren materiellen Sinn erreichen können mit Methoden, die mehr sind als „Marktwirtschaft“ und „Wettbewerbssystem“ ohne Ansehung der dahinterstehenden Strukturen.

Sehr deutlich läßt sich das beispielsweise an der Formel „Herrschaft des Konsumenten“, einer Verschärfung des Begriffs „Konsumfreiheit“, zeigen. Niemand, der es mit seinem Reden von Freiheit ernst nimmt, wird diesem Postulat widersprechen können. Auch wer von seiner Weltanschauung aus der Ansicht ist, daß die wahren Bedürfnisse der Konsumenten, wohlverstanden, andere sein mögen oder sogar sein sollten als die, die sie jeweils faktisch äußern, mag außerwirtschaftlich in dieser Richtung — kulturell, pädagogisch — sich anstrengen, er kann aber kein Recht ableiten, das Wirtschaftssystem auf diese „wahren“ Bedürfnisse hin umzugestalten. Er muß vor der Freiheit des Individiums, wenn es ihm ernst mit ihr ist, hält machen, wenn es sich um Wirtschaftssystemfragen handelt. Hier ist manchem Sozialisten ein Veto entgegenzustellen, auch wenn er — sehr zu Recht — daran Anstoß nimmt, daß es oft nicht die Konsumenten, sondern die Produzenten sind, die bestimmen, was angeboten wird, und bestimmen, aus welchem Sortiment der Konsument auswählen darf, und wenn er weiterhin — ebenso zu Recht — daran Anstoß nimmt, daß das Sortiment, selbst soweit es sich nach den Wünschen der Konsumenten richtet, dann gerade bestimmt wird von einer Kaufkraftverteilung unter den Konsumenten, die wiederum auf einer Einkommens- und Vermögensordnung beruht, die wenig mit Leistung und Gerechtigkeit zu tun hat. Es liegt nahe, daß man sich mit einer solchen „Konsumfreiheit“ nicht zufrieden geben und schwerwiegender Gründe anführen kann für Korrekturen, für Konsumlenkung usw. Aber ohne Selbstwiderrutsch ist das nicht möglich. Denn dies ist und bleibt — wenn auch noch so wohlgemeint — ein noch dazu recht subjektiver Eingriff in die Freiheit des Individiums, und niemand wird ein Recht begründen können, das Wirtschaftssystem zu einer solchen Konsumumdirigierung benützen zu dürfen. Es wäre auch eine Vermischung zweier fremder Sphären. Auf sozialpädagogischem, kulturellem Gebiet mag er die Freiheit haben, andere von seinen Anschauungen zu überzeugen. Das Wirtschaftssystem aber hat wirtschaftliche, nicht kulturelle Aufgaben, und was die Individuen mit ihrem wirtschaftlichen Anteil tun, muß das Wirtschaftssystem ihnen überlassen. — Nicht viel besser aber ist die logische Situation für die Verfechter formaler Konsumfreiheit, die der Einkommens- und Vermögensverteilung und der Frage, was letzten Endes produktionsmäßig das Angebot bestimmt, wenig Beachtung schenken, obwohl wir es hier jedes Mal mit einem konkreten materialen Eingriff bzw. einer willkürlichen Inhaltsbestimmung und Abgrenzung der Konsumfreiheitssphäre des Individiums zu tun haben.

Es ergibt sich also eindeutig: Erst wenn die Konsumenten mit verteilungsmäßig richtigen Kaufkraftmengen ausgestattet sind, und wenn institutionell einigermaßen gesichert ist, daß die Produktion (durch alle Stufen hindurch) das produziert, was die Konsumenten wollen, bekommt die formale Konsumfreiheit einen realen und richtigen Inhalt. Erst dann gibt es kein soziales Bedenken, sie wirklich „herrschen“ zu lassen, und erst dann läßt sich andererseits zwingend und mit gutem Gewissen jeder konsumlenkende Einfluß zurückweisen. Die Gefahr für die Freiheit droht von beiden Seiten: von der Seite eines Dirigismus, der für sich ein soziales Recht in Anspruch nehmen kann, wenn nicht anderweitig Ordnung

hergestellt wird, und ebenso von der Seite der Verfechter bloß formaler Konsumfreiheit durch deren willkürlichen Inhalt, wenn diese den Anspruch von wenigstens formaler Freiheit gegenüber zu weitgehendem Dirigismus reklamieren. Man sieht, daß genau dann von einem Maximum an realem Freiheitsinhalt gesprochen werden kann, wenn die Institutionen geschaffen werden, die Freiheit für nur zu Recht bestehende Freiheitsansprüche schaffen und weiterhin sichern, daß diese und nur diese sich durchsetzen können durch den ganzen Wirtschaftsprozeß hindurch. Dann gibt es kein soziales Bedenken mehr, diese Konsumfreiheit herrschen zu lassen, und es gibt kein freiheitliches Bedenken, eine so geplante Konzeption gutzuheißen.

Fast genau gleich ist die Situation bei einer Reihe anderer recht grundsätzlicher Begriffe, die heute in jeder wirtschaftspolitischen Diskussion verwendet werden und von denen jeder einem der Fundamentalprobleme zuzuordnen ist, um die heute der Streit geht. Auch bei diesen finden sich die gleiche merkwürdige scheinbare Nähe und scheinbar nur geringe Unterschiede in der Formulierung, die aber fundamentale und weitreichende Unterschiede in der Realität ausmachen. Und ebenso findet sich hier die Gefahr, durch die Kritik an ihnen das Kind mit dem Bade auszuschütten, oder aber die der Vergewaltigung der Freiheit sowohl auf liberaler Seite wie auf der Seite der Kritiker. Solche Begriffe bzw. Formen bzw. Postulate sind „Maximierung des Sozialprodukts“, „Maximierung der Bedürfnisbefriedigung“, Maßgeblichkeit des Leistungsbegriffs, Entmonopolisierung und schließlich die Stellungnahme zu überindividuell wirksamen Maßnahmen, mag man sie Intervention, Lenkung, Planung oder bloß allgemein Wirtschaftspolitik nennen.

Maximierung des Sozialprodukts — nicht ganz in dieser modernen Formulierung, aber dem Inhalt nach, also Steigerung eines Haufens von materiellen Gütern, gemessen an der Summe ihrer Marktwerte — ist ein altes Postulat chrematistischer klassischer liberaler Wirtschaftslehren. Auch hier wieder das gleiche: Die Marktwerte, Konsumgüterpreise bestimmen sich durch die Kaufkraft der Konsumenten, d. h. nach ihrer wirtschaftlichen Stärke gemäß Einkommens- und Vermögensverteilung. Damit wird auch die Produktionsrichtung, die qualitative Zusammensetzung des Sozialprodukts, durch die jeweilige Einkommens- und Vermögensverteilung bestimmt. Ist man mit dieser aus den besprochenen Gründen nicht zufrieden, kann auch das Postulat der Steigerung eines so willkürlich zusammengesetzten Sozialprodukts wenig Einfluß erwecken. Und ebenso wenig, daß die Wirtschaft die Aufgabe habe, durch möglichst große (formale) Rationalität ein „Maximum“ an Sozialproduktleistung zu erreichen. Und daher der (gewiß sehr verständliche) Glaube an das Recht, sich über letztere und über das Streben nach Maximierung des Sozialproduktes hinwegsetzen zu können. Da beide Postulate doch nur zu einem willkürlichen Ergebnis führen, wurde abgeleitet, von beiden sich freihalten zu können, offene Bahn zu haben (und ein wohlbegündetes Recht dazu zu haben), die Zusammensetzung des Sozialprodukts anders zu gestalten; dies unter dem ebenso richtigen Gesichtspunkt, daß alle Wirtschaft außerökonomischen Interessen und Wertvorstellungen sowieso dient, also auch die Gestaltung des Sozialprodukts weltanschaulich (außerökonomisch) entschieden werden kann, wobei Sozialisten nicht mehr als Liberale frei davon sind, die eigene Weltanschauung für die richtige zu halten. Die Gegenseite (und nicht nur diese) konnte dann leicht darauf hinweisen, daß ein System, das sich über die wirtschaftliche Rationalität und die Ausrichtung auf Maximierung hinwegsetzt, kaum sehr wirtschaftlich sein kann. Und dabei blieb die Diskussion, eine schon recht alte, in der Regel stehen, scheinbar unauflösbar, und sie steht auch heute noch da, in besonders deutlicher Form etwa zwischen den „Okonomen“ einer-

seits und G. Mackenroth und G. Weisser<sup>1)</sup> andererseits. Wer hat recht? Es scheint, man könnte ebensogut sagen: beide Seiten wie: keine von beiden.

Wer die Postulate Maximierung des Sozialprodukts und rationale Ausrichtung der Wirtschaft für sich allein aufstellt, aus ihnen allein Normen für richtige Wirtschaft ableiten will, also insbesondere wieder ohne Rücksicht auf die Einkommensverteilung, irrt sicher, denn sie könnten nur für den schmackhaft sein, der durch die jeweilige, historisch vorliegende unangetastete Einkommens- und Vermögensverteilung privilegiert ist. Wer aber daraus den Schluß zieht, daß er sich an sie nicht zu halten hat und seine eigene Weltanschauung entscheiden läßt über die Gestaltung des Sozialprodukts, irrt nicht minder. Denn dann ist man ja wieder an den Anfang zurückgeworfen; es ist gezeigt worden, daß es sich bei der Suche nach einem richtigen Wirtschaftssystem nicht um weltanschauliche Lösungen handeln kann, wenn man einen Schritt weiterkommen will, einmal aus diesem Grund und daneben aus dem anderen: wenn von den Eigenschaften „frei und gerecht“ ein konsequenter Gebrauch gemacht werden soll. Gegenüber der liberalen „Weltanschauung“ ist, solange es sie gibt, kein Kraut gewachsen, ebenso wie gegenüber etwa einer sozialistischen Weltanschauung. Das faktisch vorhandene Weltanschauliche drückt sich im Ökonomischen in den Bedürfnishaltungen aus, und hier hat das Weltanschauliche hinzumachen. Es hat prinzipiell, so fremd das klingen mag, im Wirtschaftssystem nichts zu suchen, mangels eines legitimen Anspruchs, falls man sich über „frei und gerecht“ einig ist. Was jenseits der Bedürfnisse ist, ist Wirtschaftssystem, Wirtschaftsapparatur, gleich irgendeinem anderen Apparat, der für sich genommen nie etwas Weltanschauliches ist. Gewiß hat er an sich aus sich heraus keine Möglichkeit, seine Prinzipien (hier die „wirtschaftlichen“) als übergeordnete Normen einer Weltanschauung oder mehreren Weltanschauungen zu oktroyieren. Als Apparat hat er zu dienen. Wem? Ist er also von jeder einzelnen Weltanschauung für ihre Zwecke verwendbar? Wenn wieder mit „frei und gerecht“ Ernst gemacht wird, so kann er nur einer „Norm“ unterliegen, nämlich dem Faktum der Vielheit von Weltanschauungen, soweit sie sich in den Bedürfnissen und nirgendwo anders niederschlagen. Alle diese einzelnen „Weltanschauungen“ haben gegenüber diesem gesellschaftlichen Apparat nur soweit ein Recht, als ihnen bedürfnismäßig je nach ihrem Leistungsbeitrag zu der gemeinsamen Arbeit ökonomischer Freiheitsspielraum zukommt. Ein sowohl freies wie „gerechtes“ Wirtschaftssystem unterliegt also ebenfalls einem Maximumtheorem: so rational wie möglich auf Maximierung der Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten ausgerichtet zu sein, wobei jede „Weltanschauung“ bzw. Wertordnung gemäß dem Leistungsbeitrag ihrer Träger zum Zug kommt. Maximierungstheorem und Rationalität können also sehr wohl einen Sinn haben, der nicht der willkürlich verabsolutierte der Liberalen ist und auch nicht der der reinen Ökonomisten, und der sich auch nicht einer anderen „Weltanschauung“ ausliefern. Sollte faktisch Einheitlichkeit der Weltanschauung bei ihren Trägern bestehen, so ändert das nichts an der logischen Struktur, die Norm bleibt bestehen. Es gibt also doch eine Norm aus der „Aufgabe der Wirtschaft“ heraus, wenn diese letztere sorgfältig genug erfaßt wird. Wie könnte es auch anders sein: Ein jeder Apparat hat die Sachnorm seines Zweckes. Hier ist der Zweck sehr weit gespannt, aber nicht weniger bestimmt. Er ist natürlich mehr als ein maximaler Güterhaufen (Sozialprodukt); das Maximumtheorem muß

1) Vgl. G. Mackenroth, „Sozialistische Wirtschaftsanpassung“, Weltw. Archiv, 63 (1949) S. 203 ff., und G. Weisser, „Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft“, in: Grundsetzfragen der Wirtschaftsordnung, Wirtschaftswiss. Abhandlung, Heft 2, Berlin 1954. Wir stimmen mit Weisser in der Kritik des „Ökonomismus“ weitgehend überein (vgl. auch G. Ritter, „Theoretische Grundlagen der Sozialisierung“, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1950 [1947]), nicht dagegen aus den im Text angeführten Gründen hinsichtlich der positiven Konsequenzen, die Weisser aus der kritisierten Situation zieht. Der Umstieg in das einseitig Weltanschauliche scheint eine große Chance, ein wissenschaftlich vertretbares Wirtschaftssystem zu konzipieren, alzu schnell zu vorgehen, eine Chance, der u. E. der Sozialismus recht nahe steht.

sich an der Bedürfnisbefriedigung orientieren, was immaterielle Bedürfnisse mit einschließt, auch die, die während des Arbeitsprozesses durch die Art des Arbeitsvollzugs entstehen. Als sozialistisch ist diese Lösung zu bezeichnen, da sie voll dem „frei und gerecht für jeden“ entspricht und nur durch überindividuelle Institutionen gesichert werden kann. Hier ging es nur um die Allgemeinverbindlichkeit der Postulate.

Diese Analysen könnten noch recht weit fortgesetzt, auch vertieft und gesichert und auf die hier noch nicht behandelten kontroversen Probleme ausgedehnt werden. Es wird sich im Prinzip um die gleiche logische Struktur handeln. Da es hierbei überall um logische Stringenz geht, besteht einige Hoffnung, daß sie überzeugend wirken und jedenfalls, wenn sie nur hinreichend exakt fortgeführt werden, zu einem allgemeinverbindlichen Ergebnis führen müssen, mindestens für den, der mit „frei und gerecht“ Ernst macht. Sie alle aber benötigen, wie sich zeigt, zu ihrem vollen Vollzug in der Realität gewisse institutionelle Änderungen, Vorkehrungen; gewiß nicht beliebige, aber solche, auf die nicht verzichtet werden kann, wenn man nicht auf das Ergebnis verzichten will. Natürlich sind sie „übermarktwirtschaftlicher“ Art. Auch sie haben zwar alles an Logik auf ihrer Seite, und es sollte die gleiche Hoffnung bestehen, zu überzeugen. Wie ist nun hier der Stand der Diskussion? Die neuesten Außenungen von liberaler Seite zeigen eine irappierende Entwicklung. F. Böhm<sup>3)</sup> gibt in einem Ausmaß, wie es einem Sozialisten gut anstehen würde, einen Katalog der negativen Seiten der Marktwirtschaft (wegen des Fehlens einer Planung) unumwunden zu, in der Hauptsache ihr Versagen gegenüber Krisen, gegenüber privater Macht und in der sozialen Frage bis zu der Feststellung, sie stelle eine „unehrliche Freiheitsordnung“ dar<sup>4)</sup>. Es wäre auch verwunderlich, wenn diese Negativitäten vom guten Logikern länger bestritten würden, da es sich nicht um eine Angelegenheit der Betrachtungsweise handelt, sondern in der Logik der Verhältnisse liegt. Nur sagt es nicht jeder. Dieses Zugeständnis ist so stark, daß man erwarten müßte, daß nun der Schluß auf die Notwendigkeit von planenden Institutionen gezogen wird. Dies wird nun (noch) nicht getan mit der Begründung, daß Planung die Rechtsstaatlichkeit gefährde. Um ihrer willen werden alle diese zugegebenen Negativitäten in Kauf genommen. Immerhin, die logische Situation für die, die davon überzeugt sind, daß ein Verzicht auf die das Ziel erst garantierenden Institutionen übermarktwirtschaftlicher Art nicht in Frage kommen kann, ist nunmehr gar nicht mehr so schlecht, auch nicht im Gespräch. Man braucht offenbar nicht mehr über die Negativitäten der „Nur-Marktwirtschaft“ zu diskutieren. Alles spitzt sich auf den Punkt zu, ob es den „Planern“ gelingt, nachzuweisen, daß Planung nicht „Einräumung von Willkürräumen, breiten Ermessensspielräumen“ usw. bedeuten muß, die freiheitsgefährdend wären. Da aber logisch nichts daran hindert, auch Planung an rechtlich verankerte Maximen zu binden, entfällt offenbar die letzte Bastion der Argumente auch der ernstzunehmenden Vertreter der anderen Seite. Mit der Entdeckung der rechtlich gebundenen Planung<sup>5)</sup>, allein schon mit ihrer Denkbarkeit, entfällt der letzte zu beherzigende Einwand — auch von der sozialistischen Seite, der es mit der Freiheit ernst ist. Und auf keinen Fall ist mit dem Vorbringen dieses letzten, übriggebliebenen Einwandes die Diskussion zu Ende<sup>6)</sup>.

Annäherung oder Distanzierung? Es ließe sich von Annäherung sprechen, wenn hervorgehoben wird, daß der Sozialismus immer mehr und exakter zu vermeiden sucht, Maßnahmen um der sozialen Gerechtigkeit willen vorzuschlagen, die

3) F. Böhm, „Freiheitsordnung und soziale Frage“, in „Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung“, Berlin 1954.

4) a. a. O., S. 81.

5) Vgl. G. Rittig, Art. „Sozialisierung“, im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaft“, 1954.

6) In der gleichen Veröffentlichung (S. 193) findet sich von H. Meinhold der Satz: „... es gibt jedenfalls Möglichkeiten, um die Wirtschaftsverfassung ... so weit zu bringen, daß die notwendigen Staatseingriffe in stärkerem Maße der gesetzlichen Verankerung fähig werden und nicht mehr in dem Maße, wie das heute der Fall ist, dem Ermessen des einzelnen Beamten anheimgestellt sind.“

die Freiheitsansprüche des Individuums, soweit sie durch persönlichen Leistungsausweis berechtigt sind, wegen ihrer Systemfremdheit zu tangieren geeignet sind. Es ist aber zu beachten, daß er das vor sich selbst nur dann rechtfertigen kann, wenn institutionelle Änderungen, die unberechtigte Freiheitsinanspruchnahmen ausschalten, durchgeführt sind. Und hier ist durch Hinweis auf die Unmöglichkeit, darauf verzichten zu können, scharf zu distanzieren. Der Sozialismus hat kein legitimes Interesse an schematischer Progression und Einkommensnivellierung, an Eingriffen in die Konsumfreiheit, an willkürlichen Planungsmöglichkeiten, sofern und nur insofern im übrigen institutionell, systemimmanent gesichert ist, daß sich nicht „ungerechte“ Freiheiten breitmachen können. Je weniger letzteres erfüllt ist, je mehr „Nur-Marktwirtschaft“, desto mehr Zwang zu freiheitszerstörenden schematischen Korrekturen, die dann nicht nur Sozialisten, sondern auch andere dank des Drucks der öffentlichen Meinung wider ihren Willen und ihre Konzeption und systemfremd durchführen müssen. Umgekehrt: je mehr von vornherein die institutionellen Sicherungen geplant sind, desto „liberaler“ kann Sozialismus sein, ja desto mehr wird überhaupt formale Freiheit real.

Man könnte auch auf der anderen Seite von Annäherung sprechen, wenn auf den Schritt vom reinen Laissez-faire zur Notwendigkeit einer staatlichen Sicherung einer Wettbewerbsordnung abgehoben wird. Hiermit hat der Liberalismus den Boden der ungeregelten Freiheit verlassen. Eine distanzierende Kluft aber wird aufgerichtet in dem Glauben, daß Planung notwendigerweise Willkür bedeuten müsse, auch wenn sie nichts weiter ist als vollkommene Regelung der Freiheit. Offenbar ist es ein Glaube, denn logisch ist auch das Gegenteil möglich. Hierzu ist das zu sagen, was soeben zu den Anschauungen von F. Böhm bemerkt wurde und wozu noch sehr viel zu sagen sein wird.

---

*Die menschliche Rasse hat die Weisheit, die Wissenschaft und die Kunst geschaffen, warum sollte sie unfähig sein, die Gerechtigkeit, die Brüderlichkeit und den Frieden zu schaffen? Sie hat Plato, Homer, Shakespeare und Hugo, Michelangelo und Beethoven, Pascal und Newton erzeugt, alle diese menschlichen Helden, deren Genie nur der Kontakt mit den Grundwahrheiten, mit dem innersten Wesen des Weltalls ist. Warum also sollte die gleiche Rasse nicht jene Führer hervorbringen, die fähig wären, sie denjenigen Formen des gemeinschaftlichen Lebens zuzuführen, welche den Gesetzen und der Harmonie des Weltalls am nächsten kommen.*

Léon Blum

*Politik ist die Zucht. Ist die hohe Kunst, entschlossen und zäh, zugleich aber in Ehrfurcht vor der fremden Überzeugung für das Wohl aller zu arbeiten. Politik ist die Kunst, alle lebendigen Kräfte zu schen, die da sind, und sie zu verbinden...*

*Nur aus gegeneinanderstrebenenden Wölbungen erstehrt das Münater. Ebenso kann der große Bau der Staatsgemeinschaft nicht werden durch eine Meinung oder eine Richtung, sondern durch Zusammenbau und gemeinsames Schaffen aller.*

Romano Guardini

## DIE HALBIERTE DEMOKRATIE

### Zur Kritik des Liberalismus

#### Eine falsche Theorie der Freiheit

Der Liberalismus geht von einem falschen Weltbild und einer unhaltbaren Theorie der Freiheit aus. Er unterstellt einerseits die Selbstgenügsamkeit und Autonomie der geistig-kulturellen Sphäre, überträgt aber andererseits ihre spezifischen Entfaltungsbedingungen auf vorgeistige und geistfremde Schichten. Die Unzulässigkeit dieses Verfahrens wird sofort klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich jede geistige Aktivität im Abstrakten, jede künstlerische Betätigung im Neutral-Stofflichen, alles politische, soziale und ökonomische Handeln jedoch zwischen und mit Menschen abspielt. Die Verwirklichung eines gedanklichen oder ästhetischen Impulses in einem philosophischen System oder einem Kunstwerk schränkt niemandes physische und geistig-kulturell-künstlerische Bewegungsfreiheit und Souveränität ein. Wie einseitig und radikal eine Theorie und ein Stil auch immer sein mögen, sie behindern niemanden in seiner Existenz noch auch in seiner Möglichkeit, eine Gegentheorie aufzustellen oder sich in einem anderen Stil zu versuchen. Während also die Fülle geistig-kulturellen Lebens gerade auf dem Prinzip der optimalen Entfaltung individueller Strebungen beruht, ruft die Anwendung des gleichen Prinzips in der Sphäre der zwischenmenschlichen Beziehungen notwendig Anarchie und Inhumanität hervor, denn hier geht ja die rücksichtslose individuelle Entfaltung immer auf Kosten des und der anderen. Jenes freie Spiel der Kräfte, das in der Tat Quelle und Bedingung aller geistig-kulturellen Leistungen der Menschheit ist, wird zu einem Prinzip der Zerstörung, sobald man es in der Sphäre des sozialen Lebens wirksam werden läßt.

Der andere folgenschwere Irrtum des Liberalismus besteht in der Annahme, daß die geistig-kulturellen Anlagen im Menschen und in der menschlichen Gesellschaft in völliger Unabhängigkeit von allen anderen Seinsbereichen existieren. Eine auch nur oberflächliche Analyse des Aufbaus der realen Welt zeigt jedoch, daß das „Reich des Geistes“, also die das eigentlich Menschliche des Menschen ausmachende Schicht nicht freischwebend, sondern getragen existiert, ruhend auf allen niederen Schichten und abhängig von diesen. Humanität ist kein Zustand, sondern eine Aufgabe, ein ständiger erbitterter Kampf gegen die nicht aufhebbaren Determinationen der physischen, biologischen, physiologischen und psychologischen Kräfte. Daß dieser Kampf zwar niemals siegreich beendet, aber doch immer wieder siegreich bestanden werden kann (obwohl die niederen Schichten die vital stärkeren sind), ist in der spezifischen Fähigkeit des menschlichen Geistes, die Dinge zu durchschauen und zu ordnen, begründet. „Wodurch der Mensch zuletzt doch herrscht“, schreibt Nicolai Hartmann, „ist eine Überlegenheit anderer Art. Seine Machtmittel sind Vorsehung und Zwecktätigkeit. Die Natur verfügt über diese Kategorien nicht, ihre Prozesse verlaufen gleichgültig gegen ihr Resultat, ihre Mächte sind blind. Sie können sich gegen Zwecksetzung des Menschen nicht zur Wehr setzen, wenn er ihr Wesen durchschaut und sie für seine Zwecke einzuspannen weiß.“

Die Funktion des Bewußtseins ist also doppelter Natur: zwecksetzend-humanisierender und geistiger. Er muß die blinden Kräfte der vormenschlichen Natur analysieren, kontrollieren und menschlichen Zwecken dienstbar machen und kann sich dann erst seiner eigenen Bestimmung zuwenden. Der Geist, der sich selbstgenügsam nur mit sich selbst beschäftigt und auf die Kontrolle und Ordnung alles Vor- und Ungeistigen verzichtet, wird von den Kräften dieser niederen Schichten in mannigfacher Weise seiner eigentlich menschlichen Aufgabe entfremdet. Die Freiheit geistig-kulturellen Seins besteht primär in der Befreiung durch Bindung und erst sekundär in der Selbstentfaltung der eigenen Kategorien und Inhalte. Es gibt also auf keiner Ebene menschlichen und gesellschaftlichen Seins die oberflächlich-ideologische Alternative „Planung oder Freiheit“, sondern immer nur „Freiheit durch Planung“. Ein Mensch, der die Triebkräfte seiner biologisch-organischen Natur nicht unter ständiger Kontrolle hält, geht seiner Menschlichkeit ebenso verlustig wie eine Gesellschaft, die sich dem „freien Spiel der ökonomischen und sozialen Kräfte“ überläßt.

Diesen Tatbestand muß der Liberalismus leugnen oder unterschlagen, denn nur indem er — der idealistisch-spiritualistischen Philosophie folgend, der er entstammt — die absolute Unabhängigkeit des Geistes proklamiert, versetzt er sich ja in die Lage, Kultur und Humanität hochhalten zu können, ohne doch auf das frischfröhlich-barberische Spiel der sozial-ökonomischen Freibeuterei verzichten zu müssen. Wenn man die geistig-kulturellen Phänomene säuberlich von allen gesellschaftlichen Vorgängen und Bedingungen scheidet, spielen die sich ergebenden sozialen Mißstände die Rolle eines sich aus dem sogenannten „Lebenskampf“ zwangsläufig resultierenden Verhängnisses, bedrohen aber in keiner Weise den Anspruch der Gesellschaft, eine „Kultur“-Gesellschaft zu sein. Und die Unterstellung, daß Art und Schicksal der „Freiheit“ in der geistig-kulturellen wie der sozial-ökonomischen Sphäre „unteilbar“ sind, erlaubt es dem Liberalismus, jede Forderung nach Planung der wirtschaftlichen Kräfte als unerhörten Angriff auf die Freiheit des Geistes abzuweisen.

### **Der Citoyen wurde vom Bourgeois überspielt**

Zu dem falschen gedanklichen Ansatz kommen die besonderen Bedingungen der historischen Situation, in der der Liberalismus entstand und sich entwickelte. Was als Anliegen der die politische Erbschaft des europäischen Humanismus und der europäischen Aufklärung antretenden bürgerlichen Revolutionen seinen demokratisch-universalen Anfang nahm, endete als Forderung des Besitzbürgertums nach der souveränen Verfügungsgewalt über das im frühkapitalistischen Wirtschaftskampf „rechtmäßig erworbene“ Eigentum. Die technisch-industrielle Entwicklung erzwang die Befreiung der ökonomischen Kräfte aus den Bindungen des ständisch-absolutistischen Staates, die Zwangsläufigkeiten des aufkommenden Kapitalismus hinwiederum überformten den demokratischen Ansatz der bürgerlichen Revolution, indem nun nicht mehr die Befreiung aller unterdrückten Klassen, sondern nur noch die Sicherung der Freiheit der besitzenden Klassen zur Debatte stand. Der Citoyen wurde im Laufe weniger Jahrzehnte vom Bourgeois überspielt, die Forderung nach gleichem Recht für alle zur Forderung nach Vorechten für einige. Aus einer progressiven Idee wird ein konservatives Programm, denn die befreite Klasse der Besitzbürger legte nach ihrer Befreiung keinen Wert mehr darauf, die einmal errungenen Machtpositionen zugunsten der Befreiung noch unterdrückter Bevölkerungsschichten aufzugeben.

### **Freier Wettbewerb — für wen?**

Bei allen Überlegungen zum Thema „Liberalismus“ darf man jedoch nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, daß das Besitzbürgertum zur Erhaltung seiner Machtposition in der sich entwickelnden parlamentarischen und politischen Demo-

kratie weiterhin auf die Zustimmung und die Solidarität des besitzlosen Bürgertums und Kleinbürgertums angewiesen ist, also der Beamten und Angestellten, der Lehrer, Juristen und Ärzte, der freien intellektuellen und künstlerischen Berufe. Und diese Schichten der bürgerlichen Intelligenz, die an der Konjunktur des Kapitalismus kaum oder nur sehr mittelbar beteiligt sind, übersehen bis heute, daß sie am freien Wettbewerb der kapitalistischen Wirtschaft wirklich nur „im Geiste“ teilnehmen. Die „freie“ Wirtschaft des Kapitalismus ist zu keiner Zeit und Phase der kapitalistischen Entwicklung jemals eine freie Wettbewerbs-Wirtschaft aller am Produktionsprozeß Beteiligten gewesen. An jenem geheiligten freien Spiel der sozialen und ökonomischen Kräfte sind optimal 10 bis 15 % der Bevölkerung beteiligt<sup>1)</sup>, da alle anderen in einem abhängigen Lohnverhältnis stehen, das ihnen die Entfaltung irgend einer nennenswerten merkantilen Initiative mit entsprechenden Gewinnchancen überhaupt nicht erlaubt. Die freie Marktwirtschaft ist ausschließlich eine freie Marktwirtschaft der Unternehmer, denn diese allein haben in diesem Spiel, in dem alle Arbeitnehmer und Konsumenten Objekte sind, eine Subjektposition inne. Es ist tatsächlich bemerkenswert, wie wenig Menschen genügend Urteilskraft und Selbstbewußtsein besitzen, um die Perfidie zu empfinden, die im Geschrei aller Apologeten des Liberalismus nach Schutz und Förderung der sogenannten privaten Initiative liegt, ohne die es angeblich zu keiner produktiven Leistung kommt, denn von jedem Arbeiter und Angestellten, jedem Beamten und auch jedem Angehörigen eines freien Berufes wird eine optimale berufliche Leistung erwartet, ohne daß man seiner Initiative jemals eine irgendwie geartete kapitalistische Belohnung in Aussicht stellt. Ausschließlich die dünne Schicht der Unternehmer und Händler glaubt sich außerstande, beruflich-sachliche Leistungen erbringen zu können, wenn aus jeder „Initiative“ nicht sogleich ein Gewinn herausspringt. Und zwar ein Gewinn, von dem man uns nicht einreden soll, daß er ohne kräftige Abstriche für das Privatkonto, die zur persönlichen Leistung des Unternehmers in keinem realen und vertretbaren Verhältnis mehr stehen, wiederum in der Produktion investiert wird. Der Liberalismus ist in jeder Hinsicht das Vergnügen einer Minderheit, für das die Mehrheit materiell, sozial und menschlich aufzukommen hat. Als der Mensch den Launen der Naturgewalten unterworfen war, weil er noch nicht gelernt hatte, ihre Prozesse zu durchschauen und für seine Zwecke einzuspannen, machte er sich diesen Zustand dadurch erträglich, daß er ihn „Herrschaft der Dämonen“ nannte. Der Willkür der ökonomischen Naturgewalten ausgeliefert, läßt er sich nun weismachen, daß deren Kontrolle und Planung ein Sakrileg gegen die „persönliche Freiheit“ sei und man die Folgen der sozial-ökonomischen Launen als „ehernes Gesetz des Schicksals, das den Tüchtigen belohnt und den Untüchtigen bestraft“ in Kauf nehmen müsse.

#### Staatsbürger, aber Betriebsuntertanen

Der Liberalismus erzeugt jedoch nicht nur eine ungerechtfertigte und willkürliche Ungleichheit der wirtschaftlich-sozialen Chancen, sondern ist auch politisch das System einer halben Demokratie. In der liberal-demokratischen Gesellschaft lebt man nur als Staatsbürger in einer Sphäre demokratischer Rechte und Pflichten. Den überwiegenden Teil ihres Lebens bringt die überwiegende Zahl unserer Zeitgenossen als Betriebsuntertanen zu. Die ureigene Hervorbringung des liberalen Zeitalters, nämlich der kapitalistische Betrieb, ist seiner politischen Struktur nach bis heute un- und antidemokratisch. Hier herrscht nach wie vor das hierarchisch-direktoriale Prinzip. Während der Staatsbürger das Recht hat, sich frei zu informieren, sich frei zu äußern und bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens durch Zustimmung oder Widerspruch mitzuwirken, hat der Betriebsbürger weder das Recht, Etat und Produktionsplan seines Unternehmens zu prüfen, noch auch

1) Vgl. Oswald von Nell-Breuning, „Wettbewerbsordnung“, in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Februar 1934.

gar einen bestimmenden Einfluß auf die Besetzung der leitenden Funktionen auszuüben. Trotz Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsrecht, die sich der Betriebsfeudalismus zähneknirschend abringen lassen mußte, existiert der Angehörige einer liberal-demokratischen Gesellschaft in zwei grundverschiedenen politischen Lebensstilen: in einem formal demokratischen und in einem konkret autoritären. Wobei hinzugefügt werden muß, daß die Bedingungen des beruflichen Lebens das Dasein des Menschen viel nachdrücklicher formen und bestimmen als die seiner staatsbürgerlichen Existenz. Die Schizophrenie dieser Situation findet ihren Ausdruck in einem unsicheren, gespaltenen und gestörten gesellschaftlichen Bewußtsein unserer Zeitgenossen. Ihre demokratische Entwicklung wird unausgesetzt von der autoritären Struktur der betriebsrechtlichen Verfassung, unter der zu leben sie gezwungen sind, gehemmt und korrumptiert. Die Demokratie nimmt im Gefühl des so däpierten Demokraten den Charakter einer Farce, einer Illusion, eines Betruges und einer Selbsttäuschung an. Daß es unter solchen Umständen in der ganzen westlichen Welt immer wieder zur Herrschaft konservativer und reaktionärer Regierungen kommt und in Deutschland die Jahre von 1933 bis 1945 so stoisch hingenommen wurden, ist kaum verwunderlich. Sind wir doch von Haus aus viel mehr an das Walten autoritärer als an das Vorhandensein demokratischer Verhältnisse gewöhnt. Wer davon überzeugt ist, daß die ökonomischen Dinge nur florieren, wenn man die Herrschaft der Wirtschafts- und Betriebsführer etabliert, wird sich auch leicht von der Notwendigkeit politischen Führertums autoritärer Prägung überzeugen lassen.

### **Der Liberalismus ist ein Materialismus**

Fassen wir den falschen gedanklichen Ansatz mit der zwangsläufigen geschichtlichen Ausprägung des Liberalismus zusammen, so ergibt sich die Feststellung, daß die liberale Erwerbsgesellschaft eine durch und durch materialistische Konstruktion ist. Und sie kann gar nicht anders als materialistisch sein, so sehr auch die immer noch vorhandenen echten und unechten Kulturgüter und die Existenz von Menschen, die diese Kulturgüter hervorbringen und genießen, diesen Tatbestand verdecken. Allerdings ist der Materialismus der industriellen Erwerbsgesellschaft ein doppelgesichtiges Phänomen. Er hat nicht nur die Bedeutung von Verrohung und immer weiter um sich greifender kultureller Armutseligkeit, sondern weist auch auf den sich ständig hebenden materiellen Lebensstandard breiter Volksschichten hin. Letzteres besagt, daß es dem Kapitalismus — was Marx nicht voraussah — gelungen ist, die drohende Klippe der proletarischen Revolution zu umschiffen. Einerseits brauchte er für seine ins Ungeheuerliche anschwellende Produktion von Konsumgütern immer neue Abnehmerschichten und zum anderen mußte er die Bedürfnisse, die er unaufhörlich weckte, nun auch bis zu einem gewissen Grad befriedigen. Die materiell-zivilisatorischen Erfolge der industriellen, freiwirtschaftlichen Entwicklung leugnen zu wollen, wäre ebenso töricht, wie dem Kapitalismus aus diesen Erfolgen einen Lorbeerkrantz der Humanität zuwinden. Da sein Sieg über Hunger und Elend nicht sozialen Impulsen, sondern merkantilen Zwangsläufigkeiten entspringt, schlägt die materielle Armut in der saturierten liberal-kapitalistischen Gesellschaft in geistig-seelische Armutseligkeit um.

Es ist nützlich, sich an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die Urzellen der deutschen Arbeiterbewegung weder Kader zur Ausbildung von Bombenwerfern noch Zusammenschlüsse zur Hebung des Lebensstandards, sondern vielmehr Bildungsvereine waren, also Organisationen, die geschaffen wurden, um dem sich langsam aus seiner Elendslage befregenden Industriearbeiter kulturelle Werte nahezubringen. Wenn man das oft bemerkte Verschwinden der Proletarierklasse unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, stellt sich heraus, daß die von Marx konstatierte Selbstentfremdung des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft,

die er damals ausschließlich sozial-ökonomisch verursacht sah, heute nicht etwa aufgehoben ist, sondern nur in eine andere und höhere Art der Entfremdung transponiert wurde. Die gleiche Zivilisation nämlich, die es fertig gebracht hat, einen Großteil der arbeitenden Menschen aus ihrer materiellen Elendslage zu befreien, ist unfähig, seiner geistig-kulturellen Not zu steuern, da sie auf die Befriedung dieser (keine Dividenden einbringenden, sondern nur Kosten verursachenden) Bedürfnisse nicht eingestellt ist. Hervorgebracht hat sie lediglich eine ungeheuerliche Freizeit-Industrie, die die Pausen zwischen Arbeit, Essen und Schlafen angenehm und ungefährlich ausfüllen hilft und im übrigen riesige Gewinne abwirft. Kino und Sport sind gewiß sehr angenehme, unterhaltsame und auch nützliche Vergnügen, auf die niemand verzichten möchte, wenn daraus aber ein kommerzialisierter Rummel wird, der alle anderen und höheren Freuden, denen Menschen teilhaftig werden können, rücksichtslos verdrängt, ist es wohl keine Übertreibung, diese Entwicklung für eine der totalsten und gefährlichsten Selbstentfremdungen des Menschen zu halten, die jemals in der Geschichte aufgetreten sind.

Eine solche Entwicklung ist in einer Gesellschaft, deren Zentralprinzip der freie soziale Wettbewerb ist, unausweichlich, denn in ihr werden alle Güter, die keinen „Marktwert“ besitzen, unaufhaltsam an den Rand der Werteskala, in die reine „Luxuszone“ gedrängt. Es ist gar nicht anders möglich, als daß eine unter dem Gesetz des Erwerbs stehende Gesellschaft zwar immer mehr industrielle Güter in Umlauf bringt, Erzeugung und Verbrauch kultureller Güter jedoch denen überläßt, die noch dumm genug sind, dafür ihren Lebensstandard aufs Spiel zu setzen oder aber schon einer so komfortablen Lebensstandard besitzen, daß sie allen sozialen Anfechtungen enthoben sind. Für die große Masse führt die Konzentration auf Hebung und Erhaltung eines angemessenen Lebensstandards zu einer fortwährenden Vernachlässigung und Verkümmерung aller geistig-kulturellen Anlagen und Interessen, die nicht mehr als eigentliches Ziel das menschliche Dasein akzentuieren, sondern zu einem esoterischen Pläsier für Sonderlinge und Wohlhabende entarten. In einer Rede vor Berliner Studenten hat Theodor Plievier diese Situation folgendermaßen gekennzeichnet: „Wer bedroht die Kultur? Kulturloses Verhalten in einem Lande, das auf Tradition zurückblicken kann, ist schlimmer als es in unentwickelten Gebieten sein würde. So ist der aus einem hochzivilisierten Land kommende Filmstreifen übler als die Kanalisationslosigkeit in einem öden Steppengebiet. Und die Intoleranz, wenn sie von einer Kirche ausgeht, ist ein schlimmeres Übel als die von einer schon an sich unduldsgen Diktatur geübte Intoleranz. In dieser Stunde ist das Notwendige ins Auge zu fassen und festzustellen, woher die Bedrohung der Kultur kommt und welche Mächte es sind, die die Entwicklung des Menschen hemmen, die ihm das menschliche Gesicht nehmen und ihn schließlich auf die Ebene des Tieres zurückwerfen. Auf die Ebene des Tieres: man besuche die Elendsquartiere der großen Städte, man blicke hinein in die Wohnbaracken im Schatten der großen Schornsteine, man betrachte die Kinder, denen als letzter Spielplatz die Schlackenhäde geblieben ist. Es kann aber auch die 2½- und 3½-Zimmer-Wohnung mit WC, Bad und Kochnische und elektrischer Installation sein, in der der technische Beamte oder der schwer arbeitende und besser verdienende Mann vom Fließband wohnt, dorthin schicke man den Psychologen, dann wird er in sehr vielen Fällen feststellen müssen, daß die dort bekannten Bedürfnisse kaum jene übersteigen, die wir mit dem Tier gemein haben, und wenn dazu noch das Verlangen nach stlichen standardisierten Bedürfnissen kommt, ist damit nichts gebessert. Wenn uns dazu in Lautsprecherstärke eine standardisierte „öffentliche Meinung“ entgegenhält, so ist das Elend voll zu ermessen, und auch die ständig steigende Flut wird sichtbar, die vorbestimmt scheint, die Restbestände menschlicher Kultur zu verschlingen.“

Wer in Amerika gewesen ist, diesem gelobten Land des sozialen Freistil-Ringens, weiß, wohin die Reise des Liberalismus geht. Nämlich ohne jeden Zwang von oben in eine Dürftigkeit der geschmacklich-kulturellen Bildung und in einen Konformismus der Gesinnung, der im totalen Stumpfsinn endet. „Die Gewohnheit der liberal-demokratischen Gesellschaft, den Dingen ihren Lauf zu lassen, stellt nicht etwa das Prinzip wahrer Freiheit dar, sondern liefert ganz einfach das kulturelle Erbgut einigen kapitalistischen Konzernen aus, die das niedrigste Niveau demokratischer Kultur repräsentieren und hervorbringen“<sup>4</sup>), sagt Karl Mannheim. Und wie steht es mit der Sorge unserer „Kultur“-Gesellschaft um das gedeihliche Aus- und Fortkommen ihrer kulturtragenden (also nicht eigentlich nützlichen, weil keine Marktwerthe produzierenden) Schichten? In der Februar-Nummer 1954 der „Deutschen Studentenzeitung“ erfährt man in einem Artikel, der die Überschrift „Alarmstufe I“ trägt, folgendes: „Von den 120 000 Studenten Westberlins und der Bundesrepublik erreichen nur knapp die Hälfte die runden 150,— DM Existenzminimum. Deshalb müssen 70 % während der Ferien arbeiten und über 50 % sogar während des Semesters. Die Mehrzahl der Studenten ist also gezwungen, mit geistigen, seelischen und körperlichen Kräften Raubbau zu treiben.“

Wie es mit der Bezahlung der Lehrer und Ärzte, der Wissenschaftler und der Angehörigen der freien Berufe steht, kann man täglich in der Zeitung lesen. Dort kann man sich auch darüber informieren, wovon unsere humanen Demokratien im Zeitalter des Lebensstandards den Rentnern und Fürsorgeempfängern zu leben zumuteten: nämlich von der Hälfte jener Summe, die die „Deutsche Studentenzeitung“ mit Recht Existenzminimum nennt. Wer noch nicht oder nicht mehr oder auch anderes als gewinnversprechende Konsumgüter produziert, hat in einer Erwerbsgesellschaft keine Daseinsberechtigung.

#### **Der bürgerliche Intellektuelle: heruntergekommen, aber Elite-Mensch**

Die soziale Situation des durchschnittlichen westlichen Intellektuellen und der an der Konsumgüter-Produktion nicht beteiligten bürgerlichen Intelligenz zeigt die genaue Umkehrung der Entwicklung des Proletariats zur verkleinbürgerlichen Industrie-Arbeiterschaft. Die Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz sinken ständig zum Existenzminimum ab, ohne daß sie dabei jedoch ihre kulturell-geistigen Ansprüche aufgeben. Nicht mehr die Arbeiter gehen auf die Straße, sondern — wie kürzlich in Wien — Hochschullehrer, Schriftsteller und Schauspieler. Es erweist sich also, daß die sich ursprünglich im proletarischen Schicksal äußernde Selbstantfremdung des Menschen nun — auf eine höhere Ebene transponiert — in der Situation der kulturellen Berufe virulent wird. Die bürgerliche Intelligenz wächst in jene Rolle hinein, in der sich einst die Industriearbeiterschaft befand; sie wird zu jener Klasse, in der das Dilemma der liberalen Erwerbsgesellschaft spätkapitalistischer Prägung seine volle Ausprägung erfährt. Während die Alten, Kranken und Erwerbslosen einfach nur unter die Räder kommen und durch Wohltätigkeit vor der kollektiven Verzweiflung bewahrt werden, wächst in der bürgerlichen Intelligenz die Diskrepanz zwischen den geistigen, menschlichen, sozialen und zivilisatorischen Ansprüchen und den materiellen Möglichkeiten, sie zu befriedigen, zu einer immer größeren Spannung an.

Ob diese Spannung schmerhaft genug sein wird, um das liberale Bürgertum endlich vom Mythos des Liberalismus zu befreien, ob sie lange genug anhalten oder eines Tages durch die Stupidisierung auch dieser Schichten nachlassen und damit ihrer Funktion, Stachel zur politischen Selbstbesinnung zu sein, beraubt werden wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Die Aussichten sind trübe, denn die Mehrzahl der Wotfürher, die sich die liberale bürgerliche Intelligenz gewählt hat, setzt sich aus konservativen und konformistischen Intellektuellen zusammen, die sich mit der liberalen Demokratie abzufinden gewußt haben, weil

<sup>4</sup>) Karl Mannheim, „Diagnose unserer Zeit“, Europa-Verlag Zürich - Wien - Konstanz, S. 147.

sie ganz richtig erkannten, daß sie weder wirklich liberal noch wirklich demokratisch ist.

Den typischen europäischen Intellektuellen unserer Zeit kennzeichnen zwei charakteristische Züge: die totale Verkümmерung des politischen Instinktes und ein kulturell-gelstiger Feudalkomplex. Die gegenwärtige Geschichte stellt sich ihm als bedrohlicher „Aufstand der Massen“ gegen den naturgegebenen Herrschaftsanspruch der „Eliten“ dar. Ortega Y Gasset, der philosophisch-politische Mentor mehrerer Generationen des deutschen Bürgertums, rügt „die Unverfrorenheit der gewöhnlichen Seele, sich über ihre Gewöhnlichkeit klar zu sein, aber für das Recht der Gewöhnlichkeit überall einzutreten“<sup>3)</sup>. Und das Phänomen der „Vermassung“ definiert er so: „Erniedrigung und Verrohung sind die Lebensform dessen, der sich seiner Bestimmung entzogen hat“<sup>4)</sup>. Es müßte natürlich heißen: „Erniedrigung und Verrohung sind die Lebensform dessen, der seiner Bestimmung durch eine materialistische Gesellschaftsordnung entzogen wurde.“ Aber für diesen verblasenen abendländischen Spiritualismus und Idealismus steht die Welt immer noch auf dem Kopf. Die von ihren Denkern und Dichtern verlassenen und von einem barbarisch-korrupten Wirtschafts-System in Abhängigkeit und Uamündigkeit gehaltenen Massen werden für die Torheiten, Laster und Verbrechen ihrer Unterdrücker verantwortlich gemacht, indem man sich nicht scheut, ihnen angeborene Niedrigkeit der Gesinnung und des Geschmacks zu unterschieben. Alle Elite-Theorien und Vermassungs-Analysen, die heute die Feuilletons unserer Zeitungen überschwemmen, sind nicht nur soziologischer und philosophischer Unsinn, sondern handfest-politisch der widerwärtige Versuch, den Klassenkampf von oben zu predigen und zu rechtfertigen. Das Grassieren dieser reaktionären Spekulationen ist die neuerliche Bankrott-Erklärung des europäischen Humanismus gerade durch jene Intellektuelle, die ganze Zeitschriften-Jahrgänge und Tagungsprogramme mit Menschlichkeits-Beschwörungen und Freiheits-Proklamationen bestreiten. Ortega Y Gasset, Ernst Jünger und Gottfried Benn produzieren ihre Philosophien der Distanz, weil sie sich der moralischen und politischen Verantwortung für jene, die sie in Distanz halten, zu entziehen versuchen. Es waren und sind die solche Schrecknisse prognostizierenden Intellektuellen selbst, die den Geist seiner ethischen Funktion entkleidet, ihn in die ästhetisch-artistische Isolation geführt und das „gewöhnliche“ Leben seinem nun natürlich gar nicht ausbleibenden Schicksal, immer gewöhnlicher zu werden, überlassen haben. Die Vermassung und Fellachisierung der westlichen Zivilisation ist nicht eine böswillige Veranstaltung der „Massen“, sondern eine unmittelbare Folge des Versagens unserer „Eliten“.

Wie kann man sich eigentlich wundern, daß alle diese Spiritual-Faschisten früher oder später in den Sog des politischen Faschismus geraten? Dort treibt man ja offen und von Staats wegen jene autoritäre Führerauslese, die die Elite vor den Zudringlichkeiten und Ansprüchen der Plebejer schützt und ihr alle politisch-pädagogische Verantwortung abnimmt (daß sich der Faschismus dann gelegentlich auch gegen seine literarischen Wegbereiter wendet, steht auf einem anderen Blatt). Benn und Jünger haben ihr Bekennnis zu solcher „Weltanschauung“ und Lebensform bei passender Gelegenheit abgelegt, und was Ortega Y Gasset, seine Ahnen und Mitstreiter angeht, so schreibt dazu Arnold Hauser in seiner „Sozialgeschichte der Kunst und Literatur“: „Nichts ist für die vorherrschende Kulturphilosophie bezeichnender, als daß man diesen ‚Aufstand der Massen‘ für die Entseelung und Veräußerlichung der modernen Kultur verantwortlich machen will und ihn im Namen des Geistes und der Seele bekämpft. Zu dem zumeist etwas wirren Spiritualismus, der dieser Philosophie zugrunde liegt, bekennen sich die Extremisten von rechts und links fast ohne Unterschied... Die Mehrzahl ist

3) „Aufstand der Massen“, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1947, S. 10.

4) ebd. S. 82, Anm. 1.

hewußt oder unbewußt reaktionär und bereitet im Banne der Ideen von Bergson, Barrès, Maurras, Ortega Y Gasset, Chesterton, Spengler, Kayserling, Klages und wie sie alle heißen, den Faschismus vor. Das ‚neue Mittelalter‘, das ‚neue Christentum‘, das ‚neue Europa‘ ist das alte romantische Lied der Gegenrevolution, die Mobilisierung des ‚Geistes‘ gegen den Mechanismus und Determinismus der Naturwissenschaften, nichts als — wie Ernst Trötsch es formuliert hat — ‚der Beginn der großen Weltreaktion gegen die demokratische und soziale Aufklärung‘.<sup>6)</sup> Das ist eine genaue und erschöpfende Definition, die man nur insofern ergänzen muß, als seit Trötsch einige Zeit vergangen ist und die Weltreaktion heute nicht mehr im Beginn, sondern in schönster Blüte steht.

Der Verrat der Intellektuellen in den totalitären Diktaturen ist inzwischen von Kennern zutreffend und eingehend analysiert worden, die Kennzeichnung des Verrates der Intellektuellen in den westlichen Halb-Demokratien steht noch aus. Antibolschewismus allein dürfte nicht ausreichen, um sein demokratisches und humanitäres Alibi nachzuweisen. Der professionelle Antibolschewismus wirkt, wie Jaspers in seiner Einleitung zu dem Buch von Czeslaw Milosz ‚Verführtes Denken‘ feststellt, oft ‚wie ein umgekehrter Totalitarismus‘. Die Gefährlichkeit dieser Art von Salon-Antibolschewismus besteht darin, daß uns seine Vertreter glauben machen wollen, der Bolschewismus wäre die überhaupt einzige denkbare Art, den Menschen seiner menschlichen Bestimmung zu entziehen und ihn seiner Würde zu berauben. Die als rettende Alternative empfohlene liberalistisch-materialistische Erwerbsgesellschaft zeichnet sich jedoch durch eine (wenn auch untergründiger und zivilisierter verlaufende) gleichgerichtete Tendenz zur Kollektivisierung und Verrohung aus.

Die weitaus schlimmste Folge der Verbreitung und Anerkennung, die die reaktionären Kulturtheorien eines bestimmten vorherrschenden Typs der westlichen Intellektuellen finden, ist jedoch der Nebel, den sie in den Köpfen unserer liberalen bürgerlichen Intelligenz erzeugen. Fühlt sich doch jeder Angehörige dieser Schichten, dessen sozialer Stolz durch die herrschenden Zustände ununterbrochen gedemütigt wird, in seinen innersten Werten bestätigt, wenn seine Zugehörigkeit zu den edlen Seelen der Elite bewiesen wird. Er bemerkt nicht, daß er selbst schon unwiderruflich in den Rädern der großen Vermassungsmaschine der liberal-kapitalistischen Zivilisation hängt und konstatiert noch viel weniger, daß dies der Fall ist, weil die vielen kleinen und großen Ortegas ihn daran hindern, den verhängnisvollen Mechanismus dieser Maschine zu durchschauen.

### **Erst Bindung, dann Freiheit**

Alles politische Planen und Handeln ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel. Was geschieht, wenn man sich der Planung in einer fundamentalen Sphäre des gesellschaftlichen Lebens enthält, zeigt uns die Entwicklung der liberalistischen Gesellschaft, und was geschieht, wenn man die Planung zum letzten Sinn menschlichen Daseins macht, zeigt uns die Entwicklung des stalinistischen Überstaates. Das Unbehagen des Kulturmenschen an der Politik hat seinen guten Grund: er wünscht von den Aufgaben, die ihm seine private seelisch-geistige Existenz stellt, nicht durch lästige kollektive Pflichten abgelenkt zu werden. Aber die Dispensierung von den gesellschaftlichen Pflichten und Aufgaben, die uns gestellt sind, kann erst erfolgen, wenn wir diese Aufgaben wenigstens annähernd gelöst haben. Das Soziale und Politische ist dem Geistigen und Kulturellen immer untergeordnet, aber es geht ihm ontologisch und historisch voraus. Daher ist auch jener gängige und oberflächliche Schluß, daß der Liberalismus etwas Edles und Idealistisches und der Sozialismus etwas Gemeines und Materialistisches sei, eine grobe Täuschung. Die Freiheit selbst gibt niemals ein politisches Programm

<sup>6)</sup> Arnold Hauser, ‚Sozialgeschichte der Kunst und Literatur‘, C. H. Beck, München, S. 483/484.

ab, sie ist vielmehr die Frucht, in deren Genuß zu kommen wir uns auf Grund und nach Erfüllung eines politischen Programms (dessen Inhalt immer nur Systeme der Kontrolle, Planung und Bindung sein können) erhoffen. Politik ist Sondierung und Kultivierung des sozialen Terrains, auf dem dann kulturelles und geistiges Leben sich entfalten soll. Erst wenn alle nicht in der Person des einzelnen liegenden Hemmungen beseitigt sind, wird Art und Wert dieses einzelnen deutlich werden. Erst die völlige Objektivierung und Rationalisierung dessen, was objektivierbar und rationalisierbar ist, wird den wahren Subjektivismus und Individualismus möglich machen. Der Sozialismus ist daher auch etwas ganz und gar Unmetaphysisches und Undogmatisches, nämlich die nüchtern-pragmatische Suche nach jenen gesellschaftlichen Lösungen, die uns endlich aus der erniedrigenden Abhängigkeit der sozialen und politischen Kräfte zu uns selbst befreien sollen. Allerdings nicht nur die Suche danach, sondern auch der Wille, diese Lösungen durchzusetzen.

---

## BERICHTE

Vom 12. bis 14. April 1954, fanden sich in Mehlheim sozialistische Wissenschaftler zu einer Arbeitstagung zusammen. Die Diskussionen wurden eingeleitet durch Referate der Professoren A bendroth (Marburg) und Weisser (Köln). Das Ergebnis der Tagung wurde in 14 Punkten festgehalten, über deren Formulierung Übereinstimmung erzielt werden konnte. Wir geben diese Thesen hier wieder:

### L

1. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht eine Organisation zur Wahrnehmung von bloßen Gruppeninteressen, sondern eine politische Kampforganisation mit dem Ziel der Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste des demokratischen Sozialismus.
2. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt also nicht nur eine Änderung des Wirtschaftslebens. Die Wirtschaft kann nicht Selbstzweck sein.
3. Es gibt keinen gesellschaftlichen Automatismus, der ohne verantwortungs- und zielbewußtes Handeln des Menschen dauerhaft eine bessere Gestalt des gesellschaftlichen Lebens verbürgt. Deshalb muß politisches und pädago-

gisches Wirken ständig Hand in Hand gehen. Der freiheitliche Sozialismus wird stets Aufgabe sein.

4. Die Darstellung der geistigen Grundlagen des politischen Willens der freiheitlich-sozialistischen Bewegung in einem Programm der SPD hat notwendig zwei Aufgaben. Sie muß einerseits — wie die bisherigen Programme — eine Analyse der heutigen sozialgeschichtlichen Situation enthalten. Andererseits muß sie über die sittlich-kulturellen Maßstäbe Rechenschaft ablegen, aus denen sich die sozialistische Kritik der geschichtlich vorliegenden Situation und die Forderungen zur Neugestaltung der Gesellschaft ergeben. Beides muß im Anschluß an den neuesten, in unserem Jahrhundert erreichten Stand der Sozialwissenschaften geschehen.
5. Die Frage nach den geschichtlichen Bedingungen, unter denen jeweils die politische Durchsetzung von Ideen zur Gestaltung der Gesellschaft steht, ist vor allem von Karl Marx in die Sozialwissenschaften eingeführt worden; bei der Erarbeitung des Programms der SPD kann auf die Untersuchung dieser Bedingungen nicht verzichtet werden.
6. Die Sozialdemokratische Partei dient den Interessen einzelner Gesellschaftsgruppen nur insoweit, wie dies die Ge-

rechtheit und das Gemeinwohl erfordern. Sie tritt unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit für diejenigen Gesellschaftsgruppen ein, denen jeweils Unrecht geschieht. In der heutigen Lage gibt es Gruppen in neuer sozialer Not, deren Rechte nachdrücklich gewahrt werden müssen.

Den Arbeitern gegenüber sieht die Sozialdemokratische Partei eine besondere Aufgabe: Die Arbeiterschaft ist zur Besserung nicht nur ihrer Lebenslage auf sozialpolitische Einzelmaßnahmen angewiesen. Ihr gebührt eine grundsätzlich andere Stellung im sozialen Leben, damit die Arbeiter ihre Persönlichkeitswerte angemessen entfalten und den besonderen Beitrag zur Kultur und Gesinnung der Gesellschaft leisten können, zu dem sie berufen und fähig sind.

7. Die Bewegung der freiheitlichen Sozialisten erschöpft sich nicht im politischen Kampf der Sozialdemokratischen Partei. Die aktiven Kräfte in den Reihen der Bewegung sind in allen Lebensbereichen um einen neuen Stil des gesellschaftlichen Lebens bemüht.

## II.

8. Den konkreten Forderungen des Programms muß die Erkenntnis zugrunde liegen, daß alle gesellschaftlichen Vorgänge in Wechselwirkung zueinander stehen. Jedes einseitige Ressortdenken wirkt verderblich.
9. Die Forderungen müssen der modernen ordnungspolitischen Erkenntnis Rechnung tragen, daß die Einzelgebiete des sozialen Lebens sinnvoll jeweils immer nur innerhalb bestimmter allgemeiner Ordnungsstemente geregelt werden können.
10. Die Forderungen müssen daran orientiert sein, daß das sittliche Pflichtbewußtsein des freiheitlichen Sozialismus nicht an nationalen, rassischen, konfessionellen und sozialen Grenzen hält, sondern sich weltweit auf die Menschheit erstreckt. Jede andere Haltung — besonders gegenüber Notleidenden in den unterentwickelten Gebieten — würde überdies auch in den hochindustrialisierten Ländern die Chance einer wirklich revolutionären Umgestaltung des sozialen Verhältnisse zerstören.
11. Neben der Kritik an den Ordnungssystemen, die am Kapitalismus, am Faschismus, an der Ständestaatsidee, am Neoliberalismus orientiert sind, muß die Unvereinbarkeit des bolschewistischen Ordnungssystems mit der Gestaltung des sozialen Lebens im Geiste des freiheitlichen Sozialismus klar und eindeutig zum Ausdruck kommen. Ausgangspunkt dieser Kritik müssen zwei

Sozialgesetze sein, deren Bedeutung sich in den Ereignissen der letzten Jahrzehnte deutlich gezeigt hat:

Bei den heutigen soziotechnischen Möglichkeiten in den hochentwickelten Industrieländern hat die Ausschaltung ganzer Gesellschaftsgruppen von der Teilnahme an der politischen Willensbildung — auch wenn sie nur auf kurze Zeit gedacht ist — die übermächtige Tendenz, in Willkürherrschaft von unbegrenzter Dauer umzuschlagen. Ebenso hat der Lenkungsapparat zentral geleiteter Verwaltungswirtschaften die Tendenz, ein Eigenleben zu entfalten, das sich nicht mehr wirksam durch die politische Ordnungsgewalt beherrschen läßt.

12. Die Forderungen müssen sich — ohne Kulturreessimismus — durch Konzipierung institutioneller und pädagogischer Maßnahmen mit den neuen Abhängigkeiten auseinandersetzen, die durch die Entwicklung der Technik der Naturbeherrschung und der Technik der Ordnung von Menschenmassen sowie durch das Wachstum der Weltbevölkerung entstanden sind und die die Freiheitlichkeit des sozialen Lebens ständig bedrohen.
13. Unter den sozialgeschichtlichen Bedingungen des 20. Jahrhunderts darf das vom freiheitlichen Sozialismus vertretene Ordnungssystem dem Staat nicht die alleinige Zuständigkeit für den Verlauf des Gesellschaftslebens auferlegen. Um der Freiheit willen muß unter der höchsten Verantwortung des Staates ein pluralistisches System gesellschaftlicher Gestaltungskräfte bestehen.
14. Die Verfassungspolitik der Sozialdemokratischen Partei ist eindeutig demokratisch. Sie lehnt indessen nach wie vor mit Nachdruck die Ansicht ab, daß bereits mit der Einführung der Spielregeln der Demokratie alle Garantien für eine gute Ordnung der Gesellschaft gegeben seien. Es kommt darauf an, daß der mit ökonomischen und psychologischen Mitteln betriebene Mißbrauch der Demokratie politisch und pädagogisch wirksam bekämpft wird.

In absehbarer Zeit wird diese in Mehlem begonnene Diskussion fortgesetzt. Weitere Arbeitstagungen sollen sich u. a. mit der Möglichkeit und dem Charakter der sozialistischen Gesellschaft, der dialektischen Methode als Ausdruck von Bewegungsgesetzen der Gesellschaft sowie mit soziologischen und ökonomischen Grundfragen beschäftigen. In einigen dieser Fragen konnte in Mehlem noch keine übereinstimmende Auffassung erarbeitet werden.

# Die Marxismus-Diskussion

in der sozialwissenschaftlichen Literatur Frankreichs, Englands und Amerikas (1933—1954)

Von J. P. Mayer, London

Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß sich seit 1933 Marxforschung und Interpretation des Marxismus außerhalb Deutschlands vollziehen mußten. In Frankreich waren es vor allem die Frühschriften von Marx, die der Beschäftigung mit marxistischen Problemen einen neuen Impetus gaben.

Ich hatte am 21. Dezember 1930 im „Vorwärts“ nach einer mehrjährigen Durchforschung des Berliner Parteiarchivs ausführlich über die Entdeckung einer unveröffentlichten Schrift von Marx berichtet — der Aufsatz erschien dann auch in der Schweizer Zeitschrift „Die Rote Revue“ (1931) —, welche der Marxforschung neue Wege wies. Diese Schrift ist dann in der von S. Landshut und mir herausgegebenen zweibändigen Ausgabe der Marxschen Frühschriften unter dem Titel „Nationalökonomie und Philosophie“ Anfang 1932 erschienen. Einige Wochen später erschien der 3. Band der großen Moskauer Marx-Engels-Gesamtausgabe, in dem gleichfalls die Studie „Nationalökonomie und Philosophie“ veröffentlicht wurde. Die Moskauer Ausgabe, die in der Entzifferungsarbeit der unsrigen sicherlich, wenn auch nicht in allen Stellen des ungemein schwer lesbaren Manuskripts, überlegen war, fügte der von mir entdeckten Schrift ein weiteres Manuskript bei: das sogenannte erste Manuskript (vergl. MEGA III, pp 39—94). Über das philologische Verhältnis der beiden Ausgaben sind bisher noch keine zureichenden Untersuchungen vorgelegt worden. Ich behalte mir vor, an anderer Stelle auf diese Frage zurückzukommen. Unsere Ausgabe wurde ins Französische übersetzt und in die sogenannte „Costes-Ausgabe“ von Marx *Oeuvres Complètes* als Bände VI, VII, VIII, IX eingegliedert, von der bisher mehr als 60 Bände vorliegen. Eine ausgezeichnete Übersicht über den Stand der gegenwärtigen französischen Marxforschung findet man in der „Initiation bibliographique à l'œuvre de Marx et Engels“ von Ch.-F. Hubart, die dem bedeutenden Werk von H.-C. Desroches, „Signification du Marxism“, Paris 1949, als Anhang beigelegt wurde. Hubert hat als erster unsere Ausgabe der Frühschriften mit der Moskauer Ausgabe sorgfältig verglichen — allerdings von rein formalen textkritischen Gesichtspunkten aus. Auf eine inhaltliche Analyse der Pariser Manuskripte ist er nicht eingegangen. Und doch wäre allein von einer solchen Analyse aus ein endgültiges Urteil über das Verhältnis beider Ausgaben zu gewinnen. (Die 1953 bei Kröner von S. Landshut allein her-

ausgegebene einbändige Ausgabe der Marxschen „Frühschriften“ stellt wissenschaftlich keinen Fortschritt dar. Sie ist übrigens um mehr als ein Drittel gekürzt! Landshut übernimmt, von gelegentlichen Korrekturen auf Grund des Moskauer Textes abgesehen, unseren alten Text, ohne sich die Mühe zu nehmen, das erste Manuskript genauer zu untersuchen.)

Auf zwei ausgezeichnete französische Marx-Auswahlbände muß noch hingewiesen werden: H. Lefebvre und N. Gutermann veröffentlichten bei Gallimard „Karl Marx Morceaux choisis“, Paris 1934, sowie Maximilian Rubel bei Rivière, Paris 1948: „Karl Marx Pages choisis“. Der letzte Band enthält wertvolle bibliographische Nachweise. — Marx' und Engels' „Deutsche Ideologie“, deren bis 1932 unveröffentlichte Teile gleichfalls in der von mir und Landshut publizierten Ausgabe mitgeteilt wurden, erschien 1933 als Band 5 der Moskauer Ausgabe. Diesem Band folgte im gleichen Jahre, ebenfalls in Moskau — Leningrad veröffentlicht, der 6. Band, welcher Marx' und Engels' Werke und Schriften von Mai bis März 1848 enthält. Band 7 enthält Marx' und Engels' Werke und Schriften von März bis Dezember 1848; er ist 1935 erschienen und, so weit ich feststellen konnte, der bisher letzte Band der deutschsprachigen MEGA. Die Moskauer Bände sind Musterbeispiele feiner textkritischer Arbeit.

Ins Englische ist nur der erste und dritte Teil der „Deutschen Ideologie“ übersetzt worden: „The German Ideology“ (Parts I. u. III), London 1938. Der englische Geist ist dem dialektischen Denken Marx' immer fremd geblieben. Soviel über Textausgaben.

Wir wenden uns nunmehr biographischen und interpretatorischen Studien zu. Auch hier ist unzweifelhaft Frankreich führend. Erwähnen wir zuerst das Buch von Auguste Cornu: „Karl Marx. L'Homme et L'Oeuvre. De l'hégéelianisme au matérialisme historique (1818 — 1845)“, Paris 1934, der gleiche Verfasser veröffentlichte 1948 eine weitere Studie: „Karl Marx et la Pensée moderne“. Beide Arbeiten stehen ausdrücklich im Marxschen Denkbezirk. Cornu behandelt Marx als seinen Helden, an dem keine Kritik zulässig ist; das gleiche gilt von den Schriften von Henri Lefebvre, von denen wir die folgenden erwähnen: „Le Materialisme dialectique“, Paris 1939; „Le Marxism“, Paris 1948; „Pour connaître la pensée de Marx“, Paris 1948. Eine wichtige biographische Studie mit neuem Material hat

Pierre Haubmann über „Marx et Proudhon“, Paris 1947, veröffentlicht. Sie behandelt insbesondere die für das Frühwerk von Marx so zentrale persönliche Beziehung zwischen den beiden Denkern. Bei dieser Gelegenheit ist auch darauf hinzuweisen, daß die bei Rivière erscheinende ausgezeichnete neue Gesamtausgabe des Werkes Proudhons Fortschritte gemacht hat. Es sind erschienen: „La Révolution sociale démontrée par le Coup d'Etat du Deux Décembre“ 1936, das berühmte „Zweite Mémoire über das Eigentum“ 1938, „Du Principe de l'art et de la Destination sociale“ 1939, „La Philosophie du Progrès“ im Jahre 1946; Daniel Halévy hat 1948 einen bedeutsamen Band über die Jugend Proudhons veröffentlicht, der zugleich Sainte-Beuve's glänzende Studie über den großen Antipoden von Marx wiederabdruckt. Franz Grégoire hat in scharfsinniger Weise einige der philosophischen Hauptquellen von Marx untersucht: „Aux sources de la Pensée de Marx“, Louvain 1947. Die kurze, aber ungemein präzise Schrift des Sorbonne-Philosophen Eric Weil: „Hegel et l'Etat“ (Vrin Paris 1950) stellt fast die gesamte Hegelliteratur in den Schatten. Sie sollte unbedingt ins Deutsche übersetzt werden.

Von den umfangreicherem, dem ökonomischen und sozial-theoretischen Gesamtwerk von Marx gewidmeten französischen Arbeiten erwähne ich vor allem: Henri Bartoli, „La Doctrine économique et sociale de Karl Marx“, Paris 1950. Bartoli stellt seine Exegese des Marxschen Werkes in den Gesamtzusammenhang der Weltdiskussion. Die ausführlichen Literaturangaben dieser eindringenden und gewissenhaften Arbeit sind vorzüglich geeignet, von der internationalem Wirkung der Marxschen wirtschaftlichen und sozialen Ideen eine Vorstellung zu geben. Das unlängst erschienene Werk von Pierre Bigo, „Marxisme et Humanisme“ (Presses Universitaires Paris 1953), ist ebenfalls der Marxschen Wirtschaftslehre gewidmet. Wie Bartoli, so steht auch Bigo in dem Bann des jungen Marx (Das Buch von Roger Garaudy, Presses Universitaires, Paris 1953) ist bemerkenswert, weil es sich scharfsinnig aber sklavisch an die alten vulgärmarxistischen Positionen hält).

Der Leser dieser Bemerkungen muß sich darüber klar sein, daß dieser Aufsatz keine Vollständigkeit anstrebt. Der Marxismus im Spiegel der französischen Philosophie ist soeben von Irving Fisher in einem Kapitel des Buches „Marxismus-Studien“ (Mohr, Tübingen 1954) anregend charakterisiert worden.

Bevor ich auf englische und amerikanische Marx-Literatur eingeho, möchte ich mit einem Wort der zweibändigen „Engels-Biographie“ von Gustav Mayer gedanken, die 1934 bei Martinus Nijhoff im

Haag erschien. Der erste Band dieses Werkes war 1919 in Berlin erschienen. Gustav Mayer mußte sein Lebenswerk in einem Verlag außerhalb der Reichsgrenzen erscheinen lassen. Die Marx-Forschung wird Gustav Mayers gründlicher Lehrsamkeit für immer zu Dank verpflichtet bleiben.

E. H. Carr veröffentlichte 1934 bei Dent, London: „Karl Marx, A Study in Fanatism“. Der Band ist in sorgfältigen Studien fundiert, aber er dringt nicht in die eigentlichen Tiefen des Marxschen Lebens oder seiner Lehre vor. Isaiah Berlins Buch „Karl Marx“, Oxford 1939, ist eine glänzende, unvoreingenommene, im biographischen Material sicher verankerte Studie. H. P. Adams Buch „Karl Marx in his Earlier Writings“, London 1940, hat das Verdienst, englischen Lesern einige der Grundideen des jungen Marx vorgelegt zu haben, aber Adams ist zuwenig an den philosophischen Voraussetzungen von Marx interessiert. Joan Robinsons knappe Studie „An Essay on Marxian Economics“ (Macmillan, London 1942) war bahnbrechend. Sie hat vor allem Marx' ökonomische Theorien mit der von Keynes konfrontiert. G. D. H. Coles Buch „What Marx really meant“, London 1934, ist eine gute, jedoch ziemlich populäre Einführung. Harold Laskis Schriften über Marx sind alle vor 1933 erschienen. Aber auch seine späteren Arbeiten zeigen die geistige Prägung durch Marx. So vor allem sein wichtigstes Buch: „The State in Theory and Practice“, London 1935; „The Rise of European Liberalism“, London 1937; „The American Democracy“, New York 1948. Vgl. auch Kingsley Martin „Harold Laski“, London 1952.

Sehr viel stärker als die positive Wirkung von Marx ist seine negative politische Wirkung in England. Der große englische Sozialhistoriker R. H. Tawney hat Marx als den „letzten Scholastiker“ bezeichnet. Die für die politische Praxis der letzten Labour-Regierung so wichtigen und aufschlußreichen Bücher von Douglas Jay: „The Socialist Case“, London 1937, und von E. Durbin: „The Policy of Democratic Socialism“, London 1940, sind bewußt gegen Marx gerichtet. Aber auch eine negative Einstellung bezeugt eine Wirkung. R. H. S. Crossman, der brillanteste, wenn auch nicht der ausgeglichenste unter den jüngeren Politikern der englischen Sozialdemokratie, gibt in seiner Einführung zu dem von ihm und Margaret Cole herausgegebenen vielbeachteten Buch „New Fabian Essays“, London 1951<sup>1)</sup>, eine eindringende Charakteristik der geistigen Haltung der sozialistischen Intellektuellen Englands während der letzten 60 Jahre, die hier ihren Platz

<sup>1)</sup> Eine deutsche Übersetzung dieses Buches erschien zweiben im Verlag der „Frankfurter Hefte“, Frankfurt 1954.

finden muß: „Fast alle Fabier der ersten Zeit — mit einer rühmlichen Ausnahme: George Bernard Shaw — wollten mit der sozialistischen Theorie, die sie für gefährliche teutonische Schwätzerei hielten, nichts zu tun haben. Sie nahmen an, daß jedermann den Unterschied zwischen Recht und Unrecht, zwischen Glück und Elend kenne, und daß es die Aufgabe der Gesellschaft der Fabier sei, dem britischen Gewerkschafter — und jedem Politiker, der es hören wollte — zu zeigen, wie man England zu einem Musterbeispiel sozial geplanter Glückseligkeit machen könne. Dieser Bentham'sche Weg zum Sozialismus, der den marxistischen Theorien des Kontinents widersprach, wies beträchtliche Vorteile auf. Er stand im Einklang mit der antiintellektuellen Tendenz der Arbeiterbewegung und spiegelte geträumtlich die Ablehnung jeglichen Dogmas — sei es theologischer oder politischer Art — aus Gewissensgründen, auf der unsere englische Auffassung von persönlicher Freiheit beruht, wider. Durch die Ablehnung des klassischen Marxismus versetzte er außerdem die Labour Party in den Jahren ihres Aufbaus in die Lage, alle, die guten Willens waren — den christlich-sozial Einstellten wie den Liberalen aus dem Mittelstand, der ein neues Mittel zur Durchführung sozialer Reformen suchte —, und nicht nur den klassenbewußten Arbeiter in ihre Reihen aufzunehmen. Der Umstand, daß die Partei diesen unphilosophischen Weg der Fabier einschlug, ermöglichte es ihr, eine Partei des ganzen Volkes zu werden und machte es ihr leichter als jeder anderen sozialistischen Partei Europas, die nationale Verantwortung der Regierung zu übernehmen.

Es ist jedoch zu beachten, daß die Webbs, die anfangs die unnachgiebigsten Verfechter der unphilosophischen Lehre Bentham's waren, schließlich zu Verkündern des Evangeliums sowjetischer Zivilisation wurden. War dies lediglich eine Sanitätserscheinung? Ich glaube, daß dies im Gegenteil in gewissem Maße auf einer plötzlichen Erkenntnis der Veränderung der Weltlage in den dreißiger Jahren beruhte. Eine pragmatische Sozialreform genügte, solange das Gleichgewicht der Mächte in der Welt und Englands Rolle in diesem Kräftekspiel als unumstößliche Wahrheiten hingenommen wurden. Als dieses Gefüge zusammenbrach, brauchte man immer nötiger eine Geschichtsphilosophie. Der Fehler der Webbs war nicht, daß sie diese Notwendigkeit in ihren alten Tagen anerkannten, sondern, daß sie, pragmatisch geschulte Sozialwissenschaftler, das Studium der Philosophie etwas zu primitiv betrieben und dabei die kommunistische Theorie und Praxis in ihrem Alter so unbedacht hinnahmen wie die Lehre Bentham's in ihren Jugendjahren.“ Die Webbs waren nicht die einzigen sozialistischen Intellektuellen, die in den dreißiger Jahren mit dem Pragmatismus bra-

chen. Auch R. H. Tawney, der eine viel gründlichere philosophische Schulung durchgemacht hatte, befaßte sich lange mit dem Marxismus, und es gelang ihm, die marxistische Methode der Geschichtsanalyse in seine eigene christliche Philosophie einzubeziehen. Harold Laski dagegen baute den Marxismus, ähnlich wie die Webbs, als Überbau auf seine Zweckmäßigkeitssprinzipien, doch gelang es ihm nie, beides in einem logischen System unterzubringen. John Strachey nahm die Hürde des Marxismus mit einem einzigen schwungvollen Anlauf und war der einzige Engländer, dem es gelang, Marx nicht zu übersetzen, sondern sein Werk in angelsächsische Begriffe umzudenken. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß Tawney, Laski, Strachey und die Webbs das Denken der jungen Sozialisten der dreißiger Jahre beherrschten und viels Berufspolitiker des Schattenkabinetts beeinflußten. Der Buchklub der Linken nahm damals den Platz der Fabier ein, den diese als Mittelpunkt der intellektuellen Avantgarde bisher innegehabt hatten. Aber dieser Sieg der marxistischen Theorie war nur von kurzer Dauer. Die Opposition der Kommunisten gegen den Krieg im Jahre 1939 zerspaltete und zerstörte schließlich den Buchklub der Linken, und der Labour-Wahlsieg des Jahres 1945 brachte eine Wiederkehr des altmodischen fabrischen Gedankengutes mit sich. Intellektuelle, die in den dreißiger Jahren mit Marx geliebäugelt und den Klassenkampf gepredigt hatten, wetteiferten nun miteinander, sich selbst als praktisch und vernünftig denkende Männer hinzustellen, die zum Theoretisieren keine Zeit hatten. Die Aufmerksamkeit, die das Labour-Kabinett den Schriften von Tawney und Laski schenkten, ermutigte kaum jemand, in ihre Fußstapfen zu treten. Seit dem Krieg ist in England erst ein Buch erschienen, das wenigstens den Namen einer Analyse der Prinzipien oder der Philosophie des demokratischen Sozialismus für sich beansprucht<sup>2)</sup>.

Das Buch Gordon Walkers, auf das Crossman hinweist, ist anregend und beachtenswert, obwohl der Verfasser sich zu sehr auf Quellen zweiter Hand stützt und in seinen Verallgemeinerungen etwas zu schnell ist. Das Buch gehört in die Gruppe der Arbeiten von Jay und Durbin, hat aber nicht deren Bedeutung.

In Amerika hat sich vor allem Sidney Hook um das Verständnis der Marxschen Lehre verdient gemacht. Seine Bücher: „Towards an Understanding of Karl Marx“, New York 1933, und vor allem: „From Hegel to Marx, Studies in the Intellectual Development of Karl Marx“, New York 1936, haben weitere Kreise gezogen. George H. Sabine widmet in seinem mehrfach aufgelegten Buch: „A History of Political

<sup>2)</sup> P. C. Gordon Walker, „Restatement of Liberty“, Verlag Hutchinson.

*Philosophy*", New York 1937, der Marx-schen Lehre ein ausführliches und anregendes Kapitel (Chapter XXXII, "Marx and Dialectic Materialism"). Paul M. Sweezys Buch: "The Theory of Capitalist Development", New York 1942, ist eine kritische Darstellung der Marx-schen Wirtschaftslehre vom doktrinär-marxistischen Standpunkt aus. Zu den bedeutendsten Beiträgen der gesamten Marx-Literatur muß das Werk von Joseph Schumpeter gerechnet werden, das den ersten Teil von "Capitalism, Socialism and Democracy", New York 1942, bildet. Eine deutschsprachige, leider gekürzte Übersetzung ist bei Francke, Bern, 1946 erschienen. Hier wird Marx als Prophet, als Soziologe, als Nationalökonom und als Lehrer dargestellt und in vorbildlicher Analyse interpretiert. Ich kann der Versuchung nicht widerstehen, die entscheidenden Schlüsse von Schumpeters Marx-Kritik zu zitieren: "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" p. 99–101): "Auf keinen Fall jedoch — ob wir nun die Beweisführung von Marx oder irgendeine andere annehmen — wird die sozialistische Ordnung automatisch in die Wirklichkeit umgesetzt werden; selbst wenn die kapitalistische Entwicklung alle Bedingungen dafür in der denkbarsten Marx-schen Weise schaffte, würde immer noch eine besondere Aktion nötig sein, um sie herbeizuführen. Dies ist natürlich in Übereinstimmung mit Marxens Lehre. Seine Revolution ist das besondere Gewand, in das es seiner Vorstellungskraft gefiel, diese Aktion zu hüllen. Die Bedeutung der Gewalt ist vielleicht bei jemanden verständlich, der in seinen Bildungsjahren die ganze Aufregung von 1848 erlebt hatte und der — obschon durchaus imstande, revolutionäre Ideologien zu verachten — doch nie imstande war, ihre Fesseln abzuschütteln. Zudem wäre der größere Teil seiner Zuhörerschaft kaum willens gewesen, auf eine Botschaft zu hören, der der heilige Drommeton fehlte. Obwohl er auch die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs — zumindest für England — sah, mag er schließlich ihre Wahrscheinlichkeit nicht gesehen haben. Zu seiner Zeit war sie nicht leicht zu sehen, und seine Lieblingsvorstellung von dem zwei Klassen in Schlachtordnung machte es noch schwieriger, sie zu sehen. Sein Freund Engels nahm sich wirklich die Mühe, die Taktik zu studieren. Doch obgleich die Revolution in das Gebiet des Nichtwesentlichen verwiesen werden kann, bleibt doch die Notwendigkeit für eine besondere Aktion bestehen.

Dies sollte auch das Problem lösen, das die Jünger gespalten hat: Revolution oder Evolution? Wenn ich die Meinung von Marx erfaßt habe, ist die Antwort nicht schwer zu geben. Die Evolution war für ihn die Mutter des Sozialismus. Er war viel zu sehr erfüllt von einem Gefühl der

inhärenzen Logik der sozialen Dinge, um zu glauben, daß die Revolution irgendeinen Teil des Werkes der Evolution ersetzen könnte. Die Revolution kommt dennoch. Aber sie kommt nur, um den Schlußsatz unter eine vollständige Reihe von Prämissen zu schreiben. Die Marxsche Revolution unterscheidet sich daher nach ihrer Natur und ihrer Aufgabe von den Revolutionen sowohl der bürgerlichen Radikalen als der sozialistischen Verschwörer. Sie ist ihrem Wesen nach Revolution in der Fülle der Zeit. Es ist richtig, daß Jünger, die eine Abneigung gegen diesen Schluß und naturnah gegen seine Anwendung auf den russischen Fall haben, auf viele Stellen der Heiligen Schrift hinweisen können, die ihm zu widersprechen scheinen. Doch in diesen Stellen widerspricht Marx selbst seinem tiefsten und reifsten Gedanken, der unmißverständlich aus der analytischen Struktur des "Kapitals" spricht und der — wie notwendig jeder Gedanke, der durch ein Gefühl für die inhärente Logik der Dinge inspiriert ist — unter dem phantastischen Glitzern zweifelhafter Edelsteine zu deutlich konservativen Folgerungen führt. Und schließlich, warum nicht? Kein ernsthaftes Argument unterstützt je bedingungslos irgendwelchen „ismus“. Sagt man, daß Marx von Phrasen entkleidet, eine Auslegung im konservativen Sinn zuläßt, so besagt dies nur, daß er ernst genommen werden kann."

Schumpeters scharf-ironischer Stil ist unüberbleibbar.

Auf zwei wichtige amerikanische Studien zur Wirkungsgeschichte von Marx soll noch anmerkungsweise hingewiesen werden: Richard Humphrey hat in seinem Buch "George Sorel", Harvard University Press 1951, eine präzise Darstellung des Sorelschen Sozialismus gegeben, der in vieler Hinsicht die Marxsche Lehre positiv überwunden hat. (Vgl. auch mein Buch "Political Thought in France". "From the Revolution to the Fourth Republic" Routledge & Kegan Paul, London 1949, wo sich auf pp. 115 ff. eine knappe Darstellung Sorels findet). — Peter Gays Buch: "The Dilemma of Democratic Socialism, Eduard Bernstein's Challenge to Marx", Columbia University Press, New York 1952, ist, soweit ich sehe, die erste Gesamtdarstellung des Bernsteinschen Revisionismus.

Von Gesamtdarstellungen der sozialen Bewegung enthält das von Harry W. Laidler zuerst in Amerika, dann 1948 in London in Routledges & Kegan Pauls Reihe: International Library of Sociology and Social Reconstruction) erschienene Werk: "So-

■ Die Bibliothek, die jetzt schon über hundert Bände umfaßt, wurde von Karl Mannheim begründet, der seinerseits von Karl Marx wesentliche Anregungen konstruktiv weitergebildet hat. Mannheim hat seit 1933 in England gelebt, und seine Werke haben einen tiefen Einfluß auf die angloamerikanische Soziologie ausgeübt.

cial-Economic Movements. An Historical and Comparative Survey of Socialism, Communism, Cooperation, Utopian and other Systems of Reconstruction". London 1948, eine ausführliche Darstellung von Marx' Leben und Wirken; auf zwei andere Gesamtdarstellungen der sozialen Traditionen in Europa sei in diesem Zusammenhang hingewiesen: Alexander Gray: „The Socialist Tradition", London 1946, ein Werk einführenden Charakters, und dann das bedeutende nachgelassene Buch des großen französischen Historikers Ely Halévy, „Histoire du socialisme européenne" (Gallimard, Paris 1948). Trotz des fragmentarischen Charakters dieses Buches — Halévy starb im Jahre 1937 — gibt es eine souverän konzipierte Gesamtdarstellung des Marxismus im Rahmen der europäischen Sozialgeschichte. Sie sollte in keiner guten sozialwissenschaftlichen Bibliothek fehlen. G. D. H. Cole hat 1953 den ersten Band einer umfangreichen Geschichte der europäischen sozialistischen Ideen vorgelegt („Socialist Thought: The Forerunners, 1789—1850", Macmillan, London. Der zweite Band erscheint scheinbar unter dem Titel „Marxism and Anarchism, 1850—1890". Vielleicht könnte man einwenden, daß Cole die sozialistischen Ideen zu sehr von anderen politischen Ideen isoliert, aber in sicherer Quellenbeherrschung und klarer nüchterner Darstellung ist Coles Werk eine wahre Summa des Sozialismus.

Bisher habe ich — natürlich nur Auswahlweise — über unmittelbare Beschäftigung mit Marx oder marxistischen Problemen berichtet. Seine Indirekte Wirkung ist viel umfangreicher und würde uns tief in die Geschichte der zeitgenössischen Soziologie hineinführen. Einige Hinweise mögen genügen. Die durch Max Scheler begründete Wissenssoziologie<sup>4)</sup> ist eine bewußte Vertiefung der Marxschen Ideologienlehre. Sie wurde von Mannheim weitergebildet — allerdings in sehr viel einseitigerer und weniger universaler Fassung als bei Scheler. Mannheims Buch: „Ideologie und Utopie", welches zuerst in Deutschland 1929 erschien, wurde 1936 in London mit dem Untertitel „An Introduction to the Sociology of Knowledge" in erheblich erweiterter Auflage veröffentlicht. Mannheims anderes Hauptwerk „Man and Society" erschien 1940, ebenfalls in London. Beide Bücher können als konstruktive Auseinandersetzung mit marxistischen Ideen betrachtet werden. Robert K. Mertons bedeutendes Buch „Social Theory and social Structure", Free Press of Glencoe, Illinois 1949, zeigt die Verbindung von Manheims

soziologischer Theorie mit der von Marx: (p. 248) „Left-wing Hegelianism and Marx in particular have above all left their impressions on Mannheim's work. His position has, in fact, been characterised as „bourgeois Marxism." In Marx and Engels, and in Georg Lukács stimulating „Geschichte und Klassenbewußtsein", we find some of Mannheim's basic conceptions: the far-reaching historicism which sees even the categorical apparatus as a function of the social and particularly the class structure; the dynamic conception of knowledge; the activist interpretation of the dialectic relations between theory and practice; the role of knowledge in shifting human action from the realm of „necessity" to that of „freedom"; the place of contradictions and conflicting social groups in initiating reflection; the emphasis on concrete sociology as distinct from the imputation of historically — determined qualities to the abstract individual." Auch auf Jacques Maquet's Untersuchung „Sociologie de la Connaissance", Sa structure et ses rapports avec la philosophie de la connaissance. Etudes critiques des systèmes de Karl Mannheim et de Pitirim Sorokin, Louvain 1949, wäre hier hinzuweisen. Der von Georges Gurvitch herausgegebene Sammelband „Twentieth Century Sociology", New York 1945, gibt einen vorzüglichen Überblick über die breite direkte und indirekte Wirkung marxistischer Ideen auf die zeitgenössische Soziologie. (Vgl. vor allem den Beitrag von Albert Salomon, dem ausgezeichneten ehemaligen Herausgeber der „Gesellschaft" über „Deutsche Soziologie" pp. 586—614.) — Einige meiner eigenen Arbeiten zeigen die fortwährende Kraft Marxschen Lehrguts. So meine Studie über: „Max Webers Politische Soziologie", London 1944; mein Buch über „Alexis de Tocqueville", London 1939, New York 1940, Paris 1948 und jetzt in deutscher Bearbeitung, Stuttgart 1954.

Zwei Beispiele beschreibender Soziologie mögen für viele andere stehen: J. K. Galbraiths schönes Buch über „American Capitalism, An Analysis of U.S. Economy", englische Ausgabe London 1952, und C. Wright Mills Studie „White Collar", New York 1951, zeigen den systematischen Charakter modernen soziologischen Denkens, das Marx positiv „aufgehoben" hat. Das Buch von Mills setzt die von Emil Lederer (vgl. dessen bahnbrechenden Aufsatz in der „Neuen Rundschau" August 1929): „Die Umstichtigung des Proletariats" begonnenen Arbeiten fort. Diese Entwicklung führte zu einer Marx völlig überwindenden und zu einer auf grundsätzlich neuem Boden stehenden sozialen Theorie, über die in einem anderen Beitrag berichtet werden soll.

<sup>4)</sup> Vgl. Max Scheler, „Versuche zu einer Soziologie des Wissens", München 1924, und derselbe Verfasser, „Die Wissensformen und die Gesellschaft", Leipzig 1926.

## PRESSESCHAU

# Frankfurter Allgemeine

Friedrich A. Wagner: „Jenseits von Masse und Kollektiv“ (15. 5. 1954)

Eine solide Portion Pessimismus und genügend handfesten Nihilismus zur Schau zu tragen, gehört heute zum guten Ton. Wir sollten uns jedoch hüten, das Leben-dige in der Welt mit Klischees zu konser-vieren. Dazu ist nicht zuletzt jene etwas einfache Formel von der Apokalypse unse-rer Tage zu rechnen. Wir haben ihre Sym-pome höchst scharfsinnig analysiert, und das Resultat erscheint als gängiges Voka-bularium in den Sonntagsreden aller Schat-tierungen: vom Aufstand der Massen bis zur Flucht in das Kollektiv, von der Hyper-trophie des Staates bis zum Phänomen der Vernichtung des Individuums, von der mechanisierten Gesellschaft bis zum „Ge-worfensein“ in Angst und Furcht vor der Zukunft, vom Nichts bis zum Triumph des Absurden — es fehlt nichts, um zu bewei-sen, daß wir mitten in einem Zustand eben jenes Nihilismus stecken.

Es wäre snobistisch, sein Vorhandensein schlankweg zu leugnen: ein Snobismus des bloßen Widerspruchs. Es ist freilich nicht ganz einzusehen, warum so manche Kas-sandrarufer unserer Tage die Eschatologie heftig bemühen, darüber mit Eifer und Fleiß tückige Features für den Rundfunk schrei-ben, sonst aber ein solides bürgerliches Dasein mit Dreizimmerwohnung und Warm-wasserheizung leben und ihre Existenz keineswegs anders einrichten als der Buch-halter von nebenan. Nichts ist so gefährlich wie die fertigen Theorien, mit denen wir unsere Vorstellungen ausstaffieren ...

... Wir haben uns daran gewöhnt, der Technik die Hauptschuld für alle Auflösungs- und Zerstörungsvorgänge zuzu-sprechen. Das Gefühl, ihrer Dämonie und der durch sie ausgelösten entfesselten Kräfte machtlos ausgeliefert zu sein, beherrscht nicht nur die Gedanken der Politiker, sondern immer mehr die jedes einzelnen. Unsere Väter waren noch der Mei-nung, daß die Technik, das Kind des Ratio-nalismus, mit ihrem Fortschreiten alles Zwielichtige aufheben würde. Nun beob-achten wir aber, daß der Mensch auch in der Technik einen Hang zum Fetschismus nicht verloren hat ...

... Wir haben uns daran gewöhnt, Phä-nomene des Massenalters und der zivilisatorischen Fließbandmotorik als „Amerikanismus“ zu bezeichnen, als Aus-strahlungen jenes Erdteils, der die Wolken-kratzer, die Traumfabrik, den Coca-Cola-

und Kühlschrankstandard und den Kau-gummi erfunden und in alle Welt, auch in unseren geheiligten und traditionsgesättig-ten Kontinent, geschickt hat. Man ist gerne bereit, die eigenen Fehler durch die schlechten Beispiele der anderen zu er-klären und zu entschuldigen. Doch selbst in seinem Ursprungsland scheint der „Amerikanismus“ eine etwas simple Ver-einfachung zu sein. . . .

. . . Der von Kollektiv, Organisation, Apparatum und technischer Perfektion bedrohte Mensch von heute bewegt sich also in sehr vielfältigen Lebensbereichen. Ihn zu erkennen, reicht das intellektuelle Schema nicht aus. Man muß dem kompli-zierten Bild des Menschen von heute und seiner Fähigkeit, immer wieder Katastro-phen zu überwinden, ohne Vereinfachungen und von vielerlei Seiten her nahezukom-men suchen.

## FRANKFURTER HEFTE

Karl W. Böttcher: „Der Bürger von gestern und der industrielle Stil“ (Mai 1954)

. . . Die industrielle Gesellschaft, die dabei ist, die bürgerliche Gesellschaft abzu-lösen, ist, wie immer man sich drehen will, eine Sache von Menschen. Sie hat also ihre Vorteile, und sie hat ihre Nachteile; sie ist hilfreich, und sie ist gefährlich. Das Hilfreiche und das Gefährliche stecken auch in der Tatsache, daß sie unsere materiellen Aussichten in einer Weise entwickelt, wie es die Geschichte der Menschen bisher nicht gekannt hat. Sie hat in ihren An-fängen mit der neuen Art, rational und gesellschaftlich zu produzieren, technische und organisatorische Möglichkeiten eröff-net, die weit über das hinausgehen, was die Utopisten sich in den zurückliegenden fünfzig Jahren haben ausdenken können. Wir haben die Chance, die Welt zu ver-bessern, und wir haben die Möglichkeit, sie zu zerstören. Wir wissen nicht, wie das Abenteuer ausgeht. Sicher aber ist, daß es keinen Weg gibt, das Abenteuer zu ver-meiden. Bestenfalls dürfen wir mit Weh-mut an die Vergangenheit denken, aber leben müssen wir in der Gegenwart mit den Einsichten, welche helfen, in ihrem Strom, nicht gegen ihren Strom zu fahren. Das gilt zunächst besonders hinsichtlich der Art, zu produzieren. Die Erzeugung unserer Güterwelt ist aber nicht nur eine materielle, sondern eine gesellschaftliche Angelegen-heit. Ihr Stil ist Widerschein einer gesell-schaftlichen Ordnung. Wer sich dem auf-steigenden Industriearbeiter gegenüber be-nachteiligt oder gar sich durch dessen Auf-stieg in seinem Rang und seiner gesell-schaftlichen Existenz bedroht fühlt, sollte deshalb die Ursache nicht zu rasch in einer ungleichmäßigen Verteilung politischer Macht und einer ungerechten Verteilung

wirtschaftlicher Lasten suchen. Vielleicht steckt hinter dem Aufstieg des Industriearbeiters doch mehr, nämlich eine bessere Anpassung an die Anforderungen und Verhältnisse unserer modernen Gesellschaft, für die Technik und industrielle Produktion nun einmal charakteristische Kennzeichen sind. Und vielleicht beruht wenigstens das eine oder andere von dem vielfältigen Elend, über das manche Bürger klagen, auf dem Nachhinken hinter einer Entwicklung, die zwar in der Welt der Industrie ihren Ausgangspunkt hat, aber für alle Bedeutung gewinnen kann.

## *Geist und Tat*

Viktor Groß: „Außenseiter des Zeitgeistes.“  
(April 1954)

Jeder Zeitgeist hat sich überlebt. Zweifellos werden auch die heutigen „Wahrheiten“ und Prominenzen einst höchst bezeichnend sein für eine Geschichtsepoke, wie etwa die Inquisition für das Mittelalter und die Aufklärung für das 18. Jahrhundert.

Wahrscheinlich wird man in hundert Jahren sogar recht respektlos auf manches deuten, was dem Geist unserer Zeit als Dernier cri oder als heilig gilt: auf unsere „Urängste“ oder auf die Verschwendug von „Tiefsinn“ bezüglich des technischen Zeitalters und wohl auch auf den Autor des Satzes: „Das seiende Sein nichtet das nichtende Nichts“, welcher Autor heute eine große Kanone des Zeitgeistes ist. . . .

. . . Nur deswegen muß man sich gelegentlich vom Zeitgeist distanzieren, weil er keineswegs nur eine platonische Angelegenheit ist, sondern eine reale Macht, die oft mit unlauteren Mitteln eine „Hinterkulissen-Diktatur“ ausübt zum Schaden bedeutsamer Werke, die sich dem Joch des Zeitgeistes nicht unterordnen. Ein winziges Beispiel: Hinterkulissen-Regie wußte zu verhindern, daß Zeitung und Rundfunk vom Tode des Verfassers der „Biene Maja“, Bonseis, Notiz nahmen. Warum wohl? Der Mann hatte gewagt, einen Roman zu schreiben, in dem der Uraniaß für die Rechristianisierung des Abendlandes nur human bewertet wurde und nicht im glaubensdogmatischen Sinn der Zeitgeist-Restoration. Wer in dieser Zeit die Vernunft rühmt, der kann der verdienstvollste Wissenschaftler sein — der Zeitgeist hat hunderter Mittel in der Hand, ihm jede Kompetenz abzusprechen, in Glaubensdingen mitzureden. In diesem wesentlichen Punkt herrscht Bundesgenossenschaft noch zwischen Mittelalter und Existentialismus. „Das Denken beginnt erst dann, wenn wir erfahren haben, daß die seit Jahrhunderten

verherrliche Vernunft die harnäckigste Widersacherin des Denkens ist“ . . . (Heidegger: Holzwege). . . .

## Rheinischer Merkur

Paul Wilhelm Wenger: „Politischer Stilbruch“, Rheinischer Merkur (Nr. 22/28. Mai 1954).

Der tiefe Einbruch, den der 6. September an den politischen Börse hervorgerufen hat, wirkt am stärksten in der inneren Diskussion der SPD über ihren künftigen Weg nach. Sie zeigt, daß die politische und wirtschaftliche Integration der Arbeiterschaft in Deutschland so weit vorangeschritten ist, daß ihre marxistisch-ideologische Grundlage, eine Kampfpartei des Proletariats zu sein, heute daran ist, ins Gegenteil umzuschlagen. Die Reformisten innerhalb der SPD haben, und das ist mit die konstruktivste Auswirkung der bisherigen CDU-Politik, klar erkannt, daß es darum geht, die materiell abgesunkenen Schichten des früheren Mittelstandes zu gewinnen und aus der Klassenpartei zur alle Schichten des Volkes umfassenden Union vorzustoßen. Infolge dieser Entwicklung erhält die CDU auf lange Sicht eine echte Konkurrenz, die man ihr selbst schon deshalb wünschen muß, damit sie nicht einschläft.

Denn in der Tat, die Gefahr des Quietismus, der allzu großen Selbstgenügsamkeit und Unentschlossenheit ist inzwischen sehr deutlich geworden. Außenpolitisch zeigt sich dies daran, daß die Führungsschicht der Union, die dem Kanzler auf dem Weg zur europäischen Föderation mehr oder weniger freudig gefolgt ist, es bisher nicht verstanden hat, ihren neuen Weg mit packenden Argumenten ins Volk zu tragen. Der halbe Mut, mit dem die CDU den neuen Weg geht, krankt an der mangelnden Einsicht, daß die deutsche Frage mit dem Konzept von 1866 und 1871 ebenso wenig zu lösen ist wie die europäische mit der Staatenkarte von Versailles, St. Germain und Trianon, sondern nur mit einer völlig neuen Konzeption auch unseres Verhältnisses zu Österreich, Polen und Böhmen — neu vor allem insoweit, als die gesamtdeutsche Konzeption sich bruchlos in eine gesamteuropäische einfügen muß, die von der Erkenntnis ausgeht, daß die Fusion der elementaren Kompetenzen der Verteidigung sowie gemeinsamer Außen- und koordinierter Wirtschaftspolitik einen um so stärkeren Eigenstand der Völker und ihrer politischen Landschaften im eigentlich geistigen Bereich der Kultur, des Rechts und der traditionellen Selbstverwaltung erfordert. Wie wenig dieses Grundprinzip der neuen Politik auch in der CDU selbst begriffen ist, zeigt die Auslöschung Badens mit seinen mehr als zwei Millionen Einwohnern im selben Jahr,

wo das 300 000 Einwohner zählende Luxemburg in der Montanunion und in der EVG zur europäischen Signatur- und Stiftungsmacht geworden ist. Diese Auslöschung Badens beweist, wie tief der sterile zentralistische Machtwahn einer vergangenen Epoche noch im politischen Gefühlsleben eingewurzelt ist.

Zieht man die innenpolitische Bilanz, so zeigt sich ein nochbastürzenderes Bild des politischen Stilbruchs. Das Unvermögen, aus den bis zum Überdrub proklamierten Prinzipien der Personalität, der Subsidiarität und der Solidarität die notwendigen Reformen abzuleiten, ist offenkundig. Die Parole „Der Alte wird's schon schaffen!“ beruhigt allzu viele schlafende Gewissen. „Lebendige Demokratie“ wird mit Steuermitteln künstlich propagiert, anstatt im Kampf gegen einen verstaubten Etatismus praktiziert. Alle Reformvorschläge werden mit dem Hinweis auf die Schwerfälligkeit der Bundesmaschinerie abgetan und dies auch dann, wenn sie deutlich genug an die Adresse der Länder und der Gemeinden gerichtet werden. Die große Chance, beim Aufbau des Südweststaats eine neue staatspolitische Linie zu entwickeln, wurde schnöde verspielt. Die Anregung für eine organische Länderverfassung — Volkswahl des Staatspräsidenten, Integration der übergreifenden Lebensgemeinschaften durch einen Senat usw. — waren gerade dazu recht, die Oppositionszeit zu verzieren. Als die CDU dann in die Regierung einstieg, wurde alles preisgegeben, die Union erwies sich als „Partei“ wie alle anderen, und die Funktionäre waren gegen einige Ministerposten zur Taschenpfändung der Prinzipien bereit. Echte Etatkontrolle findet nirgends statt, echte gesetzgeberische Initiative noch viel weniger. Im selben Maß, wie der echte Parlamentarismus in den Landtagen verhandet, dringt er dort vor, wo er nichts zu suchen hat und wo er das politische Interesse der Bürger abstumpft — nämlich in den Gemeinden. Jede Anregung, etwa durch einen individuellen Wahltag der Gemeinden, durch unmittelbare Bürgermeisterwahl und leserliche Inpflichtnahme der jungen Staatsbürger zu einem lebendigen politischen Blutkreislauf zu kommen, verhallt ungehört oder wird gar als parteischädlich verdächtigt. Dasselbe gilt für die Bundesebene: Fünf Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik erörtert man jetzt schließlich, ob man nicht die Embleme der mittel- und ostdeutschen Länder im Plenarsaal anbringen soll, anstatt die Sprecher der Landsmannschaften wenigstens beratend in den Bundesrat aufzunehmen und dadurch den gesamtdeutschen Führungsanspruch der Bundesrepublik lebendig zu repräsentieren.

Sucht man nach den Wurzeln dieses phantasielosen Quälkismus, so stößt man auf zwei große Fehlleistungen. Die erste liegt darin, sich als „Partei“ zu verstehen anstatt

als dynamische Union, deren gestaltende Spitze nur ein vorausplantender geistiger Generalstab, nicht aber ein mehr oder weniger zufälliges Delegiertenkorps sein kann. Die zweite Fehlleistung liegt in einer straflichen Personalpolitik, besonders bezüglich der Auswahl der Abgeordneten und der Minister. Man tritt den Tauglichen unter ihnen in keiner Weise zu nahe, wenn man feststellt, daß das Gros seine Berufung dem Zufall oder gar negativen Auswahlprinzipien verdankt mit dem Ergebnis, daß das geistige und politische Kapital der Union auf den Abgeordneten- und Ministerbänken weithin unter dem Durchschnitt repräsentiert wird. Der Grundsatz, daß eine Partei vor allem dazu da ist, gute politische Führer zu erzeugen, blieb ebenso in den Kabinen geschrieben wie die Maxime, daß der gutgläubige Wähler Anspruch auf die Intelligenz und gesamtpolitische Tatkraft seines Abgeordneten hat. Hier aber liegt der archimedische Punkt einer Partei, die sich den Prinzipien der Personalität verschworen hat. Sie macht sich vor der Geschichte und vor ihrem Volke schuldig, wenn sie diese Prinzipien in der Praxis verrät, indem sie sich den Lastern der Massendemokratie in den Methoden konformiert, anstatt ihnen herhaft entgegenzuwirken.

Hier liegt der große Stilbruch der Union. Sie wird letzten Endes ihren geschichtlichen Auftrag, nämlich die supranationale Verflechtung der europäischen Nationen und die innenpolitische Überwindung eines verstaubten bürokratischen Etatismus, verfehlten, wenn sie es wie bisher weitgehend bei der Deklamation der Prinzipien beenden läßt.

## MERKUR

Ernst Topitsch: „Gesetz und Handlung“ — Zur Kritik der marxistischen Geschichtsphilosophie (April 1954)

Max Weber hat in seiner Rede „Politik als Beruf“ das Wort geprägt, die materialistische Geschichtsdeutung sei kein beliebig zu bestiegender Fiktor und mache auch vor den Trägern der Revolution nicht halt. In diesem Sinn hat man oft und nicht zu Unrecht den Marxismus als Methode gegen den Marxismus als Weltanschauung eingesetzt; auch die sozialistische Lehre sei nichts anderes als eine gesellschaftlich bedingte Ideologie, die aus bestimmten, zeitlich begrenzten Zuständen der europäischen Wirtschaftsentwicklung hervorgegangen sei und mit deren Wandel dem Untergang oder wenigstens einer tiefgreifenden Umgestaltung anheimfallen müsse. Doch diese Form der Rückanwendung der Ideologiekritik ist — so richtige Einsichten sie auch zeitigen mag — nicht das letzte Wort, welches das marxistische

Denken zur eigenen Problematik und darüber hinaus zur Klärung der Struktur menschlicher Weltanschauungen überhaupt zu sagen hat.

Marx sowohl wie Engels haben entscheidende Gesichtspunkte zur Kritik ihrer selbst beigelegt, die weit über die landläufige Psychologie und Soziologie der Klasseninteressen und Klassenvorurteile hinaus zentrale Fragen des Aufbaues philosophischer Systeme, darunter auch ihres eigenen, freilegen. . . .

Nach den großen Auseinandersetzungen im ersten Viertel unseres Jahrhunderts ist es in der sozialistischen Theorie immer stiller geworden, und es ist sicher kein Zufall, daß sich unter den zahllosen geschichtsphilosophischen Neuerscheinungen seit dem zweiten Weltkrieg kein einziges repräsentatives Werk marxistischen Gepräges befindet. . . .

Mit der materiellen Not und der politischen Entrechtung sind auch die Voraussetzungen für eine diesselige Erlösungslehre und messianische Unterdrücktionsideologie geschwunden, während mit der teilweisen Verwirklichung des Wohlfahrtsstaates auch dessen Grenzen und Gefahren sichtbar geworden sind. Die tiefste Skepsis gegen die Auffassung der Geschichte als „Selbstverwirklichung der wahren Gerechtigkeit“ erwächst aber aus den Erfahrungen einer Zeit, deren eigentliche Pilatusfrage lautet: „Was ist Gerechtigkeit?“

## Der Monat

Alexander Mitscherlich: „Gibt es politische Neurosen?“ Eine Diskussion um Arthur Koestlers Aufsatz (Februar 1954)

Es ist immer langweilig, einem Menschen, besonders einem gescheiten Menschen, nachzuweisen, daß er irrt. Das Gespräch bekommt dadurch etwas demonstrativ Akademisches, inbrünstig Törichtes. Daß man sich so sehr aufs hohe trojanische Pferd der Beweise setzt und gar nicht mehr den Mut hat, auf dem lebendigen Roß einer persönlichen leidenschaftlichen Verrücktheit mitzugaloppieren, ist doch nur ein Zeichen der großen Angst und des zwergenhaften Selbstbewußtseins, das sich auf keinerlei Abenteuer einlassen kann, ohne sofort seekrank zu werden. . . .

Man denkt sich manchmal transhistorische Episoden aus, um sich das anschaulich zu machen. Zum Beispiel möchte ich wissen, wie Marx zu seiner gesellschaftlichen Eschatologie stehen würde, wenn er das Buch von Bednarik: „Der junge Arbeiter von heute — ein neuer Typ“ lesen könnte. Subtilstes wird gedacht, Kontinente werden elektrifiziert — um den Wunschtraum Lenins

zu zitieren —, und dann werden Menschen geboren, von denen man vorerst nichts aussagen kann, als daß sie „anders“ sind. Das gemachte Bett bleibt kalt. Die Tragödie des Bäckers mit dem gutgehenden Geschäft, dessen Sohn unbedingt Versuchspilot oder Schlagzeuger werden will, werden muß, wiederholt sich en masse, und neue Zeiten brechen alsbald an . . .

Die Wissenschaften, die das Unheil, wenn nicht mitangerichtet, so doch seit längerem mitangesessen haben, wie die Theologie, die Philosophie, die Geschichtsschreibung, sollte man davon abhalten, mit fliegenden Fahnen zum Feind, sprich zur Psychoanalyse, überzugehen. Man sollte sich selbst etwas einfallen lassen. Die Psychoanalyse, soviel sie sich um die Wirklichkeit des Sozialen kümmern muß, bleibt ein Ort der Selbstkontrolle des einzelnen. Sie kann zur Anpassung verhelfen müssen — ebensofort zum entschlossenen Widerstand gegen eine Öde und den einzelnen verachtende Gesellschaft (und an dieser Seite ihrer Unbestechlichkeit droht sie zu korrumpern) —, aber sie ist als solche keine Wissenschaft, die das Phänomen der Gesellschaft, des sozialen Daseins der Menschen, voll bewältigen kann . . .

Auch wenn alle Politiker trefflich analysiert wären, wäre der Welt vielleicht nicht viel geholfen. Denn diese Männer würden sich dann wahrscheinlich nur an dem nicht mehr beteiligen, was man heute (und vielleicht immer) „Politik“ nennt. Andere setzen das Spiel fort. Psychoanalyse könnte das zeitgemäße Instrument der großen Vernunft sein. Die Dialektik mit der großen und grausamen Unvernunft wird sie nicht aufheben. Die Phantome der Unvernunft, die Koestler beschwört, bleiben im Kampf mit den Phantomen der Vernunft. Genau das ist die Stelle, an der man den Autor und alle, die auf illusionäre Rettung hoffen, zur Einsicht zwingen . . . welche Selbstläschung!

### KRITIK

#### Die Nation stand abseits

Erich Matthias, „Sozialdemokratie und Nation“. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933-1938, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1952 (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München).

Als am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde und die nationalsozialistische Diktatur ihren Anfang in Deutschland nahm, war das zwar eine schwere Niederlage für den demokratischen

Sozialismus wie für alle anderen Anhänger der Freiheit, aber die Zeit der Illegalität und der Emigration hat trotzdem für die geistige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie eine Bedeutung gewonnen, die nur übertroffen wird von dem Exil Karl Marx' nach 1843 und 1849. Damals führte der Kontakt mit dem französischen Sozialismus und der englischen Arbeiterbewegung zur Entwicklung des Marx-Engelschen „wissenschaftlichen Sozialismus“. Die Emigration der deutschen Sozialdemokratie nach 1933 hat im Kontakt mit dem skandinavischen und vor allem dem englischen Sozialismus die Überwindung mancher seit der Jahrhundertwende bestehender, aber zum guten Teil längst sinnlos gewordener theoretischer Gegensätze gebracht und eine Hinwendung zur Praxis nicht nur der Tagespolitik — daran hatte es der SPD seit 1918 nie gefehlt —, sondern in Richtung auf Maßnahmen zur Verwirklichung des Sozialismus.

Nach 1933 standen sich zunächst in wechselndem Verhältnis innerhalb der SPD die eigentlichen Anhänger des Parteivorstandes (Sopade), die „Sozialdemokratische Gruppe Neubeginnen“ und die „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“, außerhalb der SPD der „Internationale Sozialistische Kampfbund“ (ISK) und die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) gegenüber. Da der Sitz des Parteivorstandes sich bis 1938 in Prag befand, war neben dem Einfluß der österreichischen Sozialdemokratie (Revolutionäre Sozialisten Österreichs) derjenige der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei nicht ohne Bedeutung. Auch das Verhältnis zum Kommunismus und zur Sowjetunion wurde in immer neuer Weise zur Diskussion gestellt und schließlich so gelöst, wie es die SPD 1946 in ihrem Kampf gegen die SED entschieden hat.

Nachdem schon die Sudetenkrise zur Übersiedlung des Parteivorstandes nach Paris geführt hatte, bewirkten die Kriegsereignisse schließlich eine Konzentration starker Teile der Emigration in London, wo seit März 1941 die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ die Anhänger der Sopade mit den Gruppen ISK, „Neubeginnen“ und SAP in einer festen Arbeitsgemeinschaft vereinte. Das Bündnis dieser während des Krieges von Hans Vogel, dann von Erich Ollenhauer geführten „Union“, neben der die schwedische, aber auch die nordamerikanische Emigration an Bedeutung weit zurücksteht, mit der unter Leitung Kurt Schumachers nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wieder aufgebauten innerdeutschen Parteiorganisation hat den Charakter der neuen SPD nach 1945 entscheidend bestimmt.

Erich Matthias behandelt in seinem ausgezeichneten Buche „Sozialdemokratie und Nation“ die ersten fünf Jahre der Emi-

gration bis 1938. Der Grund für die Wahl gerade dieses Abschnittes, der für die geistige und organisatorische Entwicklung kaum Bedeutung hat, liegt einfach in der Quellenlage, da der Verfasser im wesentlichen die Veröffentlichungen des Graphia-Verlages in Karlsbad zugrunde legen mußte.

Nach einer einleitenden Skizzierung der Gesamtentwicklung des deutschen demokratischen Sozialismus behandelt Matthias zunächst die aus der historischen Entwicklung bis zu Hitlers Machtantritt von den emigrierten Sozialisten gezogenen Schlüsse, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß der deutschen Geschichte die demokratische Revolution fehlt, so daß Deutschland im demokratischen Sinne noch gar keine Nation darstellt, insofern Nation das ist, was Nation sein will. „Im Prinzip ist die deutsche Nation für die Sozialdemokratie weniger eine Realität als ein politisches Ziel, das noch auf seine Erfüllung harrt.“ (S. 84.)

Der zweite Teil bringt dann die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, zeigt, wie erst allmählich sich ein Bewußtsein des Beharrungsvermögens, der soziologischen Grundlagen und der großen außenpolitischen Chancen der Hitlerdiktatur herausbildete und wie die Emigranten eine ihrer wesentlichsten Aufgaben darin erblickten, die Außenwelt über den wahren Charakter und die Ziele des nationalsozialistischen Deutschlands aufzuklären. Von besonderer Bedeutung ist hier die Auseinandersetzung über das Verhältnis Hitler-Deutschlands zu dem „anderen Deutschland“ der Freiheit, die nach dem Beginn des zweiten Weltkrieges eine so große Bedeutung erlangte und den entscheidenden Beitrag der sozialistischen Emigration zur Beeinflussung und Erleichterung der deutschen Nachkriegsverhältnisse schon während der Kriegszeit bildet.

Der dritte Teil behandelt die Auffassung der Emigrations-SPD von ihrer künftigen Aufgabe, der Schaffung eines neuen Deutschlands in einem neuen Europa. Matthias zeichnet drei sich in der Wirklichkeit mannigfach verwebende und durchdringende Grundrichtungen des Strebens nach einer Neuorientierung: die „liberaldemokratische“ Richtung, als deren Vertreter vor allem Georg Decker (in Wirklichkeit Pseudonym für Georg Denicke, der als menschewistischer Emigrant Russland verlassen hatte) und Curt Geyer, der spätere Anhänger Vansittarts, erscheinen, die „volkssozialistische“ oder „sozialkonservative“ Richtung, für die er neben Otto Strasser besonders Wenzel Jaksch und den so außerordentlich entwicklungsfähigen Emil Franzel anführt, und die „radikal-demokratische“ oder „sozialrevolutionäre“ Richtung des „Arbeitersozialismus“, für die Paul Sering (Richard Löwenthal) und die

„Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ zitiert werden.

Als Ansätze zu einer gemeinsamen sozialdemokratischen Auffassung bezeichnet Matthias schließlich folgende Punkte:

1. Nicht nur wie in der Weimarer Republik Beschränkung auf die Vertretung der Arbeiterinteressen innerhalb der bestehenden Sozialordnung.
2. Verwirklichung der sozialen Demokratie als einer nationalen deutschen Aufgabe durch zielbewusste Machtpolitik.
3. Raum für jeden in der SPD, der das sozialistische Ziel einer radikalen Strukturveränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse akzeptiert.
4. Einbeziehung der gefühlsmäßigen nationalen Bindungen.
5. Schaffung einer Arbeiterbewegung, die einer Volksbewegung Ziel und Rückgrat gibt.
6. Herstellung eines neuen Verhältnisses von individueller Freiheit und sozialer Bindung in einer neuen demokratischen Lebensform.
7. Vereinigung nationaler und internationaler Gesinnung und stärkere Verbindung der menschlichen Ideale des Sozialismus mit konkreten europäischen Zielen.

Matthias charakterisiert die Gesamtentwicklung sozialistischen Selbstbewußtseins in dieser Zeit zweifellos mit Recht als „Regeneration des politischen Humanismus westeuropäischer Prägung, Ringen um ein neues Verhältnis zum Menschen und Bestreben, von einem eingeschränkten ökonomischen und einem unverbindlichen pathetischen Humanismus zu einem — von Opportunismus und Dogmatismus gleich weit entfernten — praktischen Humanismus fortzuschreiten.“ (S. 250.)

In einem Anhang faßt Matthias dann noch im Anschluß an die „Sozialistischen Mitteilungen“, die Willy Sander seit Januar 1940 in London herausgab, die Zeit von 1938 bis 1945 zusammen und breitet schließlich in über siebenhundert Anmerkungen und einem ausführlichen Literaturverzeichnis die Fülle des durchgearbeiteten oder ihm bekanntgewordenen Materials vor dem Leser aus.

Wenn die SPD seit 1945 zumindest nicht in vollem Umfange gehalten hat, was sich schon 1938 als Beginn einer vielversprechenden neuen geistigen Grundlegung andeutete, so aus den verschiedensten Gründen. Der Sieg der Labour Party von 1945 und das vorübergehende Zurücktreten der durch ihre Beteiligung am Hitler-System kompromittierten Schichten ließen vielen die Widerstände gegen die Verwirklichung des Sozialismus als minimal erscheinen. Vor allem seit 1947 hat dann das erbitterte Ringen zwischen der von den

mindestens nichtsozialistischen Vereinigten Staaten geführten westlichen Welt und dem von der antisozialistischen Sowjetunion kommandierten Ostblock eine unüberstehliche Restaurationswelle zugleich mit einem rüstungsbedingten Altweibersommer des Kapitalismus herbeigeführt. In der gleichen Zeit hat die Überbeanspruchung aller aktiven Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie und zumal ihrer leitenden Schichten es unmöglich gemacht, die einheitliche Konzeption des Sozialismus, wie sie 1945 bestand, der breiten Mitgliedschaft in ausreichendem Maße bewußt zu machen. Aus den gleichen Gründen gelang es nicht, diese Konzeption im Einklang mit der Gesamtentwicklung weiterzuführen und auszubauen. Charakteristisch für diese Entwicklung ist es im übrigen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach ihrer furchtbaren Niederlage durch den Machtantritt Hitlers noch kein Jahr gebraucht hat, bis sie eine neue theoretische Zeitschrift erscheinen lassen konnte, aber nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur neun vollen Jahre verstreichen ließ, bis ihr das gleiche gelang.

Die theoretische Zeitschrift der Emigrationssozialdemokratie, die „Zeitschrift für Sozialismus“, die von Oktober 1933 bis September 1936 erschien, ist selbstverständlich auch eine der Hauptquellen für Matthias. Es ist nur natürlich, daß ein Werk wie „Sozialdemokratie und Nation“, das ja sehr viel mehr bringt, als sein Titel verspricht, hier und da noch ergänzt werden könnte. Die Schriften der Emigration sind noch heute über die ganze Erde verstreut, wenn inzwischen auch sehr vieles im Parteiarchiv in Bonn gesammelt ist und im „Institut für Sozialgeschichte“ in Amsterdam der Bearbeitung harri. Zumal dem, der die Ereignisse nicht selbst miterlebt hat, bringt fast jede zusätzliche Quelle oder Information neue Erkenntnisse, wobei nicht außer acht bleiben darf, daß schwerlich einer von denen, die dabei waren, ein unvoreingenommenes Bild der Emigrationszeit zu geben vermöchte.

Neben der bereits erwähnten Beschränkung auf die Jahre von 1933 bis 1938 liegt die größte Schwäche von Matthias‘ Arbeit darin, daß die Personen und Gruppierungen, die mit ihrer persönlichen und organisatorischen Tradition und Bindung hinter den referierten Meinungen und Äußerungen stehen, zu wenig hervortreten. Daß der ISK, der auf S. 20 mit einem einzigen Satz bedacht wird, und die SAP, die an der gleichen Stelle als linke, von der SPD abgespaltenen Oppositionsgruppe etwas unzulänglich charakterisiert ist, nicht in den Rahmen der Untersuchung einbezogen sind, wird freilich dadurch entschuldigt, daß sie noch 1938 völlig außerhalb des Rahmens der SPD standen, obwohl andererseits ohne sie die SPD von heute kaum verständlich

ist. Aber etwas einseitig orientiert erscheint auch das, was über die „Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik“ und ihr Verhältnis zur deutschen Emigration gesagt wird. Auch die Bedeutung Otto Bauers und der „Revolutionären Sozialisten Österreichs“, über die man ja seither aus dem wenig erfreulichen Buche Buttngers viele „Intimitäten“ erfahren hat, für die Entwicklung der Emigration ist kaum ganz zureichend behandelt. Daß auf einen tiefen Einblick in die innerparteilichen Kämpfe und Diskussionen bewußt verzichtet wird, ist begreiflich. Trotzdem ist etwa die Entwicklung und Abspaltung der „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ ohne einen derartigen Einblick nicht verständlich. Nicht anders steht es mit der Gruppe „Neubeginnen“ und ihrem wechselnden Verhältnis zum Parteivorstand.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß „Sozialdemokratie und Nation“ eine ausgezeichnete, umfassende und in allem Wesentlichen sicherlich abschließende Darstellung der sozialdemokratischen Emigration von 1933 bis 1938 bietet, „einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der tatsächlichen und potentiellen politischen Willensbildung in Deutschland“.

Dr. R. Freyh, Frankfurt.

### Neues Marx-Verständnis

Ralf Dahrendorf, „Marx in Perspektive“. Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx, Verlagsbuchhandlung J. H. W. Dietz, Nachfolger Schmidt-Küster GmbH, Hannover 1953.

Heinrich Popitz, „Der entfremdete Mensch“. Zeitkritik und Geschichtsphilosophie des jungen Marx (Philosophische Forschungen, neue Folge, herausgegeben von Karl Jaspers, Band 2). Verlag für Recht und Gesellschaft AG, Basel 1953.

„Marxismusstudien“. Beiträge von H. Böllnow, F. Delekat, J. Fettscher, L. Landgrebe, R. Nürnberger, H. H. Schrey, E. Thier, H. D. Wendland, mit einem Vorwort von Erwin Metzke (Schriften der Studiengemeinschaft der ev. Akademien 3). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1954.

Die Auseinandersetzung mit Karl Marx, seinem Werk und dem Marxismus leidet seit geraumer Zeit an dem Übel, daß bei der unendlichen Fülle dessen, was darüber gesagt worden ist und noch gesagt wird, kaum einer sich noch die Mühe macht oder sogar machen kann, sich bei Marx selbst über Marx zu unterrichten. Es gilt ja ohnehin manchmal als Gipfel der Unwissenschaftlichkeit, nicht über die allerletzte Behandlung des jeweiligen Gegenstandes informiert zu sein, so daß oft genug der Gegenstand selbst aus dem Gesichtskreis verloren geht. Drängt sich doch nicht nur bei zahlreichen Stellungnahmen zu Marx,

sondern auch bei manchen Darstellungen der Verdacht auf, der Verfasser sei über seinen Gegenstand bestenfalls aus zweiter Hand informiert gewesen.

Um so erfreulicher ist es unter diesen Umständen, wenn im Gegensatz zu all dem unzulänglichen Kampfgeschrei für und wider den „Marxismus“ in den Untersuchungen von Ralf Dahrendorf, Heinrich Popitz und den von den Evangelischen Akademien herausgebrachten Marxismusstudien in ausgezeichneter und gediegener Weise Marx selbst behandelt wird.

Ihnen allen geht es dabei zunächst um ein neues Marxverständnis. Das kann nicht anders sein in einer Zeit, in der wir alle bewußt oder unbewußt mit der Schwierigkeit kämpfen, durch die wachsende Bedeutungslosigkeit der üblicherweise gebrauchten Worte hindurch noch das zu erfassen, was wirklich gemeint ist. Spricht man doch heute etwa von einer „echten Wahrheit“ ganz so, als ob es einen Sinn hätte, von einer „unechten“ Wahrheit zu reden!

Aber nicht nur das Bemühen um ein dem Gegenstand angemessenes Verständnis zeichnet die drei Publikationen aus, sie sind vielmehr außerdem im großen und ganzen orientiert am jungen Marx, wie er seit den zwanziger Jahren neu entdeckt worden ist. Schon seit einigen Jahrzehnten versucht ja eine neue Richtung geistesgeschichtlicher Forschung sich den Zugang zum Verständnis historischer Persönlichkeiten und Bewegungen von ihrer Frühzeit her zu erschließen, schon deswegen, weil dort oft genug der tragende Gedanke noch deutlicher und unmittelbarer zu verspielen ist. So ist Hegel aus seinem theologischen Jugendschriften, die Hermann Nohl 1907 herausgab, neu verständlich geworden, so Martin Luther aus seiner Frühzeit, wie Otto Scheel (1916) und später Heinrich Bömer (1925) sie dargestellt haben, so Bismarck durch Erich Marcks' Werk über seine Jugend (1909). In ähnlicher Weise hat sich auch die Marxismusforschung seit dem ersten Bande der Engelsbiographie von Gustav Mayer (1920) in stiegendem Maße der Frühzeit von Marx und Engels zugewandt. Diese Tendenz wurde gerade hier noch gefördert, als 1932 Marx' sogenannte „Pariser ökonomisch-philosophische Manuskripte“ aus den Jahren 1844 und 1845 bekannt wurden. Es kann freilich hier nicht übersehen werden, daß ein allzusehr nur aus ihrem Werden gewonnenes Verständnis historischer Phänomene leicht die Gefahr in sich schließt, das Reife und Späte nur als Ausführung, Konkretisierung oder bestenfalls Erfüllung zu begreifen. So hat etwa der nüchterne Erich Brandenburg von Marcks' Buch über Bismarcks Jugend vorsichtig gesagt, daß das Gewaltsame und Listige seines politischen Wirkens vor den weicheren Zügen seiner jungen Jahre nicht ganz zurücktreten dürfe.

Auch die Marxismusforschung unterliegt heute der Gefahr, über der Frühzeit die reife Leistung zu vergessen, so daß die Kenntnis des nationalökonomischen Inhaltes etwa des „Kapitals“ immer mehr zur Ausnahmeerscheinung wird und die Beobachtung des historischen Materialismus ziemlich einseitig an den Frühschriften orientiert ist, als ob es dafür aus dem „Kapital“, dem „Achtzehnten Brumaire“, dem „Bürgerkrieg in Frankreich“ oder Marx' Korrespondenz mit Bekannten und einer Reihe von Zeitungen nur dann etwas zu lernen gäbe, wenn sich einmal eine zusammenfassende Bemerkung findet. Verstärkt wird diese Tendenz noch durch eine gewisse Marx-Orthodoxie, der für Marxens Verständnis die Betrachtung des Engelschen Werkes beinahe schon als gefährlich erscheint, als ob es von vornherein schon feststünde, daß Marx' bester Freund ihn nur falsch verstanden haben könne.

Ganz auf den jungen Marx konzentriert ist die Untersuchung von Heinrich Popitz, die den „entfremdeten Menschen“ als philosophische Grundlage des dialektischen Materialismus zeigt, wie schon Georg Lukács vor allem aus der Analyse der Marxschen Wertlehre die „Verdinglichung“ als zentrales Phänomen der kapitalistischen Gesellschaft gesehen hatte. Popitz' gediegene und ausführliche Arbeit bringt nicht nur eine Bestätigung, sondern auch eine kritische Weiterführung dessen, was Lukács bei Marx erkannt hatte.

Ralf Dahrendorf unternimmt in umfassender Weise den Versuch, das Marxsche Denken von der Idee der Gerechtigkeit her zu interpretieren und zu verstehen. Er befindet sich dabei in der paradoxen Ausgangsposition, daß Marx den Gedanken der Gerechtigkeit nicht nur nicht zu kennen scheint, obwohl zum Beispiel André Gide und Karl Jaspers die Gerechtigkeit für das zentrale Prinzip seines Denkens halten, sondern daß er den Gedanken der Gerechtigkeit sogar dort, wo er das Wort verwendet, verspottet. Daß Marx auch sein Ideal der kommunistischen Gesellschaft nicht als „gerecht“ bezeichnet, wird schließlich ebenso wie das ganze Paradox daraus erklärt, „daß das Gerechte für Marx nicht ein moralisches Postulat, nicht ein ethischer Wert, sondern eine ontologische Bestimmung ist“. Wenn im Anschluß daran gesagt wird, daß eine Interpretation des Werkes von Marx denkbar sei, die seine historische Gesamtkonzeption als Ontologie begreife, wobei man sich allerdings über Marx' bewußte Prinzipien radikal hinwegsetzen müsse, so muß man sich freilich im klaren sein, daß für eine solche Interpretation Marx selbst im Grunde nur noch der Anlaß wäre. Womit über die Fruchtbarkeit eines derartigen Unternehmens natürlich noch nichts gesagt sein soll.

Ihrer Thematik nach weiter gespannt als die auf fest umrissene Fragen konzentrier-

ten Arbeiten von Dahrendorf und Popitz sind die von der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien herausgegebenen Marxstudien, die aus Vorträgen entstanden sind, die in einer besonderen Marxismus-Kommission der Gemeinschaft gehalten und diskutiert worden sind. All diesen Studien ist nicht nur das Streben nach einem adäquaten Verständnis des Marxismus von Marx bis hin zu Stalins inzwischen ad acta gelegten Briefen über die Sprachwissenschaft gemeinsam, sondern auch der Hintergrund der christlich-protestantischen Tradition. Es muß gesagt werden, daß diese gemeinsame Grundlage dabei keineswegs die Vorwegnahme des Urteils bedeutet, daß vielmehr die Probleme in ihrem vollen Eigengewicht erörtert werden. Die seit dem Auftreten von Marx gestellte Frage, ob die Welt bewußt verändert werden muß und kann, wird durchaus ernst genommen. Eine kritische Gegenüberstellung der christlichen und der kommunistischen Hoffnung wird dabei von Hans-Dietrich Wendland bewußt versucht.

Die Reihe der Studien eröffnet der ausgezeichnete Kenner Erich Thier mit einer gedrängten Darstellung der historischen Entwicklung der Marxinterpretation. Ludwig Landgrebe behandelt die entscheidende Frage des Verhältnisses von Marx und Hegel, Friedrich Delekat den beinahe dämonischen Charakter von Marx' Geld- und Kapitalbegriff. Dann greifen die Untersuchungen über die spezielle Marxforschung hinaus. Hermann Böllnow legt im Anschluß an Engels' Grundsätze des Kommunismus, einen Vorläufer des Manifests, die Engelsche Revolutions- und Entwicklungsauffassung dar. Heinz-Horst Schrey stellt die Frage, ob bei Marx und Engels die sozialökonomischen Untersuchungen oder die Geschichtsmythologie das Primäre seien, findet, daß bei Marx wie bei Lenin die revolutionäre Aktion die Erfüllung der Geschichte bringe, und kommt zu dem Ergebnis, daß der revolutionäre Mythos in der historischen Wirklichkeit trotz seiner humanistischen Ausgangsposition notwendig sofort an die Grenze des Unmenschlichen gelange, weil hier der Mensch zur Mitte seiner eigenen Geschichte geworden sei. Richard Nürnberger gibt eine Studie über Lenins merkwürdig scholastische Schrift „Staat und Revolution“. Besonders interessant ist Iring Fetschers Darstellung, wie sich der Marxismus bei den französischen Marxisten und in der französischen Philosophie spiegelt. Den Schluß bildet die bereits genannte Auseinandersetzung zwischen christlicher und kommunistischer Hoffnung.

Daß in den Marxismusstudien auch, abgesehen von der Thematik der Einzelauflsätze (bis auf die von Thier und Fetscher), fast nur die Linie Marx—Engels—Lenin—Stalin gesehen wird, mag im ganzen eine nicht unerhebliche Verzeichnung der Pro-

blematik mit sich bringen<sup>1)</sup>), ist aber doch fast noch mehr bezeichnend für die geistige Sterilität der Marxisten im Ursprungsland des Marxismus nach Rosa Luxemburg. Der angekündigte zweite Band der Marxismusstudien, der unter anderem Aufsätze über den Marxismus in Jugoslawien, Stalins Linguistikbriefe und Sowjetpädagogik enthalten soll und dem man mit Spannung entgegenseht, wird hier sicherlich in der einen oder anderen Richtung noch Ergänzungen bringen können.

Eine Auseinandersetzung mit dem von Dahrendorf, Popitz und den Marxismusstudien im einzelnen Dargelegten bedürfte, um sinnvoll sein zu können, schon deswegen einer ausführlicheren Form, als sie im Rahmen einer Buchbesprechung möglich ist, weil sie der hohen Qualität des Gebotenen einigermaßen entsprechen müßte.

Dr. R. Freyh, Frankfurt

### Gegen den Strom?

Hendrik de Man, „Gegen den Strom“, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1953.

Die Erfahrung nötigt, Memoiren mit Zurückhaltung zu begegnen. Nur selten gelingt es ihren Autoren, das rechte Maß zu halten, nicht in anekdotenhaftes Erzählen oder in das Peinliche einer Selbstrechtfertigung zu geraten. Hendrik de Man ist eine umstrittene Persönlichkeit. So kann in seiner Selbstdarstellung die Auseinandersetzung mit der Kritik an seinem Tun nicht fehlen. Aber er besitzt den Blick für das Wesentliche und den Takt, auf Rechthaberei zu verzichten. Darum läßt sich aus der Lektüre seiner Selbstdiographie das Exemplarische erkennen; es lassen sich die Momente herausstellen, die auf eine generelle Problematik verweisen. Das macht das Wertvolle dieses Buches aus.

An ihm wird deutlich, welche Schwierigkeiten durch die Entwicklung im 20. Jahrhundert bestehen, Politik und Ethos in eine angemessene Beziehung zueinander zu setzen. Der Prozeß der Säkularisation hat insofern eine Umkehrung erfahren, als Ideologie und Dogma heute nur dann noch wirksam sind, wenn sie auf ein Jenseitiges verweisen. Gerade eine ungläubige Zeit braucht den Glauben, der aus dem Diesseitigen nicht zu entwickeln ist. Diesen Zusammenhang hat Hendrik de Man erkannt. Er versucht darum, das Dilemma des Sozialismus, in das er durch seine Verhaftung mit dem andersgearteten 19. Jahrhundert, durch seine Verquiddung von Analyse und Prophetie, von Daseinsbewältigung und Heilslehre geraten ist, dadurch

zu lösen, daß er seine Zielsetzung ausschließlich auf Erfüllung aktueller Aufgaben verlageri. De Man konnte sich das leisten, weil er keineswegs theoriefeindlich war. Für ihn war es die Konsequenz seiner grundsätzlichen Überlegungen. Als er die Gelegenheit erhielt, in Belgien sozialistische Politik zu praktizieren, sprach er deshalb von einem „Plan der Arbeit“, nicht von einem Programm. Er war sich klar darüber, daß nur eine konkrete Aufgabenstellung und nur die sachliche Leistung dem Sozialismus das Ansehen verschaffen könnten, das er brauchte, sollte er auf dem Boden der Demokratie verwirklicht werden.

Eine solche Auffassung muß zwangsläufig bei denen auf Widerstand stoßen, die glauben, Sozialismus lasse sich in Leitsätzen und Richtlinien unabhängig von den Zeitumständen begreifen, oder es genüge, eine festgefügte Organisation aufzubauen, ohne Rücksicht darauf, daß Institutionen von Menschen geschaffen werden. Diese Haltung hat die Einsicht zur Voraussetzung, daß dieser Sozialismus nicht von der Vorstellung einer Prävalenz der Arbeiterklasse ausgehen kann, weil diese Arbeiterschaft weder die ursprünglich angenommene quantitative Bedeutung erhielt noch das erwartete Klassenbewußtsein entwickelte. Hendrik de Man zog also die praktische Konsequenz aus einer Erkenntnis, zu der sich andere selbst heute nur mühsam durchringen können. Gerade in Deutschland aber muß mit ihr Ernst gemacht werden, will die Sozialdemokratie eine Ausgangsposition für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen gewinnen.

Eine solche Einstellung darf allerdings weder zu einer Ignoranz aller Grundlagenforschung führen noch zu einem krampfhaften und notwendig erfolglosen Taktieren. Vor den Extremen der Selbstaufgabe und der Verhärtung gilt es sich zu bewahren. Es muß vielmehr bedacht werden, daß das Selbstverständnis als Korrektiv der Gesellschaft und das Ziel der Umgestaltung dieser Gesellschaft nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Hendrik de Man wurde durch den Einbruch der Deutschen in Belgien daran gehindert, seine Pläne zu verwirklichen. Er wird darum dem Vorwurf ausgesetzt bleiben, ein Outsider gewesen zu sein. Seine Konstitution wie seine Leistung redifftieren eine solche Charakteristik. Eine andere Frage ist, wie diese Tatsache beurteilt werden soll. Typologisch gesehen, rückt de Man in die Nähe eines Djillas. Sein Fall ist zwar ein sehr individueller, aber er wirft doch das generelle Problem auf, welche Rolle der Outsider in der sozialistischen Bewegung spielen kann. Er stellt einen nicht einzukalkulierenden Faktor dar. Sozialistische Politik rechnet aber — nach den Erfahrungen zu urteilen — nur mit kalkulierbaren Faktoren. Darauf beruht ihre massive Durchschlagskraft, aber auch

<sup>1)</sup> Ein vollständiges Bild der Problematik ist etwa bei fast völliger Nichtbeachtung des Austromarxismus unmöglich. Auch Rosa Luxemburg wird von Thier lediglich anlässlich der Akkumulationstheorie am Rande erwähnt.

ihre Schwäche, die Schwerfälligkeit, die alle Beweglichkeit zur Taktik abgleiten läßt. Kraft seiner Persönlichkeit und auf Grund der drängenden Notlage konnte de Mans die belgischen Sozialisten dazu bringen, seinen Plänen im wesentlichen zu folgen, aber sie blieben dennoch immer in einer Distanz zu ihm. Er ist zwar seiner Art nach nicht der Typ des Professors — denn seine Eigenwilligkeit beruht auf seinem Sinn für Realitäten —, aber er war genau so wenig der klassische Partefunktionär, denn er behielt sich immer ein individuelles Reservat vor. Er entschied sich nach seiner Überzeugung. Nur weil diese meist mit der Auffassung der Sozialisten identisch war, gehörte er zu ihnen, und er handelte nicht deshalb im sozialistischen Sinn, weil er einer sozialistischen Partei angehörte, die ihm Weisungen gab.

Das Leben de Mans ist jedoch auch ein Beispiel für die Gefahr eines politischen Verhaltens, das sich ausschließlich von der jeweiligen Situation bestimmen läßt; es ist nur ein winziger Schritt von der Realpolitik zum Opportunismus. Ohne das Rückgrat einer prägenden Haltung geht es nicht. Worum es nur geht, ist, die Erstarrung zu vermeiden, die die Lage nicht mehr erkennen läßt, wie sie ist, und die es nicht mehr erlaubt, situationsgerecht zu reagieren.

Nach solchen Überlegungen fragt man sich unwillkürlich, ob der Titel der Selbstbiographie de Mans „Gegen den Strom“ nicht etwas Koketterie enthält. Zu leicht ist man versucht, sein Leben „mit den Strömungen“ zu vergleichen, so sehr zeigt sich an ihm, daß Vorurteile nicht nur ein restauratives Relikt sein können, sondern unter Umständen auch — ein Schutz.

Bei all diesen Einwänden ist nicht zu leugnen, daß das Buch nicht nur eine Warnung vor Pauschalurteilen ist, hinter denen sich ein Dogma verbirgt, sondern daß die Lektüre auf Grund der Fülle des in einem glänzend geschriebenen Deutsch gebotenen Materials eine Menge Anregungen vermitteln kann. Die Reihe der Selbstbiographien großer Sozialisten wäre nicht vollständig, würde die de Mans fehlen.

Dr. Hans Tielgens, Hustedt

### Bilanz eines Austro-Marxisten

Joseph Buttinger, „Am Beispiel Österreichs“ — Verlag für Wirtschaft und Politik, Köln.

Joseph Buttinger, von 1935 bis 1938 Obmann der Revolutionären Sozialisten in Österreich und seit 1941 Privatmann — als Gatte einer wohlhabenden Amerikanerin, der er nach USA folgte —, hat in einem 670 Seiten starken Werk eine Geschichte der größten illegalen sozialistischen Bewegung geschrieben, die in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg gegen den mitteleuropäischen Faschismus wirkte. Als solches

besitzt Buttingers Werk zeitgeschichtlichen Wert und historisches Interesse. Der Mann, der drei Jahre lang eigenwillig und originell die illegale Sozialdemokratie führte, ist berufen genug, die Tragödie des österreichischen Sozialismus zu schildern, die am 12. Februar 1934 begann und nach dem Anschluß ihren Höhepunkt mit dem vollständigen Erliegen des organisatorischen Lebens der Partei fand.

Die Technik, der sich Buttinger — alias Gustav Richter — dabei bedient, ist vorwiegend die der Anekdote und der persönlichen Charakteristik — eine Methode, die nicht immer glücklich wirkt und, da der Autor die Richtigkeit politischen Denkens und politischen Handelns aus den menschlichen Qualitäten der sie verkörpernden Personen ableitet, oft in einer persönlichen Verunglimpfung des Gegners und einer charakteristischen Glorifizierung seiner selbst sowie seiner Freunde münden muß. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß seine Analyse der sozialdemokratischen Politik, die den Putsch des Austrofaschismus am 12. Februar 1934 geradezu ermöglichte, und seine Kritik des Austromarxismus — dessen vornehmster Vertreter, Otto Bauer, auch in der Brünner Emigration den Weg vom „Automatismus“ und „sozialen Determinismus“, aus einer durch nichts zu erschütternden Siegeszuversicht zu einer nüchternen Erkenntnis der tatsächlich wirkenden gesellschaftlichen Kräfte nicht finden konnte — wohl fundiert sind.

Wenn Buttinger darstellt, wie der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie durch sein ständiges Zurückweichen vor dem autoritären Kurs der Regierung Dollfuß die Kraft der Partei lähmte und wie schließlich im entscheidenden Moment statt einer großartigen Volkserhebung nur mehr ein schlecht organisierter, kaum vorbereiteter, wenngleich heroischer Widerstand aufblackerte, so wird ihm kaum jemand widersprechen. Mit der Kenntnis eines Menschen, der 20 Jahre seines Lebens in der Partei verbracht hat — als Subkassier einer oberösterreichischen SAJ-Gruppe, als Lehrer bei den Kinderfreunden, als Parteisekretär in einem Kärntener Bezirk und schließlich als ihr Führer in der Illegalität —, beschreibt Buttinger alle Schwächen des Austromarxismus, wobei er im Interesse des beabsichtigten Eindruckes seine Grüßen geflissentlich ignoriert. Aber er gefäßt die „linke“ revolutionäre Phrasologie und die „rechte“ realpolitische Taktik in Tagesfragen, die glänzenden, tief-schürfenden Analysen der Zeit und der Gesellschaft und die Hilflosigkeit gegenüber Problemen praktischer Politik.

Der Austromarxismus, die alte Sozialdemokratie — vereinigt durch emigrierte Parteführer im Brünner Auslandsbüro —, mußte letzten Endes auch in der Beurteilung der Verhältnisse nach dem 12. Februar versagen. Durch einen Zweckoptimismus, der angesichts immer neuer Siege des

Faschismus von Tag zu Tag fragwürdiger wurde, begab sich das Auslandsbüro in einen schweren Gegensatz zu den im Land verbliebenen Illegalen und hörte damit auch auf, das geistige Fundament jenes verbleibenden Kaders junger, ungebrochener Funktionäre zu werden, die die Partei aus dem Chaos in eine vorübergehende neue Stabilität gerettet hatten. Diese jungen Funktionäre vom Schlag Buttingers, er selbst war 1935 erst 29 Jahre alt, schrieben, daß sie den Sieg des Sozialismus „nicht als das logische und automatische Ergebnis der Verhältnisse erwarteten“, und es heißt „... Sie glaubten nicht mehr an die objektive historische Notwendigkeit, aber mehr denn je glaubten sie an Ihren eigenen Willen und ihr Tun.“

Der Gegensatz in der Beurteilung der Ereignisse wurde immer mehr ein ideologischer. Es offenbarte sich die tiefe Kluft zwischen der politischen Welt der „neuen Menschen“ und der alten Sozialdemokratie, die nichts von dem aufgeben konnte, was schon einmal zur Katastrophe geführt hatte. Als Buttinger am 11. März 1938 von einem seiner häufigen Besüche zu Otto Bauer aus Brünn zurückkam — er hatte ihn noch immer zuversichtlich und im Glauben an das Zustandekommen einer Einheitsfront mit Schuschnigg gegen die Nazis gefunden —, gewann er die „traurige Gewißheit, daß sein Bruch mit den sozialistischen Kräften der Vergangenheit unwiderruflich geworden war“. [S. 533].

Mit diesem „Bruch“ begründet nun Buttinger die höheren Ansprüche seines Buches, indem er es aus einer bloßen geschichtlichen Darstellung zu einem „Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung“ werden lassen will. Aber so glänzend er nachweisen kann, daß der europäische Sozialismus der Vorkriegszeit untergehen müste, weil fast alle Parteien im Getriebe eines aufgeblähten Bürokratismus erstickt waren, weil die Parteführer — auch gegenüber der Gefahr des Faschismus — nie den Boden der Legalität verließen und sich immer wieder den Gegebenheiten anzupassen versuchten, weil die Parteimitglieder endlich, gefangen im „Wortfetischismus“ und im messianischen Glauben an die Unbesiegbarkeit der Partei, unerwartet vor Gefahren und Situationen gestellt wurden, denen sie nicht gewachsen waren — seine darüber hinausgehenden Thesen bleiben Papier. Oder ist es eine Lösung, zu sagen:

„Nur eine revolutionäre Umwälzung in den wichtigsten westeuropäischen Ländern ... hätte nach dem Untergang des Faschismus den Weg zu einer sozialistischen Politik freilegen können. Mit der Wiederherstellung der alten Gesellschaft des vorfaschistischen Europa kehrte nun überall auch das alte politische Leben zurück. Ohne ... revolutionäre Neuordnung ... keine neue Politik ... ohne spontane revolutionäre

Aktionen der Massen keine politische Erneuerung der Arbeiterbewegung. Die alte Arbeiterbewegung setzte mit ihrer Rückkehr in die Legalität nur den politischen Abstieg ihrer vorfaschistischen Vergangenheit fort.“ (S. 605).

Und als er, zum „Abschied von der Partei“ nach Österreich gekommen, vor seinen alten Kampfgefährten die Aufgaben der Sozialisten in den neuen Verhältnissen definieren sollte, fielen nur Gemeinplätze wie: „... Die erste und schwierigste Aufgabe eines Sozialisten in unserer Zeit sei, ein Sozialist zu bleiben, sein Nein gegen alle soziale Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung aufrechtzuerhalten, dem korrumplierenden und entmütigenden Einfluß der herrschenden Mächte und Ideen zu widerstehen, die Einsichten zu bewahren und die Grundsätze zu praktizieren, durch die der Sozialismus heute mehr denn je jeder anderen politischen Philosophie überlegen sei.“

Buttinger hat die enge Perspektive der Illegalität nicht überwunden. Seine Vorstellungen bleiben geprägt von den Notwendigkeiten, die im Kampf gegen den Faschismus unerlässlich waren — Kaderarbeit, revolutionäre Bewegungen, Absage an die demokratische Methodik —, die aber heute, wenn sich der Sozialismus als legale Massenbewegung in einer modernen Massengesellschaft komplexester Struktur durchsetzen will, mehr als unzulänglich sind. Was nützt die Kritik an Clement Attlee und Léon Blum, was nützt die Kritik an der „sozialistischen Realpolitik“, die angeblich die Existenz der A- und H-Bombe für die Garantie ihres Weiterbestehens hält, wenn Buttinger dem zwar bescheidenen, aber dafür stetigen Fortschritt des demokratischen Sozialismus — nach einer alle Fundamente zersetzenden Analyse — nur die Feststellung entgegenhalten kann, daß er (Buttinger) dieses Ende zu einem Anfang machen, daß er sich von neuem auf die Suche begeben müßte?“

Diese Ausweglosigkeit seines Denkens, verbunden mit dem oftmaligen Bekennnis zur gegenwärtigen Sinnlosigkeit jeder politischen Aktivität, läßt den Verdacht aufkommen, daß diese Autobiographie des einstigen revolutionären Sozialisten kein Anfang, sondern das Ende eines politischen Lebens ist, kein Anspruch auf Teilnahme an der Erneuerung, sondern ein bequemer Verzicht. Und wahrscheinlich werden die Sozialisten, denen es tatsächlich um Neuorientierung zu tun ist, die nicht das Glück und nicht die Lust hatten, von der Gunst des Schicksals auf einen weich gepolsterten Beobachterposten getragen zu werden, und die ehrlich und besorgt in ihren Parteien um ihre Parteien kämpfen, das befreiende Wort nicht in der Geschichte eines erregenden, aber kurzebigen Heldenalters, sondern im Kampf um die Gegenwart, in den Menschen und Geschehnissen des Heute suchen müssen.

p. j. (Wien)

# MITTEILUNGEN DER SCHRIFTLEITUNG

Um einen Kontakt zwischen Lesern und Mitarbeitern zu fördern, wollen wir den Lesern dieser Zeitschrift hier die Hauptmitarbeiter der jeweiligen Ausgabe in kurzen Worten vorstellen:

**Prof. Dr. Wolfgang Abendroth** studierte in Frankfurt (Main), Tübingen, Münster (Westf.) und Bern. Im Jahre 1937 wurde er von den Nazis wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem man ihn bereits 1933 aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entlassen hatte. 1949 wurde er o. Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rütersiel. Seit 1950 ist er Professor für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg.

**Walter Dirks** begann seine publizistische Laufbahn als Feuilleton-Redakteur (1924 bis 1934) bei der links-katholischen „Rhein-Mainischen Volkszeitung“, wurde 1933 verhaftet und war dann von 1937 bis 1943 Musikredakteur bei der „Frankfurter Zeitung“. Seit 1946 ist er Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“.

**Dr. Gerhard Szczesny**, 1918 in Salliesen in Ostpreußen geboren. 1937—1940 Studium der Philosophie, Literaturgeschichte und Zeitungswissenschaft in Königsberg, Berlin und München. 1946 Veröffentlichung einer kulturphilosophischen Essay-Sammlung „Europa und die Anarchie der Seele“, im Verlag Desch, München. Seit 1947 Leiter des „Nachstudios“ beim Bayerischen Rundfunk.

**Dr. Kurt Hiller** studierte Rechtswissenschaft und Philosophie an den Universitäten Freiburg (Breisgau) und Berlin und wandte sich schon vor dem ersten Weltkrieg seiner literarisch-publizistischen Tätigkeit zu. Er war lange Jahre ständiger Mitarbeiter der Berliner „Weltbühne“. Nach 1933 lebte er in Prag, Paris und London. Von seinen neueren Veröffentlichungen seien genannt: „Köpfe und Tröpfe“, Prosa aus einem Jahrzehnt; „Rote Ritter“, Erlebnisse mit deutschen Kommunisten.

**Prof. Dr. J. P. Mayer** ist in London als freier Wissenschaftler und als Direktor der französischen Gesamtausgabe der Werke Alexis de Tocquevilles tätig, die Werke werden in Kürze bei Gallimard erscheinen. Er war früher in Deutschland durch seine Marxstudien bekannt und ist lange als Dozent für englisches Staatsrecht an der Universität London tätig gewesen.

**Prof. Dr. Gisbert Ritter** studierte Rechts- und Staatswissenschaften in München, promovierte bei Prof. v. Zwiedineck-Südenhorst, lehrte an den Universitäten Heidelberg, Breslau und Göttingen und ist seit 1951 o. Professor an der Universität Göttingen.

**Prof. Dr. Gerhard Weisser** ist Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpolitik an der Universität Köln, ehrenamtlicher Verwaltungsratsvorsitzender des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und Vorsitzender des ständigen Ausschusses für Selbsthilfe. Er kommt aus dem kommunalen Verwaltungsdienst, war bis 1946 Generalsekretär des Zonenbeirats und bis 1950 Ministerialdirektor im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, von wo er an die Universität Köln ging.

**Ernst Wigforss** studierte Philologie und wurde 1913 Privatdozent. Er gehörte Jahrzehnte lang der Führung der Sozialdemokratie in Schweden und der Regierung als Finanzminister an. In wissenschaftlichen und politischen Schriften setzte er sich mit Problemen der Wirtschafts- und Steuerpolitik auseinander. Bekannt ist seine Schrift „Sozialismus in unserer Zeit“.

In der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift behandeln wir das Thema

„Wissenschaft, Bildung, Politik“.

Sie finden in diesem Heft u. a. Beiträge von Paul Sering, London; Prof. Dr. Otto Stammer, Berlin; Dr. Christian Gneuf, Bonn; Prof. Dr. Wilhelm Mommsen, Marburg; Dr. Fritz Borinski, Bremen; Dr. Gerhard Szczesny, München.

In den folgenden Heften werden wir uns mit der Problematik des politischen Katholizismus, den politischen und soziologischen Folgen des Atomzeitalters, Fragen modernen Bauens und neuzeitlicher Architektur und der Situation des Menschen im industriellen Betrieb befassen.

Anregungen unserer Leser, Freunde und Kritiker wird die Schriftleitung jederzeit begrüßen und aufgreifen.